

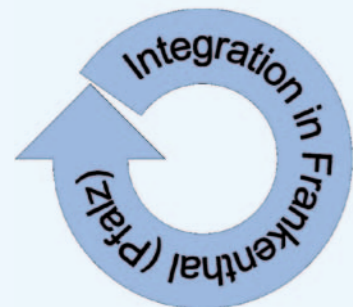


Strategisches Integrationskonzept der Stadt Frankenthal (Pfalz)



# Strategisches Integrationskonzept

der Stadt Frankenthal (Pfalz)



**Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)**  
Rathausplatz 2-7  
67227 Frankenthal (Pfalz)  
Telefon: 06233 89-0  
Telefax: 06233 89-400  
E-Mail: [integration@frankenthal.de](mailto:integration@frankenthal.de)  
Internet: [www.frankenthal.de](http://www.frankenthal.de)



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> Oberbürgermeister Theo Wieder .....	<b>3</b>
<b>Grußworte</b> .....	<b>4</b>
<b>1. Migration und Integration</b> .....	<b>7</b>
<b>1.1 Migration</b> .....	<b>7</b>
<b>1.2 Integration</b> .....	<b>8</b>
<b>2. Gesetzliche Rahmenbedingungen</b> .....	<b>10</b>
<b>2.1 Europäische Union</b> .....	<b>10</b>
<b>2.2 Bund</b> .....	<b>11</b>
<b>2.3 Land</b> .....	<b>12</b>
<b>2.4 Kommune</b> .....	<b>13</b>
<b>3. Integrationsarbeit in den Kommunen und in Frankenthal (Pfalz)</b> .....	<b>15</b>
<b>3.1 Allgemeines</b> .....	<b>15</b>
<b>3.2 Auszüge aus der Integrationsarbeit der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)</b> .....	<b>19</b>
<b>4. Der Weg zum Frankenthaler Integrationskonzept</b> .....	<b>22</b>
<b>4.1 Die Anfänge</b> .....	<b>22</b>
<b>4.2 Die Vorbereitung in der Verwaltung</b> .....	<b>22</b>
<b>4.3 Die Steuerungsgruppe</b> .....	<b>23</b>
<b>4.4 Die Auftaktveranstaltung</b> .....	<b>24</b>
<b>4.5 Die Arbeitsgruppen</b> .....	<b>25</b>
<b>5. Handlungsfelder bzw. Arbeitsgruppen</b> .....	<b>28</b>
<b>5.1 Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und Behörden</b>	
5.1.1 Allgemeines .....	<b>29</b>
5.1.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe .....	<b>29</b>
5.1.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe .....	<b>30</b>
5.1.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung .....	<b>30</b>
5.1.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien .....	<b>31</b>
<b>5.2 Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft</b>	
5.2.1 Allgemeines .....	<b>34</b>
5.2.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe .....	<b>34</b>
5.2.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe .....	<b>35</b>
5.2.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung .....	<b>35</b>
5.2.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien .....	<b>36</b>

<b>5.3 Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Sprachkompetenz</b>	
5.3.1 Allgemeines .....	42
5.3.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe .....	42
5.3.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe.....	43
5.3.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung .....	43
5.3.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien.....	44
<b>5.4 Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Bildung und Kultur</b>	
5.4.1 Allgemeines .....	47
5.4.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe .....	47
5.4.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe.....	48
5.4.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung .....	48
5.4.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien.....	49
<b>5.5 Wohnen und Stadtentwicklung</b>	
5.5.1 Allgemeines .....	54
5.5.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe .....	54
5.5.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe.....	54
5.5.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung .....	55
5.5.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien.....	55
<b>5.6 Soziales, Sport und Gesundheit</b>	
5.6.1 Allgemeines .....	58
5.6.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe .....	58
5.6.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe.....	59
5.6.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung .....	59
5.6.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien.....	60

## 6. Bewertung und Priorisierung 64

## 7. Monitoring 71

## Anhang 73

A 1	Zeitschiene der Konzeptentwicklung.....	74
A 2	Beschluss des Stadtrates vom 27. Juni 2012 .....	78
A 3	Beschluss des Stadtrates vom 2. April 2014.....	79
A 4	Verzeichnis der Funktionsträger .....	80
A 5	Statistiken .....	83

## Vorwort

Migrationsprozesse und Menschen mit Migrationshintergrund haben in der langen Geschichte der Stadt Frankenthal (Pfalz) stets eine wichtige Rolle gespielt. Sie haben die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung Frankenthals über die Jahrhunderte hinweg entscheidend beeinflusst und geprägt.

Schon die Entstehung der Stadt war das Werk von Migrantinnen und Migranten, jenen niederländischen Glaubensflüchtlingen, die ihre Heimat wegen ihres reformierten Glaubens verlassen müssen und die Kurfürst Friedrich III. im Jahre 1562 in den leerstehenden Gebäuden des Augustiner-Chorherrenstiftes Groß-Frankenthal ansiedelte. Die junge Gemeinde, unter deren Mitgliedern sich zahlreiche Maler, Gold- und Silberschmiede, Gobelinwirker, Textilfabrikanten und Kaufleute befanden, prosperierte rasch und erhielt bereits 15 Jahre später, am 29. Oktober 1577, die Stadtrechte.

Auch im 18. Jahrhundert, als Frankenthal (Pfalz) zur „Fabrikenstadt“ von Kurfürst Carl Theodor avancierte, und im 19. Jahrhundert, als die Stadt durch die Gründung zahlreicher großer Fabriken zu einem Zentrum der metallverarbeitenden Industrie wurde, waren es immer wieder auch Fremde, die der Entwicklung der Stadt eine Vielzahl neuer Impulse gaben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten schließlich zahlreiche Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR, Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Gastarbeiter aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei und anderen Ländern, Asylanten, die vor politischer Verfolgung in ihrer Heimat geflohen waren, und Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Einige von Ihnen haben Unternehmen gegründet und Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. Sie alle sind heute Teil dieser Stadt, gehören dazu und prägen gemeinsam mit allen anderen ihre wirtschaftliche, soziale, kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt.

Im Jahr 2011 hatten fast 40 Prozent aller Frankenthalerinnen und Frankenthaler einen Migrationshintergrund, die Ausländerquote betrug rund 12 Prozent.

Mit der Aufstellung des „Strategischen Integrationskonzeptes“ wird die Stadt Frankenthal (Pfalz) nunmehr als Ergebnis eines Prozesses, an dem alle wesentlichen Partner und zahlreiche Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt waren, die für eine erfolgreiche Integration notwendigen Wege bündeln und als Leitziele für die Arbeit in den nächsten Jahren noch stärker als bisher in den Mittelpunkt stellen.

Denn nur eine erfolgreiche Integration vermittelt Menschen, die dauerhaft in unserem Land leben werden, bessere Chancen auf ihrem weiteren Lebensweg und vermeidet hohe Folgekosten. Mit der Verabschiedung dieses Integrationskonzeptes beginnt deshalb gleichzeitig die praktische Umsetzungsphase, die bereits in diesem Jahr mit ganz konkreten Maßnahmen eingeleitet wird.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die an der Erarbeitung dieses Integrationskonzeptes mitgewirkt haben und wünsche mir, dass es uns gelingt, die mit diesem Konzept angestrebten Ziele zu erreichen.

**Theo Wieder**  
**Oberbürgermeister**



Oberbürgermeister  
Theo Wieder

## Grußwort



Irene Alt

Unser Land ist seit Jahrzehnten von Einwanderung geprägt. Sie hat uns bereichert in vielerlei Hinsicht. Die meisten Zugewanderten sind längst hier heimisch geworden. Sie fühlen sich vor allem mit ihrem Wohnort, mit ihrer Stadt verbunden.

Zurzeit erleben wir eine Art Renaissance der Einwanderung. In den vergangenen drei Jahren sind so viele Menschen nach Deutschland zugewandert, wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Es kommen überwiegend gut ausgebildete, junge Menschen vor allem aus anderen EU-Staaten. Wegen unserer demographischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs profitieren wir sehr davon.

Durch bedauerliche Konflikte in der Welt steigt derzeit aber auch die Zahl an Flüchtlingen, die bei uns Schutz suchen. Es sind Menschen, die vor Krieg und Verfolgung ihr Land verlassen mussten, darunter viele Kinder, oftmals tragische Schicksale. Auch diese Menschen müssen wir aufnehmen und ihnen helfen, ein menschenwürdiges Leben in Deutschland führen zu können.

Unsere Kommunen spielen dabei eine besonders wichtige Rolle, denn sie gestalten das Zusammenleben vor Ort. In den meisten Kommunen in Rheinland-Pfalz gehört eine ganzheitliche Integrationspolitik inzwischen zum politischen Alltag. Sie ist als ein wichtiges Politikfeld erkannt worden und wird von vielen Beteiligten gemeinsam gestaltet. Die Landesregierung unterstützt sie tatkräftig dabei, zum Beispiel bei der Entwicklung von kommunalen Integrationskonzepten.

Wir freuen uns daher sehr, dass auch Frankenthal (Pfalz) ein kommunales Integrationskonzept beschlossen hat. Es ist ein gemeinschaftlich entwickeltes Konzept, ein Integrationskonzept „von Frankenthälern für Frankenthäler“. Das erfreut uns in besonderer Weise.

Lokale Integrationskonzepte ergänzen das gerade fortgeschriebene Integrationskonzept der Landesregierung „Integration, Anerkennung und Teilhabe – Leben gemeinsam gestalten“. Sie knüpfen so an die Ziele der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik an: Etwa in der interkulturellen Öffnung von Verwaltungen und anderen Einrichtungen, damit sich Menschen bei uns wertgeschätzt und gleichwertig fühlen.

Das Frankenthaler Konzept zeichnet sich durch seine strategische Ausrichtung aus. Es wurde intensiv vorbereitet und ist langfristig angelegt. Das ist gut, denn Integration muss vor Ort gelingen und Integration geht alle an. Jede Stadt, jede Region, unser ganzes Land profitiert von gelungener Integration und so sind wir auch sicher, dass dieses Konzept Frankenthal (Pfalz) weiter voranbringen wird. Es ist hervorragend geeignet, eine Willkommenskultur zu begründen, die vor allem eins verfolgt: Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kommunalen Leben zu ermöglichen.



Miguel Vicente

**Irene Alt**  
**Ministerin für Integration,**  
**Familie, Kinder, Jugend und Frauen**  
**des Landes Rheinland-Pfalz**

**Miguel Vicente**  
**Beauftragter der Landesregierung**  
**Rheinland-Pfalz für Migration und**  
**Integration**

## Grußwort

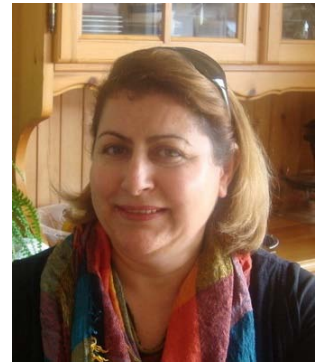
Im Laufe der letzten Jahrzehnte ließ sich eine enorme Veränderung der Einwohnerinnen und Einwohner auf der ganzen Welt erkennen. Ganz besonders Europa, vor allem aber Deutschland, ist von diesem gesellschaftlichen Wandel, der Zuwanderung aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt sehr betroffen.

Somit sind auf vielen Ebenen auch ein starkes Umdenken und eine aktive Anpassung der kommunalen, länder- und bundesspezifischen Angebote deutlich geworden. Die Anforderungen und Herausforderungen, denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller betroffenen Einrichtungen gegenüberstehen, sind ohne Vorbereitung darauf kaum zu meistern. Die Initiierung des Integrationskonzeptes war dringend notwendig geworden und mein persönlich größter Wunsch, um meine Arbeit als Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration (ehem. Vorsitzende des Ausländerbeirates) zu untermauern.

Die unter Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger und aller betroffenen Stellen selbst ausgearbeitete Zustandsanalyse, der Beschluss von Lösungsansätzen sowie die dazu erforderlichen Maßnahmen wurden nun als Resultat festgehalten. Es war besonders spannend und erfreulich für mich die Treffen zu begleiten, die positiven Entwicklungen und das große Interesse aller Beteiligten zu beobachten.

Nun stehen wir allerdings vor der großen Herausforderung, diese festgehaltenen Vorhaben in die Tat umzusetzen. Es geht darum, neue Maßnahmen und Projekte für Frankenthal (Pfalz) zu gewinnen, die für das Zusammenleben aller Menschen förderlich sind. Dieser Wohlstand, den wir hier genießen dürfen, ist das Resultat der in der Vergangenheit beschlossenen Maßnahmen. Umso mehr ist es wichtig, jetzt unsere Aufgaben Ernst zu nehmen und die Zukunft unserer „Kinder“ hier in Frankenthal (Pfalz) angenehm zu gestalten. Dafür ist vor allem Chancengleichheit, Respekt und Toleranz füreinander essentiell.

Für den Einsatz aller Beteiligten danke ich herzlich. Sie haben dazu beigetragen, dass ein wichtiger Schritt in Richtung eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen aller Nationen hier in Frankenthal (Pfalz) ermöglicht wird.



Eda Sahin

**Eda Sahin**  
**Vorsitzende des Beirates für Migration und**  
**Integration Frankenthal (Pfalz)**

## Grußwort



Fatma Mittler-Solak

„Sprache ist Macht.“ Das sagte meine Lehrerin im Deutsch-Leistungskurs auf dem Gymnasium. Dieser Satz liegt jetzt etwa zwanzig Jahre zurück. Ich erinnere mich aber noch sehr genau daran, wie unwohl ich mich mit dieser Aussage fühlte und ich erinnere mich auch an den Impuls, der neuen Lehrerin zu widersprechen.

Ich war und bin überzeugt: Sprache ist viel mehr als Macht. Macht ist kalt, plump, beherrschend. Sprache aber ist warm, freundlich, verbindend. Sprache ist eine Brücke. Eine Brücke zwischen zwei Menschen. Doch die schönste Sprache der Welt, und meiner Meinung nach ist dies die deutsche Sprache, nützt nichts, wenn man sie nicht sprechen kann.

Wer nicht richtig Deutsch spricht, kann langfristig nicht auf die Geduld und Akzeptanz seines Gegenübers hoffen. Wer sich nicht mitteilen kann, steht bald am Rande der Gesellschaft. Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, kann erfolgreich an Bildung und Beschäftigung teilhaben und somit Teil der Gesellschaft sein.

Sprache ist und bleibt der Schlüssel zur Integration. Etliche Studien zeigen jedoch wiederholt, dass Kinder mit Migrationshintergrund im späteren Berufsleben benachteiligt sind, weil sie schlechtes Deutsch sprechen. Die Kinder liegen mir sehr am Herzen. Denn ausgegrenzt werden sie aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse nicht erst im Berufsleben, sondern schon viel früher. Auf dem Pausenhof und bereits im Grundschulalter fängt es an. Gehört man ein Mal nicht dazu, ist es schwer Anschluss zu finden. Fehlt die Sprachkompetenz, wird der Kontakt zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund mehr und mehr abreißen.

Um das zu verhindern, gibt es bundesweit viele hervorragende Projekte zur Förderung der Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund. Und so lautet die Maxime der Integrationspolitik der Bundesregierung auch: Sprachförderung von Anfang an. Beispielsweise investiert die Bundesregierung für die Förderung der deutschen Sprache in Kitas viele hundert Millionen Euro. Das Geld fließt in die sogenannte „Schwerpunkt-Kita Sprache und Integration“. Bundesweit gibt es etwa 4.000 davon. Vielleicht sind das noch zu wenig Kitas und vielleicht ist auch das ganze Engagement seitens der Bundesregierung noch immer nicht genug und es muss noch mehr getan werden. Meines Erachtens aber sollte dies auf beiden Seiten geschehen. Unbedingt auf beiden Seiten! Es ist nicht richtig, sich auf die Politik zu verlassen und sich selbst nicht zu engagieren – in der Hoffnung: Irgendjemand wird meinem Kind schon Deutsch beibringen.

Von Eltern mit Migrationshintergrund wünsche ich mir stärkeres Engagement, wenn es um die Vermittlung der deutschen Sprache geht, denn sie sind die Ersten, die ihren Kindern einen Zugang zur deutschen Sprache ermöglichen können. Beispielsweise indem sie Kontakt zu deutschen Nachbarn, Kindergartenkindern oder zum Bäcker pflegen. Sie sollten aktiv Deutsch sprechen, es ihren Kindern vormachen. Da reicht auch schon ein „Hallo, guten Tag! Wie geht es Ihnen?“ Schön ist es auch, wenn diese Eltern ihren Kindern deutsche Bücher vorlesen. Ich persönlich habe auch durch das Lesen sehr profitiert. Schon im Grundschulalter haben mir meine Eltern einen Ausweis in der Frankenthaler Stadtbücherei machen lassen. Vielleicht habe ich damals den Wert dieses Ausweises nicht so recht verstanden, heute weiß ich ihn umso mehr zu schätzen.

**Fatma Mittler-Solak**  
**Journalistin, Fernsehmoderatorin**

# 1. Migration und Integration

## 1.1 Migration

„Die Migrationsforschung ist sich bereits seit längerer Zeit bewusst, dass der Mensch im Normalfall nicht als naturgemäß sesshaft und immobil gelten kann. Migration ist nicht unnormal. Migration ist kein Ausdruck einer wie auch immer gearteten Störung. Menschen müssen nicht gestoßen oder gezogen werden, um zu migrieren. Menschen wandern, ebenso wie sie geboren werden oder sterben, Nahrung zu sich nehmen oder schlafen. Das war schon immer so. Jede historische Epoche ist mithin eine Epoche großer und für die politische, wirtschaftliche, kulturelle und sozialstrukturelle Entwicklung nachhaltiger Wanderungsbewegungen.“<sup>1</sup>  
„Die Dimensionen sind dabei gewaltig: In den fünfzig Jahren zwischen 1955 und 2005 sind insgesamt rund 33 Millionen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen, rund 23 Millionen zogen im gleichen Zeitraum fort.“<sup>2</sup>

Der Begriff Migration leitet sich vom lateinischen Wort „migrare“ ab und bedeutet so viel wie „wandern“, „auswandern“, „übersiedeln“. Aufgrund unterschiedlicher Migrationsformen und -ursachen wird der Begriff verschiedenen definiert.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat 2006 folgende Definition festgelegt: „Von Migration spricht

man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.“<sup>3</sup>  
Dagegen versteht Annette Treibel-Illian, Professorin an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe, unter Migration den „auf Dauer angelegten bzw. dauerhaft werdenden Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen.“<sup>4</sup>

Auf die Festlegung einer einheitlichen Definition für die Stadt Frankenthal (Pfalz) wird bewusst verzichtet, der Migrationsbegriff ist bedarfsorientiert am jeweiligen Ziel anzuwenden. Die Ziele und Maßnahmen dieses Integrationskonzeptes beziehen sich auf alle Personen, die das Anforderungsprofil eines gleichberechtigten Zusammenlebens nicht erfüllen können.

Die unterschiedlichen Definitionen für den Begriff Migrationshintergrund in der Statistik werden bei der Darstellung der weiteren Entwicklung der Integrationsarbeit im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Daten verwendet.

Das Konzept unterscheidet somit zwischen einem allgemeinen, auf den jeweiligen Bedarf ausgerichteten Migrationsbegriff und einem statistischen Migrationsbegriff.

1 Oltmer, Jochen (2005): DGB Bildungswerk (Hrsg.), 50 Jahre Migrationsgeschichte: Anwerbung, Wanderungspolitik und Integration in der Bundesrepublik Deutschland, 50 Jahre Integration in die Arbeitswelt, Anwerbung und Zuwanderungspolitik, Düsseldorf, S. 4, URL: [www.migration-online.de/data/publikationen\\_datei\\_1151388457.pdf](http://www.migration-online.de/data/publikationen_datei_1151388457.pdf) [Stand: 04.03.2014]

2 Oltmer, Jochen, ebenda, S. 7

3 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2006): Migrationsbericht, Nürnberg, S. 12, URL: [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DEPublikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2006.pdf](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DEPublikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2006.pdf) [Stand: 04.03.2014]

4 Treibel, Annette (1999): Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Migration in modernen Gesellschaften, Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, Grundlagentexte Soziologie, Juventa-Verlag, Weinheim/München, S. 39–45



## 1.2 Integration

Auch für den Begriff Integration gibt es keine einheitliche Definition. Er leitet sich vom lateinischen Wort „integrare“ ab, was „wiederherstellen“ oder „Herstellung eines Ganzen“ bedeutet.

Hartmut Esser, Professor für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Universität Mannheim, unterscheidet vier Dimensionen der Sozialintegration<sup>5</sup>, die sich auf individuelle Akteure und deren Eingliederung in ein bestehendes soziales System beziehen.

Diese Unterscheidung erwies sich in der Integrationsforschung als sinnvoll und wurde von Friedrich Heckmann, Professor an der Universität Bamberg und Leiter des Institutes „Europäisches Forum für Migrationsstudien“, weiterentwickelt.<sup>6</sup> Demnach vollzieht sich der gesellschaftliche Integrationsprozess in folgenden vier verschiedenen Dimensionen:

Die „Strukturelle Integration“

... beinhaltet den Erwerb eines Mitgliedsstatus in Kernbereichen der Aufnahmegesellschaft: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft. Bei der struk-

turellen Integration geht es um den Erwerb von Rechten sowie einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Positionen.

Die „Kulturelle Integration“

... beinhaltet Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen hinsichtlich von Werten, Normen und Einstellungen.

Die „Soziale Integration“

... beschreibt den Erwerb der gesellschaftlichen Mitgliedschaft der Migrantinnen und Migranten in der Aufnahmegesellschaft. Sie zeigt sich in sozialen Netzwerken, interethnischen Eheschließungen oder Vereinsmitgliedschaften.

Die „Identifikatorische Integration“

... spiegelt die subjektive Seite der Integration wider. Sie zeigt sich in persönlichen Zugehörigkeits- und Identifikationsgefühlen zur Aufnahmegesellschaft bzw. regionalen und/oder lokalen Strukturen.

5 Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung, Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 40, Mannheim, S. 73, Nr. 4, URL: [www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf) [Stand: 04.03.2014]

6 Heckmann, Friedrich (2007): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Bedingungen erfolgreicher Integration auf kommunaler Ebene, Zuwanderung und Asyl in Deutschland, Herausforderungen und Perspektiven aus Sicht der deutschen Partner im europäischen Migrationsnetzwerk, Nürnberg, S. 27–34, URL: [www.efms.uni-bamberg.de/netemn\\_d.htm](http://www.efms.uni-bamberg.de/netemn_d.htm) [Stand: 11.02.2014]



Abb. 1: Siegerbild aus einem Fotowettbewerb anlässlich der „Tage der Integration 2009“

Dem Frankenthaler Integrationskonzept liegt folgender Integrationsbegriff zugrunde:

Integration ist ein dauerhafter und wechselseitiger Prozess zur Realisierung eines gleichberechtigten Zusammenlebens der in Frankenthal (Pfalz) wohnenden Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen.

## 2. Gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderalistischer Staat, in dem Bund und Länder unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen und über eigene Gesetzgebungskompetenzen verfügen, die in den Artikeln 70 bis 74 Grundgesetz geregelt sind. Danach hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis für bestimmte Lebensbereiche, wie zum Beispiel die Staatsangehörigkeit oder die Ein- und Auswanderung. Andere Lebensbereiche, unter anderem das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer wiederum fallen in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung, in dem die Länder befugt sind, Gesetze zu erlassen, soweit der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz keinen Gebrauch gemacht hat. Dies bedeutet, dass die Länder in Rechtsbereichen tätig werden dürfen, in denen der Bund weder eine ausschließliche noch eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz inne hat.

Die dritte Ebene des Staatsaufbaus bilden die Kommunen, die als Teil der Verwaltungsorganisation der Länder im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechtes eigene Rechtsnormen, beispielsweise in Form von Satzungen, erlassen können. Eigene Gesetzgebungskompetenzen im formellen Sinn haben sie nicht. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht wird eingeschränkt durch die Übertragung von Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung und von Auftragsangelegenheiten nach Weisung, wie beispielsweise dem Ausländerrecht, sowie durch das Kommunalverfassungsrecht der Länder.

„Die integrationspolitischen Zuständigkeiten und Handlungsspielräume im deutschen Mehrebenensystem werden in vielfacher Hinsicht von Kompetenzen und Vorgaben der Europäischen Union überlagert. Dies gilt sowohl für die Rechtssetzung als auch für politische Vorgaben und finanzielle Förderinstrumente der Europäischen Union.“<sup>1</sup>

### 2.1 Europäische Union

Im Vertrag über die Europäische Union von 1992, auch bekannt als Vertrag von Maastricht, findet sich kein Hinweis auf die Integration von Einwanderern.<sup>2</sup>



Abb. 2: Europa

Der Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 enthält nur indirekte Aussagen zur europäischen Integrationspolitik. Er schuf jedoch die Zuständigkeiten für die Ergreifung von Maßnahmen, um Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse bzw. ethnischer Herkunft, Religion bzw. Glaube, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung zu bekämpfen. Ebenfalls wurden Maßnahmen zur Einwanderungspolitik verabschiedet, unter anderem in Bezug auf Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Verfahren zur Erteilung von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstiteln, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung.<sup>3</sup>

1 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH (2012): Integration im föderalen System, Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, S. 59, URL: [www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2012/05/SVR\\_JG\\_2012\\_WEB.pdf](http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2012/05/SVR_JG_2012_WEB.pdf) [Stand: 04.03.2014]

2 Vertrag von Maastricht über die Europäische Union (Amtsblatt Nr. C 191 vom 29. Juli 1992) Unterzeichnung: 7. Februar 1992, Inkrafttreten: 1. November 1993, URL <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> [Stand: 04.03.2014]

3 Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte (Amtsblatt Nr. C 340 vom 10. November 1997), Unterzeichnung: 2. Oktober 1997, Inkrafttreten: 1. Mai 1999, URL: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html> [Stand: 04.03.2014]

Im Oktober 1999 fordert der Europäische Rat in Tampere eine gemeinsame Einwanderungspolitik, die ein dynamischeres Vorgehen umfassen sollte, um die Integration von Drittstaatsangehörigen (Personen, die nicht aus einem Land der Europäischen Union kommen) zu fördern, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnhaft sind. Als Ziel dieser Integrationspolitik legte er fest, dass Drittstaatsangehörige vergleichbare Rechte und Pflichten haben sollten wie alle Unionsbürger (Personen, die aus einem Land der Europäischen Union kommen).<sup>4</sup>

Mit dem Vertrag von Nizza aus dem Jahr 2001 wird das Mehrheitsprinzip auch für den Bereich der Asylpolitik eingeführt.<sup>5</sup>

Das vom Europäischen Rat im November 2004 in Den Haag verabschiedete „Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union“ beinhaltet zehn Prioritäten. Unter anderem soll ein Konzept zum Umgang mit legaler und illegaler Zuwanderung erarbeitet, ein einheitliches und effizientes Asylverfahren eingeführt und die Isolation und soziale Ausgrenzung von Einwanderergruppen verhindert werden.<sup>6</sup>

Der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007 stellt zum ersten Mal eine Rechtsgrundlage für die Förderung der Integration auf Ebene der Europäischen Union dar. In den neuen Vertragstext wird unter anderem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union eingebunden.<sup>7</sup>

Im Dezember 2009 verabschiedet der Europäische Rat in Stockholm ein Programm, das „die Integrationspolitik

von Mitgliedsstaaten durch die Weiterentwicklung von Strukturen und Instrumenten für den Wissensaustausch und die Koordination mit anderen relevanten Politikbereichen wie Beschäftigung, Bildung und soziale Integration unterstützen soll.“<sup>8</sup>

## 2.2 Bund



Abb. 3: Bundesrepublik Deutschland

4 Programm von Tampere, URL: [www.europarl.europa.eu/summits/tam\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/tam_de.htm) [Stand: 04.03.2014]

5 Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte (Amtsblatt Nr. C 80 vom 10. März 2001), Unterzeichnung: 26. Februar 2001, Inkrafttreten: 1. Februar 2003, URL: [http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/C\\_2001080DE.000101.html](http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/C_2001080DE.000101.html) [Stand: 04.03.2014]

6 Haager Programm, URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2005:053:0001:0014:DE:PDF> [Stand: 04.03.2014]

7 Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Amtsblatt Nr. C 306/01 vom 17.12.2007), Unterzeichnung: 13. Dezember 2007, Inkrafttreten: 1. Dezember 2009, URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:html> [Stand: 04.03.2014]

8 Stockholmer Programm, URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:115:0001:0038:DE:PDF> [Stand: 04.03.2014]

Das Staatsangehörigkeitsgesetz<sup>9</sup> (StAG) aus dem Jahr 2000 regelt unter anderem die Voraussetzungen für den Erwerb oder den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern.

Mit dem Zuwanderungsgesetz<sup>10</sup> (ZuWG) aus dem Jahr 2004 werden aufenthalts- und asylrechtliche Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt. Es regelt beispielsweise die Teilnahme an einem Integrationskurs und die Inanspruchnahme von Migrationserstberatung und wird durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge umgesetzt. Das Zuwanderungsgesetz enthält in Artikel 1 das Aufenthaltsgesetz<sup>11</sup> (AufenthG) und in Artikel 2 das Freizügigkeitsgesetz<sup>12</sup> (FreizügG/EU). Das Aufenthaltsgesetz regelt den Aufenthalt von Ausländern, die nicht aus einem Land der Europäischen Union kommen. Das Freizügigkeitsgesetz reguliert den Aufenthalt von Ausländern aus einem Land der Europäischen Union und deren Familienangehörigen.

Die Angelegenheiten und der Status der Flüchtlinge und Vertriebenen deutscher Volkszugehörigkeit werden im

Bundesvertriebenengesetz<sup>13</sup> (BVFG) aus dem Jahr 2007 bestimmt. Einige Passagen wurden durch das Spätaussiedlerstatusgesetz<sup>14</sup> (SpStatG) vom 30. August 2011 geändert.

Das Recht auf Asyl und Schutz vor politischer Verfolgung ist in Artikel 16 a des Grundgesetzes verankert. Konkretisiert wird es im Asylverfahrensgesetz<sup>15</sup> (AsylVfG) aus dem Jahr 2008.

## 2.3 Land

Im Jahr 1994 hat das Land Rheinland-Pfalz die Einrichtung kommunaler Ausländerbeiräte in der Kommunalverfassung verankert.

Am 12. November 2008 wurde vom Landtag Rheinland-Pfalz die Reform der Ausländerbeiräte beschlossen. Dementsprechend ist nach § 56 Gemeindeordnung<sup>16</sup> (GemO) in Gemeinden mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Beirat für Migration und Integration einzurichten.

9 Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3458), URL: [www.gesetze-im-internet.de/rustag/BJNR005830913.html](http://www.gesetze-im-internet.de/rustag/BJNR005830913.html) [Stand: 04.03.2014]

10 Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950), URL: [www.bmi.bund.de/SharedDocs/Gesetzestexte/DE/Zuwanderungsgesetz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Gesetzestexte/DE/Zuwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile) [Stand: 04.03.2014]

11 Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1555), URL: [www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/index.html](http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/index.html) [Stand: 04.03.2014]

12 Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU – FreizügG/EU) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950, 1986), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1555), URL: [www.gesetze-im-internet.de/freizueg\\_gg\\_eu\\_2004/](http://www.gesetze-im-internet.de/freizueg_gg_eu_2004/) [Stand: 04.03.2014]

13 Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. September 2013 (BGBl. I S. 3554), URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bvfg/gesamt.pdf> [Stand: 04.03.2014]

14 Gesetz zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus (Spätaussiedlerstatusgesetz – SpStatG) vom 30. August 2011 (BGBl. I S. 2266), URL: [http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBI&bk=Bundesanzeiger\\_BGBI&start=/\\*\[@attr\\_id='bgbl101s2266.pdf'\]#\\_\\_Bundesanzeiger\\_BGBI\\_\\_%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D'bgbl101s2266.pdf'%5D\\_\\_1393947823937](http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=/*[@attr_id='bgbl101s2266.pdf']#__Bundesanzeiger_BGBI__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D'bgbl101s2266.pdf'%5D__1393947823937) [Stand: 04.03.2014]

15 Asylverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3474), URL: [www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvfg\\_1992/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvfg_1992/gesamt.pdf) [Stand: 04.03.2014]

16 Gemeindeordnung (GemO) Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. 1994, 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2013 (GVBl. S. 538), URL: <http://landesrecht.rlp.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+RP&psml=bsrlpprod.psm1> [Stand: 04.03.2014]



Abb. 4: Rheinland-Pfalz

Durch die Reform erfolgte unter anderem eine Ausweitung des aktiven Wahlrechtes auf Ausländer, Eingebürgerte und Spätaussiedler und des passiven Wahlrechtes auf Ausländer, Eingebürgerte, Spätaussiedler und Deutsche.

## 2.4 Kommune

Die am 15. Mai 2009 erlassene Integrationsatzung<sup>17</sup> (IntS) der Stadt Frankenthal (Pfalz) regelt die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration. Dieser soll die Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik fördern, ihre Erfahrungen und Kompetenzen nutzen, das gleichberechtigte Zusammenleben der in der Stadt Frankenthal (Pfalz) wohnenden Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen unterstützen sowie die Weiterentwicklung des kommunalen Integrationsprozesses begleiten.

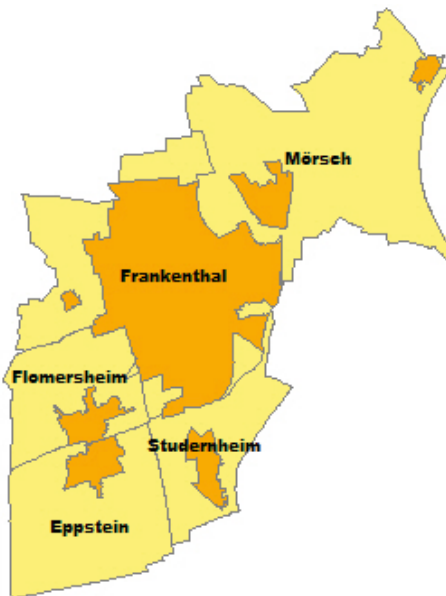


Abb. 5: Frankenthal (Pfalz)

17 Integrationsatzung, URL: [http://www.frankenthal.de/sv\\_frankenthal/de/Homepage/Stadt%20und%20B%20C3%BCrger/Verwaltung/Ortsrecht/1-10-Integrationsatzung.pdf](http://www.frankenthal.de/sv_frankenthal/de/Homepage/Stadt%20und%20B%20C3%BCrger/Verwaltung/Ortsrecht/1-10-Integrationsatzung.pdf) [Stand: 04.03.2014]

Die Satzung legt fest, dass der Beirat zu allen Fragen, die in seinem Aufgabenbereich liegen, beraten und Stellung nehmen kann. Gegenüber dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat kann er sich hierzu äußern, soweit Selbstverwaltungsangelegenheiten betroffen sind. Auf Antrag des Beirates hat der Oberbürgermeister diese Angelegenheiten dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Die bzw. der Vorsitzende oder einer ihrer bzw. seiner Stellvertreter ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheiten an Sitzungen des Stadtrates oder seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Beirat soll zu Fragen, die ihm vom Stadtrat, einem Ausschuss oder dem Oberbürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen.

## 3. Integrationsarbeit in den Kommunen und in Frankenthal (Pfalz)

### 3.1 Allgemeines

Die jahrzehntelange Zuwanderung veränderte das gesellschaftliche Leben in Deutschland, viele positive Impulse wurden gesetzt, gleichzeitig jedoch entstanden auch gesellschaftliche Spannungen auf unterschiedlichen Ebenen, so dass eine systematische Integrationspolitik erforderlich wurde. Die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ stellte bereits 2001 fest, dass die bisherige Politik des „pragmatischen Improvisierens“ diese Aufgabe nicht erfüllen kann. „Wenngleich beachtliche Integrationserfolge erzielt wurden, waren doch häufig kurzfristige Erfordernisse und punktuelle Überlegungen handlungsentscheidend. Eine systematische und übergreifende Herangehensweise fehlte, was die Integration der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft erschwert hat. Wenn wir heute über die Grundzüge einer zukünftigen Integrationspolitik nachdenken, sollte ein integrationspolitisches Gesamtkonzept angestrebt werden, das die Bedürfnisse von Aufnahmegesellschaft und Zuwanderern gleichermaßen berücksichtigt.“<sup>1</sup>

Im Jahr 2006 fand der erste Integrationsgipfel statt, bei dem Migrantinnen und Migranten, Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, der Länder und Kommunen sowie zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaftler beschlossen, einen gemeinsamen Nationalen Integrationsplan<sup>2</sup> zu erstellen.

In einem Positionspapier zu diesem Gipfel schrieb der Deutsche Städtetag: „Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Gesellschaft und Politik in unserem Land zukünftig zu bewältigen haben. Sie stellt sich gleichermaßen hinsichtlich der Neuzuwanderer und derjenigen, die schon in Deutschland leben. Es gilt Strukturen zu schaffen, die die Integration der unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen in die demokratischen, wirtschaftlichen und

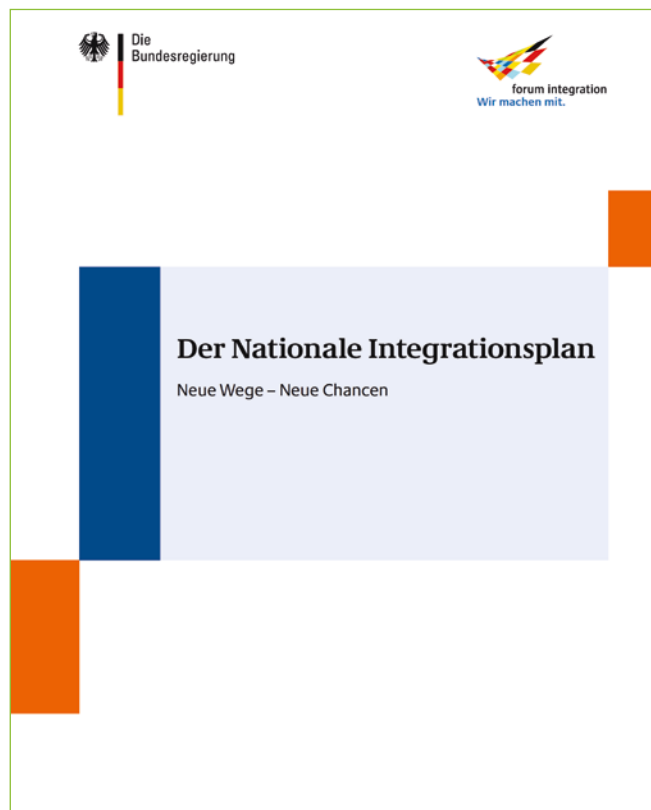


Abb. 6: Nationaler Integrationsplan

sozialen Prozesse Deutschlands ermöglichen. Die erfolgreiche Integration rechtmäßig in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten liegt im wohlverstandenen Interesse der aufnehmenden Gesellschaft wie der zugewanderten und zuwandernden Menschen.

Entsprechend dem Prinzip des Forderns und Förderns sind Migrantinnen und Migranten und Aufnahmegesellschaft gehalten, ihren Beitrag zum Gelingen der Integration zu leisten.“<sup>3</sup>

1 Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (2001): Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Abschlussbericht, Berlin, Bundesministerium des Innern, S. 199, URL: [www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/123148/publicationFile/9076/Zuwanderungsbericht\\_pdf.pdf](http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/123148/publicationFile/9076/Zuwanderungsbericht_pdf.pdf) [Stand: 04.03.2014]

2 Nationaler Integrationsplan, URL: [www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/2006-10-27-ib-nationaler-integrationsplan.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/2006-10-27-ib-nationaler-integrationsplan.html) [Stand: 04.03.2014]

3 Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2006): Positionspapier zum Integrationsgipfel am 14.07.2006, Berlin, S.1, URL: [http://archiv.dstgb.de/homepage/presse-meldungen/archiv\\_2006/integrationsgipfel\\_am\\_14\\_juli\\_im\\_bundeskanzleramt/index.html](http://archiv.dstgb.de/homepage/presse-meldungen/archiv_2006/integrationsgipfel_am_14_juli_im_bundeskanzleramt/index.html) [Stand: 04.03.2014]



Der Nationale Integrationsplan konnte bereits beim zweiten Integrationsgipfel am 12. Juli 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. „Er stellt die Integrationsinitiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürgergesellschaft erstmals auf eine gemeinsame Grundlage. Er wurde im Dialog von Vertreterinnen und Vertretern aller staatlichen Ebenen, der wichtigsten nichtstaatlichen Organisationen und der Migrantinnen und Migranten erarbeitet. Alle Beteiligten haben sich im Nationalen Integrationsplan verpflichtet, geeignete Maßnahmen für eine bessere Integration zu ergreifen und umzusetzen.“<sup>4</sup> Ende 2008 veröffentlichte die Bundesregierung den Ersten Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan<sup>5</sup> als Zwischenbilanz.

Die Weiterführung des Nationalen Integrationsplans erfolgte beim fünften Integrationsgipfel am 31. Januar 2012 in Form des Nationalen Aktionsplans Integration.<sup>6</sup> Ab Dezember 2010 wurden elf Dialogforen eingerichtet. Sie befassten sich mit Themenfeldern, die für Fortschritte in der Integration wichtig sind. Unter Beteiligung staatlicher und zivilgesellschaftlicher integrationspolitischer Akteure arbeiteten die Foren an der Festlegung strategischer und operativer Ziele sowie konkreter Einzelmaßnahmen.

Auch auf Länderebene entstanden Integrationskonzepte. Das Integrationskonzept Rheinland-Pfalz<sup>7</sup> aus dem Jahr 2007 wurde mit dem aktuellen Konzept „Integration, Anerkennung und Teilhabe“<sup>8</sup> weiterentwickelt.

Die Kommune soll der Ort sein, in dem das Zusammenleben verschiedener Kulturen, Ethnien und Men-



Abb. 7: Nationaler Aktionsplan

schen im Wesentlichen gestaltet wird. „Ob die zentrale Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und das Zusammenleben verschiedener Kulturen gelingen, entscheidet sich vor allem in den Städten und Gemeinden. Integration meint dabei nicht die Anpas-

4 Nationaler Integrationsplan – Kurzfassung, S. 1, URL: [www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/2006-10-27-ib-nationaler-integrationsplan.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/2006-10-27-ib-nationaler-integrationsplan.html), [Stand: 04.03.2014]

5 Erster Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan, URL: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/nationaler-integrationsplan-fortschrittsbericht.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/nationaler-integrationsplan-fortschrittsbericht.html) [Stand: 04.03.2014]

6 Nationaler Aktionsplan Integration, URL: [www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/nap/nationaler-aktionsplan/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/nap/nationaler-aktionsplan/_node.html) [Stand: 04.03.2014]

7 Integrationskonzept Rheinland-Pfalz (2007): Verschiedene Kulturen – Leben gemeinsam gestalten, Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz, URL: <http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/service/publikationen/Integration/Integrationskonzept07-RLP.pdf> [Stand: 04.03.2014]

8 Integrationskonzept Rheinland-Pfalz (2013): Integration, Anerkennung und Teilhabe, Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz, URL: [http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/service/publikationen/Integration/Integrationskonzept\\_Rheinland\\_Pfalz\\_2013.pdf](http://mifkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/service/publikationen/Integration/Integrationskonzept_Rheinland_Pfalz_2013.pdf) [Stand: 04.03.2014]

sung von Lebensweisen und kulturellen Orientierungen an die deutsche Gesellschaft, sondern das Zusammenleben muss als wechselseitiger Lernprozess gestaltet sein, der die kulturelle Tradition ausländischer Minderheiten als positive Bereicherung einer Gesellschaft mit verschiedenen Kulturen anerkennt und Anknüpfungsmöglichkeiten bei der Orientierung für alle Seiten ermöglicht.“<sup>9</sup>

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände brachte in zehn Empfehlungen zum Nationalen Integrationsplan zum Ausdruck, dass „Städte, Kreise und Gemeinden sich ihrer großen Verantwortung bei der Integration bewusst und bereit sind, ihre Gestaltungspotentiale zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auch weiterhin einzusetzen.“<sup>10</sup>

„Parallel zu diesen Entwicklungen und mindestens von gleicher Bedeutung entstand ein Bewusstsein für die Bedeutung lokaler Integrationspolitik und eine kaum überschaubare Anzahl von Initiativen und praktischen Maßnahmen, die der kommunalen Integrationspolitik einen ganz neuen Stellenwert gaben und geben.“<sup>11</sup>

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, von 2005 bis 2013 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, betont: „Der Kommune kommt dabei eine besondere Rolle zu. Integration findet in besonderem Maße direkt vor Ort statt. Der Wohnort, der Stadtteil, die Nachbarschaft, Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine und Verbände, aber auch die Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung sind die Orte, an denen Integration konkret wird. Hier entscheidet sich jeden Tag, ob Schulabschlüsse erreicht werden, ob Arbeit gefunden wird, ob Freundschaften entstehen und ob nachbarschaftliche Netzwerke aufgebaut werden. All dies sind Grundbedingungen für Integration. Gesellschaftliche Teilhabe, aber auch Vertrauen, Wertschätzung und Anerkennung sind das Fundament für ein gutes Miteinander vor Ort.“<sup>12</sup>

Das Bundesministerium des Innern und die Bertelsmann Stiftung haben unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Ergebnisse im Rahmen des Wettbewerbes „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ Strategien kommunaler Integrationspolitik formuliert<sup>13</sup>:

### **1. Ein Konzept gemeinschaftlich entwickeln.**

Kommunalpolitik und Verwaltung entwickeln ein Leitbild sowie einen umfassenden Zielkatalog für Integrationspolitik. An diesem Prozess werden alle relevanten Akteure beteiligt.

### **2. Integration als Querschnittsaufgabe verankern.**

Kommunalpolitik und Verwaltung verankern Integration als gesamtstädtische und ressortübergreifende Aufgabe. Dabei wird die Koordinierung durch eine zentrale Stelle garantiert – sei es im Stab des Verwaltungschefs oder eines Fachdienstes. Umfassende Maßnahmen für bürgergesellschaftliche Beteiligung fördern eine breite Bearbeitung.

9 Krummacher/Waltz (1995): Einwanderer in der Kommune – Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik, Klartext-Verlag, Essen

10 Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (2006): Zehn Empfehlungen zum Nationalen Integrationsplan, Berlin, URL: [www.kreisefuer-integration.de/bv-nip.pdf](http://www.kreisefuer-integration.de/bv-nip.pdf) [Stand: 04.03.2014]

11 Heckmann, Friedrich (2010): 50 Jahre Integrationspolitik in Deutschland?, efms paper 2010-5, Bamberg, S. 8, URL: <http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/efms%20paper%202010-5.pdf> [Stand: 04.03.2014]

12 Böhmer, Maria (2010): Rede anlässlich des vhw-Forums „Integration und Stadtentwicklung“, URL: [www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/Download-Dokumente/Veranstaltungen/Rede\\_Böhmer.pdf](http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/Download-Dokumente/Veranstaltungen/Rede_Böhmer.pdf) [Stand: 04.03.2014]

13 Bertelsmann Stiftung (2005): Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Erfolgreiche Integration ist kein Zufall, Strategien kommunaler Integrationspolitik, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, URL: [www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbr/SID-EB1CF031-2F1E0975/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_24353\\_24354\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbr/SID-EB1CF031-2F1E0975/bst/xcms_bst_dms_24353_24354_2.pdf) [Stand: 04.03.2014]

**3. Integration muss Chefsache sein.**

Kommunalpolitik und Verwaltung gewährleisten eine klare politische Verbindlichkeit und Verantwortung. Ziele sind fraktionsübergreifender Konsens und parteiübergreifende Zusammenarbeit.

**4. Integration mit allen und für alle.**

Beteiligung und auch ihre Anerkennung ist eine Grundlage jedes Integrationskonzeptes. Kommunalpolitik und Verwaltung stellen sicher, dass alle relevanten Vertreter der Migrantinnen und Migranten wie auch der Aufnahmegesellschaft an der Entwicklung von Maßnahmen beteiligt werden. Daneben ist eine starke Förderung des bürgerschaftlichen Engagements selbstverständlich. Wichtig ist bei allen Aktivitäten der Dialog auf gleicher Augenhöhe.

**5. Akteure vernetzen.**

Kommunalpolitik und Verwaltung haben die Aufgabe, alle relevanten Akteure in die kommunale Netzwerkarbeit einzubinden. Besonders im Politikfeld Integration sind ein regelmäßiger Austausch und der Aufbau von Vertrauen notwendige Grundlage einer nachhaltigen Politik.

**6. Für den Stadtteil planen und arbeiten.**

Kommunalpolitik und Verwaltung berücksichtigen bei ihrer Planung besonders die Stadtteile. Durch den direkten Kontakt zu den Bürgern und angepasste Maßnahmen kann zielorientiert und nachhaltig gearbeitet und geplant werden.

**7. Ein breites Angebot schaffen.**

Kommunalpolitik und Verwaltung führen möglichst in allen Handlungsfeldern integrationsorientierte Maßnahmen durch. Besonders gilt dies für die Bereiche Bildung und Sprache, Beschäftigung, Beteiligung und Beratung. Dabei gilt es, mit den Zuwanderern und nicht für die Zuwanderer zu handeln.

**8. Die Kommune muss als Arbeitgeber Zeichen setzen.**

Kommunalpolitik und Verwaltung unterstützen als Arbeitgeber direkt die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und setzen somit ein Zeichen für die lokale Wirtschaft. Neben der Erhöhung des Migrantenteiles in der Verwaltung gilt es, auch das übrige Personal interkulturell fortzubilden.

**9. Dienstleistungen für alle.**

Kommunalpolitik und Verwaltung treffen umfassende Maßnahmen, um Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten abzubauen. Eine besondere Aufgabe liegt hier bei den Auslandsämtern, die gemäß Zuwanderungsgesetz ihre Rolle als Integrationsbehörden ausbauen müssen.

**10. Erfolge messen.**

Kommunalpolitik und Verwaltung unterziehen die Wirkung der eingeschlagenen Strategie und Maßnahmen einer permanenten Untersuchung auf Erfolg und Misserfolg. Auch eine Stärkung des Monitorings erleichtert den Planungsprozess und führt zu einem effizienten Einsatz der Mittel. Dieser Prozess darf jedoch nicht der reinen Kontrolle, sondern muss der Transparenz dienen.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement fixierte in ihrem Bericht „Management kommunaler Integrationspolitik“<sup>14</sup> strategische und organisatorische Umsetzungsempfehlungen für die kommunale Integrationsarbeit mit Beispielen für Handlungsansätze.

### 3.2 Auszüge aus der Integrationsarbeit der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) leistet auf der kommunalen Ebene seit Jahren ihren Beitrag als Integrationsmotor. Bereits im Jahr 1984 fanden erste Veranstaltungen mit integrativem Inhalt statt. Im Jahr 1993 konstituierte sich ein Runder Tisch zu Ausländerfragen. Am 27. November 1994 wurde in Frankenthal (Pfalz) zum ersten Mal ein Ausländerbeirat gewählt, dessen Konstituierung am 12. Januar 1995 erfolgte und der sich aufgrund der gesetzlichen Änderungen mittlerweile zu einem Beirat für Migration und Integration weiterentwickelt hat.

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Beirat und anderen Partnern eine Vielzahl von regelmäßigen Veranstaltungen, um Menschen aller Kulturen zusammenzubringen.



Abb. 8: Babylonischer Leseabend

Der „Babylonische Leseabend“ soll seit 2004 jährlich Besucher dazu ermutigen, sich auf das Abenteuer der fremden Sprache einzulassen und sich mit unterschiedlichen Klängen und Melodien auseinanderzusetzen. Dabei werden in der Stadtbücherei Kurzgeschichten oder Gedichte in verschiedenen Landessprachen vorgetragen; anschließend erfolgt eine kurze Zusammenfassung in Deutsch. Die Stadtbücherei bietet außerdem fremdsprachige Literatur und Sprachkurse auf verschiedenen Tonträgern zur Ausleihe an.

Bei den Treffen des „Christlich-Islamischen Gesprächskreises“ wird seit 2008 mehrmals jährlich jeweils ein bestimmtes Thema aus Sicht der unterschiedlichen Religionen beleuchtet.



Abb. 9: Christlich-Islamischer Gesprächskreis

Um schon Kindern die Möglichkeit zu geben, andere Religionen kennen und achten zu lernen, wird seit dem Jahr 2004 jährlich ein „Interreligiöser Kindergottesdienst“ veranstaltet. Während des vor 15 Jahren zum ersten Mal durchgeführten „Abendgebetes der Religionen“, das von den katholischen und protestantischen Kirchengemeinden sowie den muslimischen Kulturvereinen organisiert wird, stehen Bibellesungen und Koranrezitationen mit entsprechenden Erläuterungen im Mittelpunkt.

<sup>14</sup> Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (2005): Management kommunaler Integrationspolitik – Strategie und Organisation, Bericht Nr. 7, Köln



Abb. 10: Abendgebet der Religionen

Beim Internationalen Fest, welches 2014 zum 23. Mal ausgerichtet wird, feiern viele verschiedene Nationen gemeinsam mit folkloristischen Tänzen, Gesang und landestypischen Spezialitäten und zeigen die kulturelle Vielfalt der Völker. Ziel des Festes ist es, durch das Miteinander Akzeptanz und Toleranz zu fördern.



Abb. 11: Internationales Fest

Für die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund setzt sich seit Jahren die städtische Gleichstellungsstelle unter der Leitung von Birgit Löwer ein. Neben persönlichen Beratungsangeboten organisiert sie in Kooperation

mit dem Beirat für Migration und Integration regelmäßig ein Internationales Frauenfrühstück mit internationalem Buffet zur Förderung der interkulturellen Begegnung, das bereits zum 17. Mal stattgefunden hat. Darüber hinaus führt sie in Kooperation mit der Volkshochschule der Stadt Frankenthal (Pfalz) jährlich Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durch, etwa zur Gesundheitsprävention oder Altersvorsorge.



Abb. 12: Frauenfrühstück

Neben den regelmäßigen Veranstaltungen wird eine Vielzahl von Kooperationsprojekten realisiert, von denen einige landesweite Beachtung finden, beispielsweise die „Schreibwerkstatt“ oder die islamische Krankenhausesel-sorge.



Von großer Bedeutung ist das Mehrgenerationenhaus Frankenthal (Pfalz), das 2007 offiziell eingeweiht wurde und als Begegnungsort der Kulturen mit einem vielfältigen Angebot für Migrantinnen und Migranten einen wichtigen Baustein der Integrationsarbeit in Frankenthal (Pfalz) darstellt. Auch der Jugendmigrationsdienst ist dort beheimatet.

Weitere wichtige Bausteine der Frankenthaler Integrationsarbeit sind die Sprachförderung in den Kindertagesstätten und die Schulsozialarbeit.

Mehrere Frankenthaler Schulen setzen als offizielle „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ein Zeichen gegen Diskriminierung. Jugendliche beschäftigen sich in Arbeitsgemeinschaften oder Projektwochen mit den Themen Rassismus in unterschiedlichster Art und Weise und initiieren vielfältige Aktionen.



Abb. 13.: Preisverleihung in Mainz

## 4. Der Weg zum Frankenthaler Integrationskonzept

### 4.1 Die Anfänge

Im Hinblick auf die Selbstverpflichtungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände im Nationalen Integrationsplan wurden seitens der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) bereits Ende 2008 erste Überlegungen zur Erstellung eines Integrationskonzeptes angestellt und im gleichen Jahr durch die schriftliche Fixierung aller notwendigen Schritte ein verwaltungsinterner Erstellungsprozess angestoßen.

Den nächsten Impuls gab Anfang 2011 ein Seminar der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz über die Entwicklung von kommunalen Integrationskonzepten.

Ende 2011 legte die Stadtverwaltung dem Vorstand des Beirates für Migration und Integration die Überlegungen zur Entwicklung eines kommunalen Integrationskonzeptes dar, die dort große Zustimmung fanden. Im Kommunikationstreffen „Integration“, bei dem sich vierteljährlich unter anderem der Internationale Bund, die Volkshochschule Frankenthal (Pfalz), das Jobcenter Frankenthal (Pfalz), der Servicepoint Migration, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Arbeitskreis für Aus- und Weiterbildung e. V., die Arbeiterwohlfahrt Ludwigshafen, das Zentrum für Arbeit und Bildung Frankenthal (Pfalz), das Diakonische Werk Pfalz sowie verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung austauschen, wurde intensiv über das geplante Konzept diskutiert und die Erstellung befürwortet.

Es erfolgten dann erste Gespräche mit der Schneider-Organisationberatung, Mainz, und der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz. Danach konnten konkrete Planungen erfolgen.

Der Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) fasste schließlich am 27. Juni 2012 den Grundsatzbeschluss zur Erstellung eines strategischen Konzeptes für die Integration von Personen mit Migrationshintergrund.

### 4.2 Die Vorbereitung in der Verwaltung

Mit einer strategischen Ausrichtung des Frankenthaler Integrationskonzeptes sollte sichergestellt werden, dass das zu entwickelnde Konzept keine abgeschlossene, statische Vorlage darstellt, sondern ein flexibles Instrument, mit dem auf Veränderungen reagiert werden kann; denn nur was sich wandelt, hat Bestand. Durch eine systematische Beobachtung sowohl der Rahmenbedingungen als auch der Auswirkungen der angestoßenen Maßnahmen können Änderungen bedarfsorientiert erfolgen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal war die Einbindung vieler Einwohnerinnen und Einwohner, fachkompetenter Partner sowie aller politischen, sozialen und gesellschaftlichen Institutionen, Einrichtungen und Organisationen in den Entwicklungsprozess, denn ein „Projekt von Frankenthalern für Frankenthaler“ sollte entstehen. Höchste Priorität hatte außerdem die gemeinsame Erarbeitung konkreter, in Frankenthal (Pfalz) umsetzbarer Maßnahmen zur Erreichung der vorgeschlagenen Ziele.

Diese drei Grundsätze, also die strategische Ausrichtung, die Einbindung aller und die lokale Umsetzbarkeit, begleiteten den Entwicklungsprozess. Um letztendlich ein strukturiertes Vorgehen zu gewährleisten, mussten die anstehenden Arbeitsschritte aufeinander abgestimmt werden.

Am Anfang stand deshalb der Erlass eines verwaltungsinternen „Arbeitspapiers für die Errichtung eines Konzeptes für die Integration von Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt Frankenthal (Pfalz)“ durch Oberbürgermeister Theo Wieder. Dieses legt unter anderem fest, dass als Leitungseinheit eine Stabsstelle eingerichtet wird, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist und durch die sowohl der Entwicklungs- und Entscheidungsprozess gesteuert und koordiniert als auch der spätere Umsetzungsprozess vorangetrieben werden soll. Es beinhaltet auch die Verpflichtung aller städtischen Bereiche, Einrichtungen und Institutionen, sich aktiv und engagiert an der Erstellung des Integrationskonzeptes zu beteiligen.

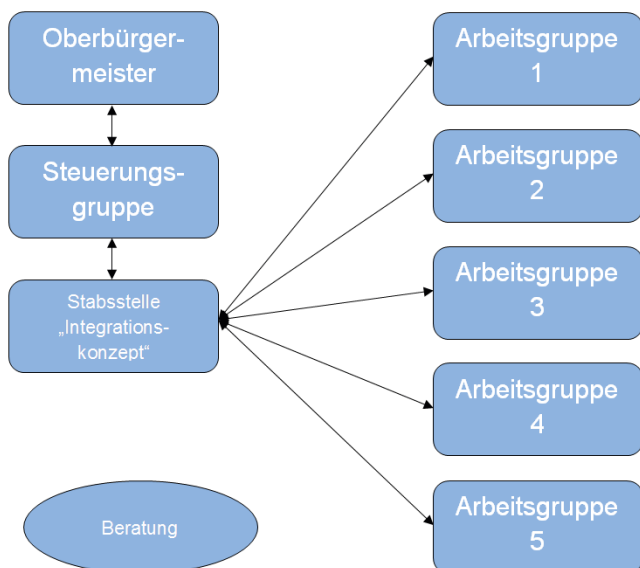


Abb. 14: Prozessdiagramm

### 4.3 Die Steuerungsgruppe

Um die Arbeit auf eine politische und verwaltungsmäßige Basis zu stellen, gibt das Arbeitspapier die Bildung einer Steuerungsgruppe vor. Sie soll den Entwicklungsprozess begleiten und in die spätere Umsetzungsphase eingebunden werden.

#### Die Steuerungsgruppe besteht aus folgenden Personen:

##### ■ Vorsitzender

- Oberbürgermeister Theo Wieder

##### ■ Delegierte der Fraktionen im Stadtrat

- Doris Schwarz, für die CDU
- Magali Leidig-Petermann, für die SPD
- Ingrid Hezel, für die FWG
- Marie-Bernadette Amand, für „Die Grünen-Offene Liste“
- Jürgen Maring, für die FDP

##### ■ Delegierte des Beirates für Migration und Integration

- Eda Sahin, Vorsitzende
- Rosana Jörns, Mitglied
- Ina Theobald, Mitglied

##### ■ Bereichsleitungen der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)

- Jürgen Esser, Bereich Zentrale Dienste
- Karl Metzdorf, Bereich Ordnung und Umwelt
- Monica Umstadt, Bereich Schulen, Kultur und Sport
- Torsten Bach, Bereich Familie, Jugend und Soziales
- Marika Denzer, Bereich Planen und Bauen

##### ■ Stabsstelle „Integrationskonzept“

- Bernd Schönhardt, Geschäftsführer des Beirates für Migration und Integration
- Andrea Graber-Jauch



Folgende Aufgaben wurden der Steuerungsgruppe zugewiesen:

- Definition der für Frankenthal (Pfalz) als wichtig erachteten Handlungsfelder,
- Festlegung der daraus abzuleitenden Arbeitsgruppen,
- Überlegungen zur möglichen Besetzung der Arbeitsgruppen,
- Diskussion der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen,
- Priorisierung der Ziele und Maßnahmen.

Die Steuerungsgruppe legte nach eingehender Diskussion die aus ihrer Sicht notwendigen Handlungsfelder abschließend fest. Einvernehmlich vertrat sie die Meinung, dass einzelne Personengruppen, wie beispielsweise Kinder, Jugendliche, Frauen oder Senioren, nicht explizit behandelt werden sollten, da diese Gruppen alle Themenfelder tangieren können.

Letztendlich bestimmte die Steuerungsgruppe die Bildung folgender Arbeitsgruppen:

- Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und Behörden,
- Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft,
- Sprachkompetenz, Bildung und Kultur,
- Wohnen und Stadtentwicklung,
- Soziales, Sport und Gesundheit.

#### 4.4 Die Auftaktveranstaltung

Um die Frankenthaler Bevölkerung über die geplante Konzeptentwicklung zu informieren und möglichst viele Personen für die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe zu gewinnen, lud Oberbürgermeister Theo Wieder am 16. Januar 2013 rund 850 Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen Frankenthals zu einer Auftaktveranstaltung in das CongressForum ein. Durch ein persönliches Einladungsschreiben und ein ausführliches Pressegespräch konnten mehr als 240 Personen zum Besuch motiviert werden.



Oberbürgermeister Wieder erläuterte die Bedeutung der Integration und stellte die Initiative und das Entwicklungsverfahren des Integrationskonzeptes der Stadt Frankenthal (Pfalz) vor. Er betonte, dass die Integration eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Einwohnerschaft darstellt. Anhand von Beispielen zeigte er mögliche Themeninhalte für die einzelnen Arbeitsgruppen auf und warb um Mitarbeit und Unterstützung aus der Gesellschaft.

In einem Grußwort bekräftigte Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, von 2005 bis 2013 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die Bedeutung der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene.<sup>1</sup>

Claudia Vortmann erläuterte, welche Entwicklung die Integrationsarbeit in den letzten Jahren genommen hat. Weiter stellte sie die mögliche grundsätzliche Vorgehensweise bei der Erarbeitung von kommunalen Integrationskonzepten vor.

Wandel im Umgang mit Migration und Integration	
<b>Früher</b>	<b>Heute</b>
• Einwanderung ist temporär	❖ Einwanderung ist langfristig
• Problemorientiert	❖ Chancenorientiert
• Paternalistisch	❖ Partizipativ
• Defizitorientiert	❖ Ressourcenorientiert
• Fordert die Minderheit	❖ Fordert die Gesellschaft
• Randthema	❖ Chefsache, Querschnittsaufgabe
• Unkoordinierte Integrationsmaßnahmen	❖ Strategische Integrationspolitik

Am Ende der Auftaktveranstaltung konnten die Gäste ihr Interesse für die Mitarbeit in einer der einzurichtenden Arbeitsgruppen bekunden. Alle 160 angemeldeten Personen wurden zu den entsprechenden konstituierenden Sitzungen eingeladen.

## 4.5 Die Arbeitsgruppen

### 4.5.1 Die Einrichtung der Arbeitsgruppen

In den konstituierenden Sitzungen erfolgte zunächst die Wahl eines Leitungsteams, bestehend aus einer bzw. einem Vorsitzenden, einer bzw. einem stellvertreten-

den Vorsitzenden und einer Schriftführerin bzw. einem Schriftführer. Für die gewählten Leitungsteams wurde zu Beginn der eigentlichen Prozessarbeit ein Workshop angeboten, bei dem Claudia Vortmann zusammen mit der Stabsstelle in die anstehenden Aufgaben einwies und unter anderem Moderationstechniken vorstellte.



### 4.5.2 Die Arbeit in den Arbeitsgruppen



Abb. 15: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kurzworkshops

Der Arbeitseinstieg erfolgte in jeder Arbeitsgruppe über eine Kartenabfrage, bei der alle Anwesenden aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen positive und/oder nega-

<sup>1</sup> Böhmer Maria (2013): Grußwort, URL: <http://www.maria-boehmer.de/index.php?ka=1&ska=1&printit=1&idn=41> [Stand: 04.03.2014]

tive Aspekte innerhalb des Handlungsfeldes notierten und diese inhaltlich zu Themen zusammenfassten. Um eine möglichst abschließende Arbeit sicherzustellen, priorisierten die Gruppenmitglieder diese Themen durch Punktevergabe. Die fünf Themen mit den meisten Punkten sollten bearbeitet werden.

Bereits in den zweiten Sitzungen begann die Kleingruppenarbeit, bei der in einem vorgegebenen Grobraster Ziele, Maßnahmen und Beteiligte stichpunktartig notiert und in den nachfolgenden Treffen weiter ausgearbeitet wurden. Manches Ziel wurde zur Maßnahme und manche Maßnahme zum Ziel.

Den Wunsch der Leitungsteams aufgreifend und um eine Gleichartigkeit der Arbeitsweisen in den verschiedenen Arbeitsgruppen zu gewährleisten, erfolgte nach der Hälfte der Sitzungstermine ein gemeinsamer Informationsaustausch.

## Strategisches Integrationskonzept der Stadt Frankenthal (Pfalz)

### Informationsaustausch der Leitungsteams der Arbeitsgruppen

6. Juni 2013, 19:30 Uhr, Rathaus



Seitens der Stabsstelle wurde nochmals die Wichtigkeit betont, Ziele klar und Maßnahmen konkret zu formulieren, denn es sollten „SMARTe“ Ziele erarbeitet werden.

„SMART“ steht für

S = spezifisch

M = messbar

A = attraktiv

R = realistisch

T = terminierbar



Abb. 16: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Informationsaustauschs

Die Arbeitsgruppen entwickelten ihre bestehenden Grobraster zu Feinrastern weiter, indem sie die Beschreibung des Ist-Zustandes und mögliche Indikatoren ergänzten.

Das folgende Prüfraster begleitete die Arbeit:

#### Prüfung der Ziele

- Sind die Ziele tatsächlich Ziele und keine Maßnahmen?
- Sind die Ziele auch „SMART“?
- Stimmen die Formulierungen mit der gewollten Aussage überein?

#### Prüfung der Maßnahmen

- Sind die Maßnahmen, Handlungsempfehlungen bzw. Strategien tatsächlich zielführend?
- Besteht eine Verzahnung von Ziel und Maßnahme?

### Prüfung der Beteiligten

- Wer kann bzw. sollte bei der Umsetzung der Ziele und Maßnahmen mitwirken?
- Welche Personen bzw. Organisationen werden dazu gebraucht?
- Wo gibt es bereits Ansätze bzw. ähnliche Maßnahmen?

### Findung von Indikatoren

- Mit welchen Daten und Fakten kann die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft werden?
- Wo sind vielleicht auch zunächst einmal Voruntersuchungen notwendig?

Die Einladung fachkompetenter Referentinnen und Referenten und die Organisation von Fachvorträgen bereicherte die Gruppenarbeit zusätzlich und setzte weitere Impulse.

In den letzten Sitzungen der Arbeitsgruppen wurden die erarbeiteten Zielvorschläge als Orientierung für die Steuerungsgruppe priorisiert. Auch hier konnten die Gruppenmitglieder, je nach Anzahl der Ziele, drei bis fünf Punkte für die aus ihrer Sicht wichtigsten vergeben.

Nach sechs bis sieben Sitzungen innerhalb eines halben Jahres lagen alle Ergebnisse vor.

### 4.5.3 Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse in der Steuerungsgruppe

Die Überlegungen und Beiträge aus den Arbeitsgruppen sollten auch in den Diskussionen in der Steuerungsgruppe Berücksichtigung finden, weshalb zusätzlich die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen in die Steuerungsgruppe berufen wurden. Für Vorsitzende, die bereits Mitglied der Steuerungsgruppe waren, übernahm eine andere Person aus dem Leitungsteam die Aufgabe.

In fünf Sitzungen der Steuerungsgruppe wurden die fast 80 Einzelziele mit über 200 Maßnahmen und mehr als 100 Indikatoren, für deren Umsetzung rund 150 mögliche Beteiligte ermittelt wurden, vorgestellt.

Bei den fast 450 Sitzungsteilnahmen waren zu 55 Prozent Frauen vertreten. Die Teilnahmen können unterschiedlichsten Bereichen zugeordnet werden:

### Institutionen, Behörden, Gruppierungen

Gremien (Stadtrat, Ausschüsse, Beirat für Migration und Integration, Seniorenbeirat)	85
Vereine	60
Schulen (Lehrerinnen und Lehrer, Elternvertretungen)	56
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle) (zugeordnete Bereiche, Kinder- und Jugendbüro, Kindertageseinrichtungen, Stadtbücherei, Gleichstellungsstelle)	48
Behörden (Gerichte, Agentur für Arbeit, Polizeiinspektion, Jobcenter)	31
Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände (Kirchengemeinden, Diakonisches Werk, Caritas, Arbeiterwohlfahrt)	25
Firmenvertreter, Unternehmer und Gewerkschaften	16
Integrationskursanbieter (Internationaler Bund und Volkshochschule)	16
Wohnwirtschaft (Baugesellschaft, Architekten)	11
Sonstige (Meldungen in der Auftaktveranstaltung, Meldungen über die Internetseite)	99

## 5. Handlungsfelder bzw. Arbeitsgruppen

Die nachfolgenden Ziele und Empfehlungen wurden in ihrer Gesamtheit von den Arbeitsgruppen ausgearbeitet, deren Mitglieder aus der Einwohnerschaft, haupt- und ehrenamtlichen Fachleuten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bereiche der Stadtverwaltung entstammten. Sie haben ihre Mitarbeit in den Arbeitsgruppen gemäß ihren eigenen Kenntnissen, Bedürfnissen und Erfahrungen gestaltet und sich dementsprechend eingebracht.

Getreu dem Motto „Ein Projekt von Frankenthalern für Frankenthaler“ wurden von Seiten der Stabsstelle „Integrationskonzept“ keine thematischen Inhalte innerhalb des jeweiligen Handlungsfeldes vorgegeben bzw. eingebracht.

Unabhängig vom Inhalt der behandelten Themen variierte je nach Zusammensetzung der Mitglieder der Arbeitsgruppe auch die Auseinandersetzung mit den Zielen und Maßnahmen. Manche Ziele sind als sogenannte Ergebnisziele (...ist..., ...sind...) und andere in Form einer Forderung (...werden..., ...soll...) formuliert. Dieser Unterschied schmälert deren Bedeutung nicht, sondern ist im Rahmen der Vielfalt durchaus so gewollt.

In den Forderungen einzelner Arbeitsgruppen sind auch Ziele bzw. Maßnahmen enthalten, die sich auf bundes- und landespolitische Regelungen beziehen. Aufgrund übergeordneter Zuständigkeiten sind diese Regelungen und Vorgaben kommunalpolitisch nicht änderbar. Diese Ziele und Maßnahmen wurden in das Konzept aufgenommen, sofern sie aus Sicht der Arbeitsgruppe essentiell waren und ein notwendiger Handlungsbedarf aufgezeigt werden sollte.

## 5.1 Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und der Behörden



Abb. 17: Konstituierende Sitzung

### 5.1.1 Allgemeines

Zu der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe am 20. Februar 2013 wurden 13 Personen eingeladen, die im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert hatten. Neun Personen nahmen an der Sitzung teil und wählten folgendes Leitungsteam:

- Vorsitzende:** Doris Schwarz,
- Stellvertreter:** Gerold Blaese,
- Schriftführerin:** Heidemarie Bierling.

Getagt hat die Arbeitsgruppe an sechs Terminen.

Die insgesamt 48 Sitzungsteilnahmen verteilten sich auf folgende Gruppierungen:

Gruppierungen	Teilnahmen
Vereine	13
Behörden	8
Gremien	7
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle)	5
Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände	5
Sonstige	10

Betreut wurde die Arbeitsgruppe durch Andrea Graber-Jauch von der Stabsstelle „Integrationskonzept“. Zusätzlich fachlichen Input gab es durch den Leiter des Bereiches Zentrale Dienste, Jürgen Esser, den Leiter des Bereiches Ordnung und Umwelt, Karl Metzdorf, und dem Leiter der Abteilung Soziale Leistungen im Bereich Familie, Jugend und Soziales, André Schreiber.

### 5.1.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe

Eine Umfrage bei den Frankenthaler Behörden ergab, dass Maßnahmen zur Etablierung einer Willkommenskultur bereits stellenweise verankert sind und die interkulturelle Kompetenz des Personals immer stärkere Bedeutung erlangt. Die Hälfte der angeschriebenen Behörden teilte mit, dass insbesondere der Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Fremdsprachenkenntnissen, mit Erfahrungen im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen oder die Einrichtung von Anlaufstellen zur Auskunftserteilung als wichtig erachtet werden.

Informationen über den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei den Verwaltungen liegen nicht vor, freiwillige Umfragen garantieren kein vollständiges Ergebnis.



Abb. 18: Konstituierende Sitzung

Innerhalb der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) wird bereits für einfache Übersetzungshilfen bei Personen, die ohne eigenen Dolmetscher vorsprechen und sich nicht ausreichend in deutscher Sprache verständigen können, auf eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Fremdsprachenkenntnissen zurückgegriffen. So konnten in der Vergangenheit bereits an der einen oder anderen Stelle Hilfestellungen beispielsweise in Türkisch, Russisch, Italienisch, Englisch oder Französisch geleistet werden.

Zugewanderte suchen oftmals zusätzliche Beratung bei anderen Stellen, wie beispielsweise dem Diakonischen Werk, der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt oder dem Internationalen Bund. Dabei zeigen sie oftmals eine ängstliche Einstellung gegenüber Behörden, sei es aufgrund vorangegangener Erfahrungen im Geburtsland, generell übertriebener Erwartungshaltung oder schwer verständlicher Anträge und Formulare.

Einzelne Bereiche der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) werden hinsichtlich ihrer „Kundenfreundlichkeit“ unterschiedlich wahrgenommen.

### 5.1.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe

Alle Personen sollen gleichermaßen freundlich und ohne Vorbehalte empfangen werden. Hilfreich für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind dabei Kenntnisse über die Kultur und die Geschichte der Zuwanderer, Informationen über das Herkunftsland sowie gegenseitige Offenheit und gegenseitiger Respekt. Deshalb sollten regelmäßig Seminare zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ angeboten werden.

Bis zur Festigung der deutschen Sprache sollten Übersetzungshilfen zur Verfügung stehen. Eine Prüfung und evtl. Änderung bislang verwendeter Formulierungen hinsichtlich der allgemeinen Verständlichkeit wären hilfreich. Menschen mit einer geringen Schulbildung und Analphabetismus haben zusätzlichen Erklärungsbedarf und brauchen mehr Unterstützung. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung könnte das bereits vorhandene mehrsprachige Potenzial weiter ausgebaut und ein Übersetzungsdienst etabliert werden, so dass es nur noch in besonderen Fällen externer Hilfe bedarf.

Bei Neueinstellungen sollte die Chancengleichheit für Personen mit Migrationshintergrund durch erweiterte Qualifikationsmerkmale in Stellenausschreibungen erhöht werden.

### 5.1.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung (in alphabetischer Reihenfolge)

Arbeitskreis Asyl, ausländische Kulturvereine, Beirat für Migration und Integration, Bereiche der Stadtverwaltung, ehrenamtliche Integrationslotsen, externe Organisationsberatung, Hilfsorganisationen, Jugendmigrationsdienst, Kursanbieter, Medien, Schulen, Universitäten, Vereine.

## 5.1.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien

Thema: Willkommenskultur – Beratung	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 1</b> Es wird ein verwaltungsinterner Übersetzungsdienst eingerichtet.	Innerhalb der Verwaltung wird ermittelt, welche Sprachkenntnisse bei der Mitarbeiterschaft vorhanden sind.
	Bedienstete mit Fremdsprachenkenntnissen und/oder Mehrsprachigkeit werden für einen internen Übersetzungsdienst geworben und zusätzlich hinsichtlich notwendiger Fachbegriffe und interkultureller Kompetenz geschult.
	Hinsichtlich der organisatorischen Umsetzung wird Kontakt mit bereits bestehenden Dolmetscherbörsen anderer Kommunen aufgenommen (Beispiele: Ludwigshafen, Germersheim).
Thema: Erwartungshaltung – Angst vor Behörden	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 2</b> Die interkulturelle Kompetenz des Personals mit direktem Kundenkontakt bei den Verwaltungen und Behörden wird gestärkt.	Eine Studie zur Selbst- und Fremdwahrnehmung der mit Zuwanderern befassten Bereiche wird erstellt.
	Verwaltungen und Behörden bieten regelmäßige Seminare zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ an. Alle Bediensteten mit Kundenkontakt werden zur Teilnahme verpflichtet.
	Die Teilnahme an einem Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ wird Bestandteil des Ausbildungsplans und der Personalförderung.
	Die Bediensteten mit Kundenkontakt werden in Bezug auf Umgangsformen anderer Kulturen trainiert. Sie erhalten Unterstützung in Form einer Supervision.
	In zeitlich festgelegten Abständen erfolgen stichprobenartige Befragungen bei den Bediensteten und Kunden, die zusammen mit den Eingaben bei einem Beschwerdemanagement ausgewertet werden. Daraus wird gegebenenfalls ein Handlungsbedarf abgeleitet.



### Thema: Realität im (Verwaltungs-/Behörden-) Alltag

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 3</b> Der Anteil der neu eingestellten Bediensteten mit Migrationshintergrund und interkultureller Kompetenz bei den Verwaltungen und Behörden wird erhöht.	Mögliche Berufsausbildungen und Aufstiegsmöglichkeiten werden intensiver beworben.
	Die Öffentlichkeitsarbeit wird intensiviert, verschiedene Medien werden dafür eingesetzt (zum Beispiel Broschüren, Homepage, persönliche Kontakte und Präsentationen, Einbezug der ausländischen Kulturvereine).
	Die Praktikumsplätze werden einem noch breiteren Publikum bekannt gemacht.
	Mehrsprachigkeit, Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenz werden als zusätzliches Qualifikationsmerkmal bei Einstellungen anerkannt und dementsprechend in der Stellenbeschreibung benannt.

### Thema: Statusklärung bzw. Existenzsicherung

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 4</b> Bei der Stadtverwaltung wird eine zentrale Anlaufstelle für Zuwanderer geschaffen. Fallmanager übernehmen umfangreiche Beratungen, durch die die notwendigen Behördengänge transparenter werden. Sie geben Hilfestellungen beim Ausfüllen von Anträgen.	Die Anlaufstelle wird mit Personen besetzt, die über interkulturelle Kompetenz und unterschiedliche Sprachkenntnisse verfügen.
	Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund werden hier hinsichtlich möglicher Bedürfnisse abgefragt.
	Die Speicherung der Daten in einer Datenbank, auf die weitere später beteiligte Verwaltungsstellen Zugriff haben, wird geprüft. Unterschiedliche Anträge können bereits hier online ausgefüllt und weitergeleitet werden. Das Einverständnis der Antragsteller ist notwendig und vorab einzuholen.
<b>Nr. 5</b> Formulare und umfangreiche Informationen werden online auf der Homepage der Stadt zugänglich gemacht.	Informationen können online abgerufen werden.
	Anträge können online ausgefüllt und an die zuständige Stelle übermittelt werden. Dadurch können auch andere Personen außerhalb der Verwaltung, wie zum Beispiel Integrationslotsen mit Kunden Formulare ausfüllen und Hilfestellungen vor Ort leisten.

<b>Nr. 6</b> Antragsvordrucke stehen auch online ausfüllbar in verschiedenen Sprachen zur Verfügung und sind online versendbar. Sie werden klar formuliert und erläutert.	Vordrucke und Merkblätter (als Ausfüllhilfe) werden in verschiedenen Sprachen erstellt.
	Alle vorhandenen Formulare werden hinsichtlich einer verständlichen Formulierung überprüft und bei Bedarf verbessert. Sie werden situativ im persönlichen Kontakt durch Fallmanager verständlich erklärt.
<b>Nr. 7</b> Die gute Erreichbarkeit der Ausländerbehörde wird sichergestellt.	Die Ausländerbehörde ist ständig telefonisch und per E-Mail erreichbar.
	Es werden Telefonumleitungen geschaltet oder Anrufbeantworter eingesetzt.
	Ein Beschwerdemanagement wird eingerichtet.
<b>Nr. 8</b> Es wird ein Pool von ehrenamtlich tätigen Integrationslotsen gebildet.	Ehrenamtliche Integrationslotsen, zum Beispiel Senior-TRAINER, werden ausgebildet.
	Die Integrationslotsen leisten Unterstützung bei Fragen im täglichen Leben und sind generelle Ansprechpartner, auch bei Behördengängen.
	Integrationslotsen könnten beispielsweise im Rahmen eines interkulturellen Festes geworben werden.
	Die ehrenamtliche Tätigkeit wird schriftlich anerkannt, beispielsweise durch ein Zertifikat oder eine Urkunde oder im Schulzeugnis.
<b>Nr. 9</b> Neue Zuwanderer, insbesondere Asylbewerber, erhalten eine Hilfestellung zur Orientierung an ihrem neuen Wohnort.	Asylbewerber werden von Integrationslotsen an ihrem neuen Wohnort von Beginn an in wichtigen Belangen des Alltags begleitet.

## 5.2 Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft



Abb. 19: Konstituierende Sitzung

### 5.2.1 Allgemeines

Zu der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe am 26. Februar 2013 wurden 25 Personen eingeladen, die

im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert hatten. 16 Personen nahmen an der Sitzung teil und wählten folgendes Leitungsteam:

**Vorsitzende:** Claudia Wertheim-Stauffer,  
**Stellvertreter:** Rudi Kottmann,  
**Schriftführung:** Martina Jünger-Schroedter und  
Andreas Wähler.

Getagt hat die Arbeitsgruppe an sieben Terminen.

Die insgesamt 78 Sitzungsteilnahmen verteilten sich auf folgende Gruppierungen:

Gruppierungen	Teilnahmen
Firmenvertreter, Gewerkschaften	16
Behörden	13
Gremien	12
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle)	8
Integrationskursanbieter	7
Schulen	5
Sonstige	17

Betreut wurde die Arbeitsgruppe durch Andrea Graber-Jauch von der Stabsstelle „Integrationskonzept“. Zusätzlichen fachlichen Input gab es durch den Leiter des Bereiches Ordnung und Umwelt, Karl Metzdorf, den Ausbildungsleiter der Firma KSB, Berthold Brauch, den Ausbildungsleiter der Firma KBA, Peter Henn, und durch Leyla Cetintas vom Projekt „Handwerk integriert Migrantinnen und Migranten“ der Handwerkskammer Pfalz.

### 5.2.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe

Statistische Daten zum Thema „Vorzeitige Auflösung von Ausbildungsverträgen“ sind in Bezug auf die einzelnen Berufsgruppen in Frankenthal (Pfalz) kaum vorhanden bzw. veröffentlicht oder aber nicht vergleichbar, da unterschiedliche Kriterien bei der Datenerhebung eine

Rolle spielen. Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden mehr Ausbildungsverträge bei Ausländern aufgelöst als bei Deutschen.



Abb. 20: Konstituierende Sitzung

Auch der Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist verhältnismäßig höher als der Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind häufiger in Minijobs beschäftigt als Deutsche. Diese Umstände können eventuell auf Unterschiede bei den höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüssen zurückzuführen sein. Die Gleichheit der Bildungschancen und somit der berufliche Erfolg sind noch nicht ausreichend.

Regional und überregional gibt es sehr viele Maßnahmen, die jungen Menschen, insbesondere auch Migrantinnen und Migranten, Unterstützung anbieten. So wurde beispielsweise das zeitlich befristete Modellprojekt KÜM (Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf) an einer Frankenthaler Schule erfolgreich durchgeführt, mittlerweile jedoch beendet. Unabhängig davon gibt es

bereits hervorragende Kooperationen zwischen Frankenthaler Schulen und Betrieben, wie beispielsweise den Expertenabend „Schule und Wirtschaft“. Nicht alle Betriebe in Frankenthal (Pfalz) bilden aus.

### 5.2.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe

Durch eine stärkere Vernetzung der Akteure allgemeiner und beruflicher Bildung könnten viele Prozesse rund um das Thema Übergang Schule-Beruf verbessert und vorhandene Ressourcen gebündelt werden. Diese Vernetzung wäre eine Grundlage für zahlreiche weitere Maßnahmen. Nur Projekte, die eine kontinuierliche Unterstützung garantieren oder Maßnahmen bündeln, sollten in Anspruch genommen werden. Das ehemalige Projekt KÜM sollte in anderer Form dauerhaft weitergeführt werden.

Kosten für Maßnahmen, die zu einem direkten Übergang Schule-Beruf führen, sind als Investitionen für die Zukunft zu sehen und führen wiederum an anderer Stelle zu Einsparungen.

Eine Anlaufstelle für den individuellen Beratungsbedarf Neuzugewanderter sollte geschaffen werden.

### 5.2.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung (in alphabetischer Reihenfolge)

Agentur für Arbeit, ausländische Kulturvereine, Beirat für Migration und Integration, Betriebe, ehrenamtliche Integrationslotsen, Gewerkschaften, Gleichstellungsbeauftragte, Hilfsorganisationen, Jobcenter, Jugendmigrationsdienst, Kammern, Integrationskursanbieter, Medien, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, Schulen, Servicepoint Migration, Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Zentrum für Arbeit und Bildung Frankenthal (Pfalz).

### 5.2.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien

<b>Thema: Vorbereitung auf Übergang Schule – Beruf</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<p><b>Nr. 10</b> Der Übergang von der Schule in das Berufs- und Arbeitsleben wird regional unterstützt und optimiert.</p> <p>Alle Schulabgänger sind in der Lage, eine geeignete Wahl ihrer Aus- bzw. Weiterbildung zu treffen und haben dementsprechend einen für sie geeigneten Ausbildungsplatz (Schulplatz).</p> <p>Sie verfügen über die notwendige Ausbildungsreife.</p>	<p>In Frankenthal (Pfalz) wird ein Arbeitskreis „Übergang Schule-Beruf“ gebildet, aus dem ein lokales effektives Netzwerk aller arbeitsmarktrelevanten Akteure vor Ort entsteht.</p> <p>Integration der Ausländervereine in den Arbeitskreis „Übergang Schule-Beruf“ zur Unterstützung.</p> <p>Migrantenselbstorganisationen betonen die Notwendigkeit der Begleitung der Jugendlichen durch die Eltern beim Übergang Schule-Beruf.</p> <hr/> <p>Vorschläge für Aktionen dieses Arbeitskreises: Organisation einer schulübergreifenden Ausbildungsmesse als schulische Veranstaltung. Vorbereitung durch Information der Lehrerinnen und Lehrer zu Anforderungen der Betriebe an ihre Azubis (Bewerber).</p> <hr/> <p>In Anlehnung an das „Telgter Modell“ (Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe, Handel, Gastronomie und Dienstleister kooperieren mit Schulen und gestalten Teile des Unterrichts ab der 5. Klasse in Räumen der Schulen und in den Unternehmen). Informationen durch lokale Betriebe und durch die Stadtverwaltung zu möglichen Ausbildungsberufen und den Anforderungen an Bewerberinnen und Bewerber.</p> <hr/> <p>Organisation von Schulungen für Lehrerinnen und Lehrer und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zu den Anforderungen an Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsberufe, damit Lehrerinnen und Lehrer die Auswahl von Schulpraktika oder Berufswahl besser unterstützen können.</p> <hr/> <p>Vermittlung von konkreten Kooperationen zwischen einzelnen Schulen und Betrieben durch den Arbeitskreis „Übergang Schule-Beruf“.</p> <hr/> <p>Zur besseren Vernetzung: regelmäßige Einführung des Planspiels „Ready, Steady, Go“ unter Einbeziehung aller weiterführenden Schulen.</p>

<p><b>Nr. 11</b> Verbesserung der Ausbildungsbedingungen für Migrantinnen und Migranten zur Steigerung der Nachhaltigkeit. Der Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge ist auf die Hälfte reduziert.</p>	<p>Langfristige Betreuung der Azubis durch einen festen Ansprechpartner, Coach bzw. Kümmerer.</p> <p>Betriebe und Berufsschulen sind darüber informiert, dass dieser Ansprechpartner in allen Belangen den Azubis zur Verfügung steht.</p> <p>Bei Abbruch der Ausbildung verstärkte Bemühung um Fortführung der Ausbildung in einem anderen Betrieb im gleichen Berufsbild.</p> <p>Ausbildungsbegleitende Hilfen unabhängig vom schulischen Abschluss.</p> <p>Nutzung der Ausbildungsmesse.</p> <p>Mehr Plätze im Rahmen der ausbildungsbegleitenden Hilfen, insbesondere für Migrantinnen und Migranten.</p> <p>Ausbildungsbegleitende Hilfen bereits bevor mangelhafte Leistungen vorliegen.</p> <p>Bessere Aufklärung der Jugendlichen über ihre Rechte und Pflichten in Kleinbetrieben.</p> <p>Infoveranstaltungen für Betriebe zu Rechtsfragen in der Ausbildung und zu Ausbildungsordnungen.</p> <p>Kommunikation zwischen Azubi-Betrieb-Schule-Elternhaus verbessern.</p>
<p><b>Nr. 12</b> An den Real- und Gesamtschulen gibt es unbefristete Stellen für „Jobfüxe“.</p> <p>Das Projekt KÜM (Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf) wird an den beiden Realschulen plus und der Integrierten Gesamtschule unbefristet umgesetzt.</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler werden auf ihre Berufswahl besser vorbereitet und unterstützt und möglichst alle können in eine Ausbildung vermittelt werden.</p>	<p>Schaffung von Schnittstellenverantwortlichen (Jobfüxe) an den Realschulen und der Integrierten Gesamtschule für den Übergang Schule-Beruf in unbefristeter Anstellung, welche die Schülerinnen und Schüler beim Übergang Schule-Beruf coachen.</p> <p>Eignungsgutachten anhand Stärken und Talenten in der Schulzeit (Begriffe angelehnt an KÜM):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Talent-Check (Eigen- und Fremdbewertung) am Beginn der Klassenstufe 7,</li> <li>• Orientierungstest (mit Leistungsanteil) am Beginn der Klassenstufe 8,</li> <li>• Eignungstest (mit Leistungsanteil) am Beginn der Klassenstufe 9.</li> </ul>

<p><b>zu Nr. 12</b></p>	<p>Vorbereitung der Praktika durch reale, praxisorientierte und persönliche Auswahl mit Unterstützung durch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter. Lehrerinnen und Lehrer und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter besprechen Praktikumsplatz mit Schülerinnen und Schülern (Abgleich Anforderungen und Stärken der Schülerin bzw. des Schülers). Nachbereitung durch Praktikumsbericht und Abfrage zum Ergebnis des Praktikums bei Schülerinnen und Schülern und Betrieben.</p> <p>Das Thema „ansprechende Bewerbung“ wird ab der Klassenstufe 7 behandelt. Die ordentliche und interessenweckende Bewerbung als Klassenarbeit. Bewerbungstraining anbieten.</p> <p>Lobbyarbeit und Fundraising zur Co-Finanzierung.</p>
<p><b>Thema: Förderung der Ausbildung</b></p>	
<p><b>Ziele</b></p>	<p><b>Maßnahmen und Strategien</b></p>
<p><b>Nr. 13</b> Die Anzahl der ausbildenden Betriebe wird erhöht.</p>	<p>Regionaler Ausbildungsverbund ist vorhanden und unterstützt Betriebe in Belangen der Ausbildung.</p> <p>Koordination von Frankenthaler Betrieben, die einzelne Teile der Ausbildungsordnungen nicht erfüllen können und von Betrieben, die diese Module anbieten.</p> <p>Untersuchung und Ansprache der Betriebe mit gemeinsamer Suche nach kreativen Lösungswegen.</p>
<p><b>Thema: Bewerbungstraining für Arbeitssuchende</b></p>	
<p><b>Ziele</b></p>	<p><b>Maßnahmen und Strategien</b></p>
<p><b>Nr. 14</b> Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, die Arbeitslosengeld II beziehen, wird verringert.</p>	<p>Stärkung bzw. Ausbau des Projekts „KOM“ (Koordinationsstelle zur beruflichen Orientierung für Migrantinnen) in Frankenthal (Pfalz).</p> <p>Beratung und Lernhilfen für eingewanderte Frauen, die sich beruflich orientieren möchten.</p> <p>Einteilung der Arbeitssuchenden gemäß ihres Bildungsstandes in die richtigen Kurse.</p>

<b>zu Nr. 14</b>	Eine größere Anzahl an berufsbezogenen Kursen soll qualifizieren, unter anderem in den Themen Sprache, Ausbildung, Bewerbung, fachlichen Themen, soziale Kompetenzen.
	Bessere Verknüpfung bzw. verbesserter Austausch von Institutionen, Bildungsträgern und Unternehmen.
	Verbesserung und Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise sowie Sicherstellung der Finanzierung der Anerkennung dieser Nachweise.
	Verbesserung der Effizienz der Fallmanager durch Reduktion der parallel zu bearbeitenden Fälle.
	Unternehmen darüber informieren, dass es die Möglichkeit gibt, Sprachkurse unternehmensintern anzubieten. Die Kosten werden unter Umständen übernommen.
	Bei jüngeren Arbeitsuchenden die Eltern mit ins Boot nehmen.
	Betriebe und Berufsschulen darüber informieren, dass der Ansprechpartner in allen Belangen den Azubis zur Verfügung steht.
	Übergabe der notwendigen Informationen über die Schulabgänger durch die Jobfüxe an die Ansprechpartner der Azubis.
	Verlängerung der Ausbildungszeit – mehr Zeit zum Lernen für Jugendliche, die langsamer lernen.
	Betriebe benennen Paten aus dem gleichen Land als Ansprechpartner für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Azubis.

### Thema: Weiterbildung und Sprachkurse für Erwachsene

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 15</b> Migrantinnen und Migranten haben einen lebens- und berufstauglichen Grundwortschatz.  Die Anzahl der berufsbegleitenden Sprachkurse wird bedarfsgerecht erhöht.	Rekrutierung und Benennung eines Lotsen mit gleicher Herkunft, der Schnittstelle zwischen Betrieb und Anbietern von Sprachkursen ist.
	Praktische Anwendung der Sprache schaffen.
	Bekanntmachung der Sprachförderungsangebote.



<b>zu Nr. 15</b>	Professionelle Unterstützung von Ehrenamt und Alltagsprojekten.
	Bedarfsanalyse für allgemeine und für berufsbezogene Sprachkurse durchführen (Feststellung der Bildungsstufen und des Bildungsstandards).
	Berufsbezogene Sprachkurse in ausreichender Zahl anbieten.
	Akquirieren der fehlenden Unterrichtsräume und des Lehrpersonals.
	Soll-Ist-Analyse im Vorfeld durch den Betrieb zur notwendigen Fachsprache, um nicht an den betrieblichen Erfordernissen vorbei zu schulen.

### Thema: Vorurteile und Benachteiligung im Bewerbungsprozess

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 16</b> Die Chancengleichheit bei der Arbeitssuche ist umgesetzt und der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Personen mit Migrationshintergrund ist erhöht.	Flexibilisierung der Arbeitszeiten.
	Zahlung von Eingliederungszuschüssen.
	Suche nach einem „Kümmerer“ (= ergebnisorientierter Verantwortlicher) und Träger für die Informations- und Schulungsmaßnahmen in den Betrieben.
	Den Unternehmen die Vor- und Nachteile anonymer Bewerbungen vermitteln.
	Etablierung von gezielten Bewertungs- und Auswahlverfahren, Verzicht auf Notenkriterium, stattdessen Praxiswochen mit zu erledigenden Aufgaben als Auswahlkriterium oder Workshops.
Bereitstellung von Informationen über die Auswirkungen der Kumulierung von Minijobs auf die spätere Altersversorgung.	

### Thema: Unternehmer mit Migrationshintergrund

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 17</b> Erhöhung der Anzahl nachhaltiger Neuanmeldungen von Gewerbebetrieben durch Ausländer.	Klärung, wer sich als „Kümmerer“ des Zieles federführend annimmt.
	Ermittlung der Anzahl nachhaltiger und nicht nachhaltiger Existenzgründungen.

<b>zu Nr. 17</b>	Bereitstellung von Informationen in verschiedenen Landessprachen.
	Existenzgründungsberatung in der Muttersprache.
	Die Existenzgründung von Menschen mit Migrationshintergrund wird unterstützt und begleitet.
	Unternehmerisch tätige Migrantinnen und Migranten unterstützen zukünftige Unternehmensgründer.
	Die Strategie der kommunalen Wirtschaftsförderung wird interkulturell ausgerichtet.
<b>Thema: Verwaltung / Verordnungen / Gesetze</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<p><b>Nr. 18</b> Die Stadt Frankenthal (Pfalz) wird von Migrantinnen und Migranten als weltoffene Stadt mit deutlicher Willkommenskultur erlebt.</p> <p>Bei der Stadtverwaltung wird eine zentrale kundenorientierte Anlaufstelle für Neuzugewanderte eingerichtet.</p> <p>Der Integrationsprozess ist optimiert.</p> <p>Die Behörden sind Partner der Kunden.</p>	Treffen aller am Prozess Beteiligten.
	Erstellung einer weiteren oder Einarbeitung in vorhandene Infobroschüre und deren regelmäßige Aktualisierung.
	Einstiegsinformationen zentral ansiedeln.
	Schaffung einer Stelle, an die sich Neuzugewanderte wenden können und nach ihrem individuellen Bedarf beraten und dann gelotst werden.
	Konkretes Beispiel in der Umsetzung: Ressource in Form eines PCs mit Internetzugang zur Verwendung eines Online-Übersetzers zur besseren Verständigung.
	Herausstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Erfolge und Errungenschaften, die speziell durch Migrantinnen und Migranten in Frankenthal (Pfalz) ermöglicht wurden.

## 5.3 Sprachkompetenz, Bildung und Kultur Untergruppe Sprachkompetenz



Abb. 21: Konstituierende Sitzung

### 5.3.1 Allgemeines

Zu der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe am 27. Februar 2013 wurden 66 Personen eingeladen, die im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert hatten. 43 Personen nahmen an der Sitzung teil. Aufgrund der erfreulich hohen Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde die Arbeitsgruppe in die Untergruppen „Sprachkompetenz“ und „Bildung und Kultur“ geteilt. Die Untergruppe „Sprachkompetenz“ wählte folgendes Leitungsteam:

**Vorsitzende:** Marie-Bernadette Amand,  
**Stellvertreter:** Rainer Schiffer,  
**Schriftführerin:** Bilgi Sünmez.

Getagt hat die Untergruppe an sechs Terminen.

Die insgesamt 83 Sitzungsteilnahmen verteilten sich auf folgende Gruppierungen:

Gruppierungen	Teilnahmen
Schulen	37
Integrationskursanbieter	9
Vereine	7
Gremien	6
Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände	5
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle)	3
Behörden	3
Sonstige	13

Betreut wurde die Untergruppe durch Bernd Schönhardt von der Stabsstelle „Integrationskonzept“. Zusätzlichen fachlichen Input gab es durch die Leiterin des Bereiches Schulen, Kultur und Sport, Monica Umstadt.

### 5.3.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe

Von Januar 2005 bis Dezember 2011 besuchten bundesweit knapp 800.000 Personen einen Integrationskurs. Die Integrationskurse bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit, Grundkenntnisse der deutschen Sprache bis zur Erreichung des Sprachniveaus B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen zu erlernen. In Frankenthal (Pfalz) sind zum Beispiel die Volkshochschule bzw. der Internationale Bund Träger dieser Sprachförderung institutioneller Art. Daneben gibt es noch eine

Vielzahl von weiteren Angeboten für Sprachförderung durch ehrenamtliche Hilfen. Die Struktur der außerschulischen Angebote von Sprachkursen ist nicht bekannt bzw. untersucht. Es kann deshalb nicht bewertet werden, ob die Angebote zur Nachfrage passen. Hier gilt es einzugreifen.



Abb. 22: Arbeitssitzung

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die sehr schlecht deutsch können, nimmt nach Aussage verschiedener Schulleitungen zu. Die Wissensvermittlung unter diesen Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten, verbraucht immer mehr Ressourcen an den Schulen.

### 5.3.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe

Die Beherrschung der Sprache der Aufnahmegesellschaft öffnet die Tür zu einer gleichberechtigten Teilhabe und ist ein Symbol von Gemeinsamkeit. Gleichzeitig ist die Kenntnis von anderen Sprachen ein Zeichen von Vielfalt und eröffnet Chancen. Sprachen sind auch identitätsstiftend.

Die Sprachförderung muss frühzeitig beginnen, über die Schul- und Ausbildungszeit anhalten und berufsorientiert bzw. berufsbegleitend fortgeführt werden.

Unstreitig kommt den Eltern bei der Vermittlung der deutschen Sprache eine wichtige Aufgabe bzw. Verantwortung zu. Um den Anforderungen gerecht zu werden, müssen die Eltern selbst die deutsche Sprache beherrschen bzw. davon überzeugt sein, dass die Beherrschung der deutschen Sprache notwendig ist.

Da die Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) und auf unterschiedliche Handlungsfelder (Schule, Arbeitsmarkt usw.) verteilt sind, muss die Struktur der Sprachförderung in Frankenthal (Pfalz) umfassend ermittelt, Abstimmungsprozesse initiiert, Öffentlichkeitsarbeit realisiert und eine Überprüfung auf Versorgungslücken regelmäßig durchgeführt werden.

### 5.3.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung (in alphabetischer Reihenfolge)

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Bildung&Integrations-Zentrum, Bundesamt für Flüchtlinge und Integration, Goethe-Institut, Internationaler Bund, Kirchen, Kindertagesstätten, Koordinierungsstelle „Schule-Sprachförderung“, Lehrerinnen und Lehrer, Mehrgenerationenhaus, Migrantenorganisationen, Migrationsdienste, Moscheen, Nachhilfeeinrichtungen, Schulelternbeiräte, Schulen, Schulträger, Sprachkursträger, Vereine, Volkshochschule.

### 5.3.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien

Thema: Sprachkompetenz an den Schulen	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<p><b>Nr. 19</b> Alle Schülerinnen und Schüler sind in der Lage, dem Unterricht zu folgen, ihn zu verstehen und sich zu beteiligen.</p>	Bei Schülerinnen und Schülern mit einer offensichtlichen Deutschschwäche wird eine Sprachstandserhebung bzw. eine Leistungsstandserhebung (eventuell in der Muttersprache) durchgeführt.
	Auf Grundlage der Sprachstandserhebung erfolgt eine adäquate Einstufung zu entsprechenden Sprachförderkursen.
	Auf Grundlage der Förderbedarfsermittlung erfolgt eine adäquate Zuweisung von Sprachförderstunden.
	Es erfolgt eine ganzjährige Ermittlung des Förderbedarfs bei neu zugewiesenen Schülerinnen und Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse.
	Es wird eine „Integrationsfachkraft“ gewonnen, die die bestehenden Angebote mit den Schulen koordiniert.
	Ein Netzwerk zu außerschulischen Kooperationspartnern wird geknüpft.
	Es werden mehrsprachige und verständliche Infoblätter über die Sprachförderung in Frankenthal (Pfalz) für die Schulen erstellt.
	Bei Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wird der Schlüssel für die Zuweisung von Stellen geändert.
	Bei der Neueinstellung von Lehrkräften ist vermehrt auf Mehrsprachigkeit zu achten.
	Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten und von geeignetem Material für die Sprachförderung.
Thema: Außerschulische Angebote	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<p><b>Nr. 20</b> Die außerschulischen Angebote zum Erwerb von Deutsch als zweite Fremdsprache sind umfassend ermittelt.</p>	Es wird eine Fragebogenaktion bei allen möglichen Trägern durchgeführt.

<b>Nr. 21</b> Es sind Sprachpaten vorhanden.	Es wird eine Werbekampagne zur Gewinnung von ehrenamtlichen Kräften initiiert.
<b>Nr. 22</b> Stärkung der außerschulischen weiterführenden Kurse zum Erwerb der deutschen Sprache.	Die Alphabetisierungskurse werden ausgebaut.
	Die Finanzierung der außerschulischen Angebote wird sichergestellt.
<b>Thema: Rolle der Eltern</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<b>Nr. 23</b> Erhöhung der Teilnehmerquote der Eltern an Integrationskursen.	Bei den Elternabenden werden die Migrationsberatungsstellen eingebunden.
	Die Anschreiben an die Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund werden mehrsprachig und verständlich gefertigt.
	Eine sogenannte aufsuchende Elternarbeit, bei der pädagogische Fachkräfte Familien besuchen, wird aufgebaut.
	Es werden sogenannte Multiplikatoren für die Elternarbeit gesucht und beschult.
<b>Nr. 24</b> Mehr Eltern mit Migrationshintergrund sind in den verschiedenen Schulgremien vertreten.	Eltern werden persönlich angesprochen und über die Elternarbeit informiert.
	Die Anschreiben, Flyer usw. an die Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund werden mehrsprachig und verständlich gefertigt.
<b>Thema: Netzwerk- und Informationsarbeit</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<b>Nr. 25</b> Alle notwendigen Informationen zu den Themen „Förderunterricht“, „Möglichkeiten des Spracherwerbs“ usw. werden den Migrantinnen und Migranten zugänglich gemacht.	Es werden Infoflyer in verschiedenen Sprachen und mit verständlicher Formulierung aufgelegt und verteilt (Moscheen, Kirchen, Vereine, Cafés, Jobcenter, Stadtbücherei, Bürgerservice, Schulen, Internationaler Bund, Volkshochschule, Ausländerbehörde, ausländische Lebensmittelgeschäfte).
	Es wird eine Stelle für die Netzwerkkoordination (Stadt-Institutionen) geschaffen.

<p><b>Nr. 26</b> Es gibt eine „Stelle“, bei der man alle Informationen erhält.</p>	<p>Es wird ein Informationsportal auf der Homepage der Stadt geschaffen, auf dem über konkrete Angebote per Flyer, Newsletter usw. informiert wird.</p>
<p><b>Thema: Motivation</b></p>	
<p><b>Ziele</b></p>	<p><b>Maßnahmen und Strategien</b></p>
<p><b>Nr. 27</b> Förderung der Motivation bei Eltern hinsichtlich des Besuches eines Sprachförderangebotes.</p>	<p>Es werden Beratungsgespräche für die Eltern angeboten.</p> <p>An den Schulen wird ein Netzwerk unter den Eltern errichtet.</p> <p>Es finden spezielle Infoabende über die Sprachförderangebote für die Eltern und Kinder, eventuell auch mit Eingebürgerten als Vorbilder, statt.</p> <p>Die Unterstützung von Ehrenamtlichen und den Trägern von Sprachförderangeboten wird angestrebt.</p>
<p><b>Nr. 28</b> Förderung der Motivation bei Kindern hinsichtlich des Besuches eines Sprachförderangebotes.</p>	<p>Es gibt ein Zertifikat für alle, die ein Sprachförderangebot erfolgreich abschließen.</p> <p>Die Einbindung in gruppenaktive Freizeitangebote (Vereine, kirchliche Institutionen wie Pfadfinder und Katholische Jugendgemeinschaft, Jugendtreffs usw.) wird gefördert.</p>
<p><b>Nr. 29</b> Die Wertschätzung einer Zwei- oder Mehrsprachigkeit wird gesteigert.</p>	<p>Es wird ein Referenzschreiben oder ein Zertifikat nach dem Besuch eines Sprachkurses im Sinne eines „Diploms“ für die Zusatzqualifikation aufgelegt.</p> <p>Eine sogenannte „Mehrsprachenführerscheinstelle“, die besetzt ist mit Vertretern aus der Lehrerschaft (mit Migrationshintergrund), von Migrationsorganisationen usw. wird gegründet.</p>

## 5.4 Sprachkompetenz, Bildung und Kultur

### Untergruppe Bildung und Kultur



Abb. 23: Konstituierende Sitzung

#### 5.4.1 Allgemeines

An der konstituierenden Sitzung der Untergruppe Bildung und Kultur nahmen 23 Personen teil. Diese wählten folgendes Leitungsteam:

**Vorsitzende:** Sylvia Blaschke,  
**Stellvertreterin:** Filiz Patak,  
**Schriftführerin:** Karin Huth.

Getagt hat die Untergruppe an sechs Terminen.

Die insgesamt 88 Sitzungsteilnahmen verteilten sich auf folgende Gruppierungen:

Gruppierungen	Teilnahmen
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle)	22
Schulen	14
Gremien	12
Vereine	11
Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände	1
Sonstige	28

Betreut wurde die Untergruppe durch Andrea Graber-Jauch von der Stabsstelle „Integrationskonzept“. Zusätzlichen fachlichen Input gab es durch Alexander Hüther, Soziologe am Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation.

#### 5.4.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe

Die Besuchsquote in den Kindertagesstätten der drei- bis sechsjährigen Kinder mit Migrationshintergrund liegt in Frankenthal (Pfalz) sehr hoch. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Sprachkenntnisse der Vorschulkinder, die mindestens zwei Jahre regelmäßig eine Kindertagesstätte besuchen und deren Eltern entsprechend mitarbeiten, als ausreichend bezeichnet werden können. In den Kindertagesstätten der Stadt Frankenthal (Pfalz) gibt es Personal mit Zusatzqualifikation für Sprachförderung und als Elternbegleiter.

In den Gremien der Kindertagesstätten und Schulen sind verhältnismäßig wenige Eltern mit Migrationshintergrund vertreten. Die Teilnahme an Informationsveranstaltungen wird teilweise als zu gering eingeschätzt, so dass wichtige Mitteilungen nicht bei den Betroffenen ankommen. Von besonderer Bedeutung ist die Vermittlung von Kenntnissen über das vielfältige schulische Angebot in Rheinland-Pfalz und die Möglichkeiten zur späteren Höherqualifizierung. Aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse ist die Kommunikation zwischen Migranteneltern und Erzieherinnen bzw. Erziehern nicht oder nur unzureichend möglich.

Statistiken belegen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in Bezug auf ihre Schulabschlüsse prozentual schlechter abschneiden als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Auffallend hoch sind dabei die Zahlen der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss und auffallend niedrig die der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife. Der Anteil der Mädchen mit Migrationshintergrund an Gymnasien liegt prozentual etwas höher als der Anteil der Jungen mit Migrationshintergrund.



Eine Aufschlüsselung nach Herkunftsländern liegt nicht vor. Die Verteilung der Geschlechter in den weiteren Schularten ist eher ausgewogen.



Abb. 24: Konstituierende Sitzung

Kulturell bedingte Verhaltensweisen sind nicht ausreichend bekannt und führen zu Spannungen und gegenseitigem Unverständnis.

### 5.4.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe

Der Stellenwert der Bildung sollte erhöht werden, denn Bildung ist die zentrale Grundlage für eine eigenverantwortliche Lebensführung. Ein guter Bildungsabschluss steigert die Chancen auf eine Berufsausbildung und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Bildung beginnt bereits im Elternhaus. Eltern sollten daher mehr an schulischen Veranstaltungen teilnehmen und in den Elternausschüssen bzw. -beiräten vertreten sein.

Das Erlernen der deutschen Sprache sollte auch bei ihnen gefördert werden und daneben eine Mehrsprachigkeit in besonderer Weise Anerkennung finden.

Durch interkulturelle Veranstaltungen in den Kindertagesstätten und Schulen können das gegenseitige kulturelle Verständnis gefördert und Vorbehalte abgebaut werden.

In Schulklassen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollten zusätzliche Lehrkräfte, möglichst auch mit eigener Migrationserfahrung und interkulturellen Kompetenzen im Unterricht eingesetzt, die Klassengrößen verringert, der Unterricht kreativer und die Epochalnoten transparenter gestaltet werden.

Die regelmäßige Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit und ohne Migrationshintergrund in unterschiedlichen Bereichen würde eine Bereicherung für Frankenthal (Pfalz) darstellen. Informationen über bestehende kulturelle Angebote sollten an einer zentralen Stelle, beispielsweise im Bürgerservice, in verschiedenen Sprachen zu erhalten sein.

### 5.4.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung (in alphabetischer Reihenfolge)

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Beirat für Migration und Integration, Deutsche Botschaften, Dolmetscher, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, ehrenamtlich Tätige, Frankenthaler Musiker, Integrationskursanbieter, Kindertagesstätten, Kultur- und Kunstvereine, Künstlerinnen und Künstler, Lehrerinnen und Lehrer, Lux-Kinocenter, Mehrgenerationenhaus, Schülerinnen und Schüler, Schulen, Schulsozialarbeiter, Schulträger, Stadtbücherei, Städtische Musikschule, Tanzschulen, überregionale Austauschprogramme, Volkshochschule.

## 5.4.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien

Thema: Schule – Jugendliche mit Migrationshintergrund häufig ohne bzw. mit niedrigem Schulabschluss	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 30</b> Die Schulabschlüsse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gleichen den Schulabschlüssen der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.	Bereits in der Grundschule werden die Kinder mit Migrationshintergrund gezielter gefördert, durch intensiven Sprachförderunterricht, Unterstützung bei den Hausaufgaben, Ausbau der Nachhilfekonzeppte zwischen den Schulen.
	Die sonstigen Fähigkeiten und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden stärker berücksichtigt.
	Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die „abgeschult“ werden (vom Gymnasium auf die Realschule plus) reduziert sich auf nur wenige. Die „Abschulungskandidaten“ erhalten besondere bzw. zusätzliche Förderung. Spätestens zum Halbjahreszeugnis erhalten Eltern von der Schule eine schriftliche Mitteilung über Defizite und Fördermöglichkeiten.
<b>Nr. 31</b> Die Pädagogen erreichen eine „interkulturelle Kompetenz“.	Das Lehrpersonal nimmt an entsprechenden Fortbildungsangeboten teil.
<b>Nr. 32</b> Bürokratische Hürden sind abgebaut.	Personen, wie beispielsweise Schulsozialarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer oder Verwaltungsangestellte, helfen in der Schule vor Ort beim Ausfüllen der Anträge.
<b>Nr. 33</b> Die Kenntnisse über das schulische Angebot in Rheinland-Pfalz sind erhöht. Die Möglichkeiten zur späteren Höherqualifizierung inklusive des Dualen Systems werden deutlich gemacht.	Die bestehenden Möglichkeiten werden bei der Informationsveranstaltung zum Thema „Auf welche weiterführende Schule schicke ich mein Kind?“ deutlich dargestellt.

### Thema: Schule – Engagement von Eltern mit Migrationshintergrund

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 34</b> Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund in den Elternausschüssen ist gestiegen.	Eltern mit Migrationshintergrund werden schriftlich zu entsprechenden Informationsveranstaltungen eingeladen.
	Mehrsprachige Broschüren sind zielgruppenorientiert vorhanden.
	Die gezielte Einladung zur Wahl erfolgt persönlich in Einzelgesprächen durch Eltern oder Paten.
<b>Nr. 35</b> Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund, die sich an den schulischen Veranstaltungen beteiligen, ist gestiegen.	Eltern mit Migrationshintergrund leiten Arbeitsgemeinschaften oder beteiligen sich an der Durchführung von Projektwochen oder ähnlichem.
	Die Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Organisation verschiedener Veranstaltungen mit einbezogen und erhalten Verantwortung.
<b>Nr. 36</b> Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund, die an den Informationsveranstaltungen teilnehmen, ist gestiegen.	Ehrenamtliche Paten (mit eigener Migrationserfahrung) aus verschiedenen Kulturkreisen vermitteln zwischen Schule und Eltern und machen die Bedeutung von Informationsveranstaltungen deutlich.
	Es entstehen Netzwerke.
<b>Nr. 37</b> Das Angebot an Eltern-Pädagogen-Gesprächen wird erhöht.  Bei Bedarf können Eltern-Lehrer-Gespräche detailliert geführt werden.	Verschiedene Kommunikationsmöglichkeiten (zum Beispiel per E-Mail) werden angeboten.
	Bei Sprachschwierigkeiten kann auf einen Übersetzerpool zurückgegriffen werden.

### Thema: Kindertagesstätten – Aufklärung über Bildungsarbeit – Wahrnehmung von Angeboten

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 38</b> Das Angebot an Eltern-Pädagogen-Gesprächen für Eltern mit Migrationshintergrund ist gestiegen.	Voraussetzung der Eltern-Pädagogen-Gespräche sind ausreichende Sprachkenntnisse der Eltern.

<b>Nr. 39</b> Die Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten haben ausreichende Sprachkenntnisse.	Die Eltern müssen frühzeitig und regelmäßig auf die bestehenden Sprachförderangebote aufmerksam gemacht werden.
<b>Nr. 40</b> Die Eltern mit Migrationshintergrund werden durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte begleitet. Der Anteil der Erzieherinnen und Erzieher mit „interkultureller Kompetenz“ ist erhöht.	Die vorhandenen Fachkräfte werden zusätzlich als „Elternbegleiter“ qualifiziert und bezüglich „interkultureller Kompetenz“ weitergebildet.
	Die Angebote sind verpflichtend.
	Fachkräfte, die neu eingestellt werden, haben nach Möglichkeit bereits diese Zusatzqualifikationen. Fremdsprachenkenntnisse und Migrationserfahrung werden bei Neueinstellungen als zusätzliche Qualifikation anerkannt.
<b>Nr. 41</b> Die Eltern mit Migrationshintergrund werden durch ehrenamtliche Paten begleitet und unterstützt.	Ehrenamtlich tätige Personen (möglichst mit eigener Migrationserfahrung) beraten die Familien mit Migrationshintergrund.
<b>Nr. 42</b> Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund, die regelmäßig an Informationsveranstaltungen über altersspezifische Entwicklungen und Bedürfnisse von Kindern teilnehmen, ist gestiegen.	Die Einladungen zu den Informationsveranstaltungen erfolgen in verschiedenen Sprachen.
	Broschüren werden mehrsprachig, zielgruppenorientiert erstellt.

### Thema: Kindertagesstätten – Engagement von Eltern mit Migrationshintergrund

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 43</b> Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund in den Elternausschüssen ist gestiegen.	Eltern und Erzieherinnen bzw. Erzieher betreiben Werbung durch Einzelgespräche.
<b>Nr. 44</b> Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund, der sich an den Veranstaltungen der Kindertagesstätten beteiligt, ist gestiegen.	Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Organisation von verschiedenen Veranstaltungen mit einbezogen und erhalten Verantwortung.
	Die Ansprache erfolgt persönlich durch Erzieherinnen bzw. Erzieher und andere Eltern, die auch eine eigene Migrationserfahrung haben.
<b>Nr. 45</b> Die Kommunikationsmöglichkeiten der Eltern mit Migrationshintergrund haben sich verbessert.	Ehrenamtliche Paten (mit eigener Migrationserfahrung) aus verschiedenen Kulturkreisen vermitteln sprachlich und kulturell zwischen Eltern und Erzieherinnen bzw. Erziehern.
	Es bilden sich Helfer-Netzwerke.

Thema: Kultur – Allgemein	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 46</b> Die Stadtverwaltung vermittelt Räumlichkeiten bzw. stellt diese für regelmäßige Treffen der Kulturvereine zur Verfügung.	Den Kulturvereinen steht dauerhaft ein Raum zur Verfügung, in dem beispielsweise das Aufstellen eines Schrankes erlaubt ist.
<b>Nr. 47</b> Der kulturelle Austausch an den Kindertagesstätten und Schulen wird verstärkt.	<p>In den Kindertagesstätten und Schulen werden gemeinsam Feste gefeiert, die innerhalb der verschiedenen Kulturen wichtig sind. Es erfolgt ein gemeinsamer Besuch des „Interkulturellen Festes“.</p> <p>In Arbeitsgemeinschaften werden Lesenachmittage angeboten, in denen Märchen oder Geschichten vorgelesen werden, die in der jeweiligen Kultur wichtig sind. Die Kinder selbst können diese auswählen und gegebenenfalls vorlesen.</p> <p>Das bestehende „Mailpartnerprogramm“ der Schulen wird erweitert. Die weiterführenden Schulen versuchen, Brieffreundschaften mit Partnern aus verschiedenen Kulturen anzustoßen.</p> <p>Die bestehenden Schüleraustauschprogramme werden hinsichtlich weiterer Partner aus anderen Kulturkreisen, beispielsweise aus der Türkei, erweitert.</p> <p>Es wird ein Austauschprogramm zwischen Familien unterschiedlicher Herkunft innerhalb von Frankenthal (Pfalz) etabliert, an dem Schülerinnen und Schüler bis zur Mittelstufe für drei bis fünf Tage teilnehmen können.</p> <p>Personen mit und ohne Migrationshintergrund lernen gemeinsame Tänze aus unterschiedlichen Kulturen.</p> <p>Es gibt gemeinsame Angebote zum Thema „Handwerk und Kunst“.</p>
<b>Nr. 48</b> Die Anzahl der interkulturellen Veranstaltungen zu einem bestimmten Thema werden verdoppelt.	<p>Das Angebot an interkulturellen Filmaufführungen (zum Beispiel „Almanya“, „Gegen die Wand“) und Theaterstücken wird erweitert.</p> <p>Das Lux-Kinocenter bietet jährlich eine Film-Woche zu wechselnden interkulturellen Themen, eventuell während des „Internationalen Festes“ im Oktober.</p>

<p><b>Nr. 49</b> Neuankommende mit Migrationshintergrund werden im Bürgerservice empfangen und erhalten Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen. Darin wird auch auf die kulturellen Angebote (beispielsweise der Bücherei) und auf Veranstaltungen hingewiesen.</p>	<p>Bereits vorhandene, ausgewählte Broschüren für Neubürger werden auch in andere Sprachen übersetzt.</p>
<p><b>Nr. 50</b> Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Migrationshintergrund arbeiten in regelmäßigen Projekten zusammen.</p>	<p>Als Beispiele zum Themenfeld „Musik“ lassen sich gemeinsame Musikauftritte / Bandauftritte unter dem Motto: „Frankenthal gegen Rassismus“ nennen oder Konzerte, bei denen sowohl Pfälzer Mundart-Lieder als auch Lieder aus anderen Kulturen dargeboten werden (Rap aus vier Himmelsrichtungen, Open Air Festival).</p> <p>Interkulturelle Theaterstücke im CongressForum.</p> <p>Ein interkulturelles Thema könnte ausgeschrieben werden.</p>

## 5.5 Wohnen und Stadtentwicklung



Abb. 25: Konstituierende Sitzung

### 5.5.1 Allgemeines

Zu der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe am 5. März 2013 wurden 21 Personen eingeladen, die im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert hatten. 15 Personen nahmen an der Sitzung teil und wählten folgendes Leitungsteam:

**Vorsitzender:** Ulrich Gierens,  
**Stellvertreterin:** Gabriele Bindert,  
**Schriftführer:** Sylvio Reinert.

Getagt hat die Arbeitsgruppe an sechs Terminen.

Die insgesamt 66 Sitzungsteilnahmen verteilten sich auf folgende Gruppierungen:

Gruppierungen	Teilnahmen
Gremien	21
Wohnwirtschaft	11
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle)	7
Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände	6
Vereine	5
Sonstige	16

Betreut wurde die Arbeitsgruppe durch Bernd Schönhardt von der Stabsstelle „Integrationskonzept“. Zusätzlichen fachlichen Input gab es durch die Leiterin des Bereiches Planen und Bauen, Marika Denzer, und durch Gisela Wissing von der Beratungsstelle „Gemeinschaftliches Wohnen Pfalz“.

### 5.5.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe

Bereiche, die einen hohen Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund verzeichnen, sind oft auch Bereiche, in denen soziale Probleme verstärkt auftreten. Geringes Einkommen, Bezug von Sozialleistungen, niedriger Bildungsstatus, schlechte Wohnstruktur usw. erschweren die Integration.

### 5.5.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe

In den jeweiligen Wohnquartieren, also in dem Sozialraum oder den verbundenen Sozialräumen, finden wesentliche Abschnitte der Lebenswelt von Menschen statt. Hier konkretisiert sich das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten und hier erleben die Menschen ihren Alltag.

In den Frankenthaler Wohnquartieren soll die soziale Infrastruktur, also die sozialen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen, Jugendtreffs, Begegnungsstätten, Gesundheitsversorgung usw.), die strukturierten sozialen Beziehungen (Vereine, Glaubensgemeinschaften, Parteien usw.) und die Kommunikation innerhalb der sozialen Beziehungen (Freundeskreise, Cliques, Bekanntschaften usw.) den Erfordernissen angepasst werden, auch wenn eine räumliche Segregation durch die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik nur bedingt verhindert werden kann.



Abb. 26: Arbeitssitzung

#### 5.5.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung (in alphabetischer Reihenfolge)

Anwohner, Architekten, Baugesellschaften, Bauherren, Bauträger, Citymanager, Eigentümergemeinschaften, Einwohnerinnen und Einwohner der Stadtteile, Familien, Internationaler Bund, Kaufinteressenten, Kindertagesstätten, Kirchengemeinden, Kleingärtner, Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinschaftliches Wohnen“, Mieter, Moderatoren, Pflegedienste, Polizei, Präventionsrat, Repräsentanten der lokalen Kulturen, Schulen, soziale Einrichtungen, Sozialstation, Vereine, Volkshochschule, Vollzugsdienst, Wohnungsverwaltungen, Stadtplanung.

#### 5.5.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien

Thema: Qualität des gemeinschaftlichen Wohnens	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 51</b> Die Wohnqualität und die nachbarschaftlichen sowie gemeinschaftlichen Beziehungen fördern.	Beteiligung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner bei der Planung von Neubauprojekten und Sanierungsobjekten.
	Einladung zu Infoabenden zum Kennenlernen der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner.



<b>Nr. 52</b> Die unterschiedlichen Kulturen und Milieus sollen sich gegenseitig respektieren.	Alle Kulturen und alle Generationen werden persönlich angesprochen. Zusätzlich wird über Plakate informiert.
	Aktive Beteiligung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner beim Bauen, bei der Gartengestaltung, bei Spielplätzen.
	Aufbau einer Nachbarschaftshilfe, zum Beispiel durch die Initiative der Bauherren.
	Es werden gemeinsame Stadtteilstefeste durchgeführt. Dazu wird ein lokaler Festausschuss gegründet.
<b>Nr. 53</b> Bei der Gründung von Baugruppen für die soziale und kulturelle Mischung sorgen.	Es werden Grundstücke für Baugruppenprojekte zur Verfügung gestellt und diese werden auch beworben.
	Auswahlkriterien (sozial, kulturell) sind zu definieren.
<b>Thema: Sicherheitsbedürfnis im Wohnumfeld</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<b>Nr. 54</b> In Frankenthal (Pfalz) sollen sich alle Einwohnerinnen und Einwohner sicher und wohl fühlen.	Feststellen, ob und wenn ja, warum in Frankenthal (Pfalz) das Sicherheitsbedürfnis besonders hoch ist.
	Zur Faktenermittlung wird eine Fragebogenaktion gestartet.
	Ein „Runder Tisch“ ist einzurichten.
	Informationen über andere Personen mit anderer Staatsangehörigkeit bereitstellen.
	Verschiedene Altersgruppen werden eingebunden.
	Einstellen von sogenannten Streetworkern.
	Die Durchführung von baulichen Maßnahmen soll zum Beispiel die Einsehbarkeit von Plätzen erhöhen (durch Einkürzen der Hecken, durch Ausleuchtung usw.).
<b>Nr. 55</b> Abbau von Schwellenängsten unter den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers von unterschiedlicher Herkunft und Alter.	Gegenseitiges Kennenlernen fördern und Akzeptanz füreinander wecken, zum Beispiel durch einen Bürgergarten mit Grillplatz bei Sozialeinrichtungen.

### Thema: Einwohnerstruktur in den Stadtteilen

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 56</b> Entflechtung bzw. Durchmischung der verschiedenen Kulturen erreichen.	Schaffung von verschiedenen Kulturzentren in den Stadtteilen.
	Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten mit kulturellen Besonderheiten.
<b>Nr. 57</b> Durchmischung der sozialen Struktur fördern.	Die Planung und die Einrichtung von gefördertem Wohnraum auf das Stadtgebiet verteilen.
	Die Angebote von Sprachentwicklungen mit sozialer Betreuung im jeweiligen Quartier koppeln.
<b>Nr. 58</b> Die Attraktivität der Stadtteile für das gesamte Altersspektrum quer durch alle Kulturen erhöhen.	Altersübergreifende Patenschaften initiieren.
	Anpassung der Infrastruktur an die älter werdende Bevölkerung.
<b>Nr. 59</b> Bei städtischer Grundstücksvergabe eine stärkere soziale und kulturelle Vermischung gewährleisten.	Die Vergaberichtlinien für städtische Grundstücke an das Kriterium „Integration“ anpassen.
<b>Nr. 60</b> Einen „bestimmten“ Standard sicherstellen.	Einen Wohnstandard ähnlich dem existierenden Mietpiegel definieren.
	Eine Bestandsaufnahme in den Stadtquartieren durchführen.
	Eine Prioritätenliste hinsichtlich des Handlungsbedarfs erstellen.
	Die Fördermöglichkeiten ermitteln und bekanntmachen.

### Thema: Begegnungsstätten für alle

Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 61</b> Räumliche Verteilung in der Stadt und Zugänglichkeit der Begegnungsstätten und Aufenthaltsbereiche muss gewährleistet sein.	Eine Bestandsaufnahme über das vorhandene Angebot erstellen.
	Defizite an Anzahl und Zugänglichkeit aufzeigen.
	Mehr innerstädtische und größere Grünflächen mit Aufenthaltsqualität (zum Beispiel: Schaffnereiplatz) schaffen.
	Gegebenenfalls zusätzliche Begegnungsstätten, wie Jugendtreffs usw., anbieten.

## 5.6 Soziales, Sport und Gesundheit



Abb. 27: Konstituierende Sitzung

### 5.6.1 Allgemeines

Zu der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe am 19. Februar 2013 wurden 34 Personen eingeladen, die im Vorfeld ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert hatten. 13 Personen nahmen an der Sitzung teil und wählten folgendes Leitungsteam:

- Vorsitzender:** Stefan Krantz,  
**Stellvertreter:** Daniel Domke,  
**Schriftführer:** Klaus Theobald.

Getagt hat die Arbeitsgruppe an sieben Terminen.

Die insgesamt 84 Sitzungsteilnahmen verteilten sich auf folgende Gruppierungen:

Gruppierungen	Teilnahmen
Gremien	27
Vereine	24
Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände	8
Behörden	7
Stadtverwaltung (ohne Stabsstelle)	3
Sonstige	15

Betreut wurde die Arbeitsgruppe durch Bernd Schönhardt von der Stabsstelle „Integrationskonzept“. Zusätzlichen fachlichen Input gab es durch den Leiter der Abteilung Soziale Dienste im Bereich Familie, Jugend und Soziales, Peter Sanner.

### 5.6.2 Ausgangssituation aus Sicht der Arbeitsgruppe

Die Inhalte der Arbeitsgruppe zeichnen sich dadurch aus, dass sie kaum auf gesetzlichen oder institutionellen Fragen fußen, sondern sich mit ganz komplexen Fragestellungen aus den Lebensbereichen der Migrantinnen und Migranten befassen.



Abb. 28: Arbeitssitzung

Im Wohnheim in der Alberstraße sind zurzeit sowohl Obdachlose als auch Asylbewerber untergebracht. Nach Aussage des Arbeitskreises Asyl käme es zwischen diesen beiden Gruppierungen oft zu Spannungssituationen. Außerdem sind Asylbewerber aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse oft hilflos in Alltagsdingen, denn geduldete Ausländerinnen und Ausländer sowie Asylberechtigte haben keinen Zugang zu Sprachkursen.

Die Nachwuchsarbeit in den verschiedenen Jugendgruppen kommt bei den Migrantenkindern augenscheinlich nicht an.

Die Beratungsleistungen der Pflegestützpunkte in Frankenthal (Pfalz) sind bei den Migrantinnen und Migranten nur unzureichend bekannt.

Entweder ist der Anteil der Migrantinnen und Migranten in Sportvereinen sehr hoch oder sehr niedrig. Beide Quoten sollten angenähert werden. Verlässliche statistische Zahlen für Frankenthal (Pfalz) sind nicht bekannt.

Empirisch gesicherte Daten über den Gesundheitszustand, den Stand der Aufklärung und der Kenntnisse über die Gesundheitsvorsorge auf Seiten der Migrantinnen und Migranten liegen nicht vor. Wie oft Maßnahmen der Suchtprävention durch Migrantinnen und Migranten in Anspruch genommen werden, müsste durch Befragung der entsprechenden Stellen festgestellt werden. Eine darüber hinausgehende wissenschaftliche Bestandsaufnahme wäre wünschenswert.

### **5.6.3 Grundsätzliche Überlegungen der Arbeitsgruppe**

Die Flüchtlinge, welche Frankenthal (Pfalz) zugewiesen werden, sollten eine niederschwellige Sprachförderung erhalten, ebenso eine Einweisung in Alltagsdingen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass sich die Flüchtlinge besser zurecht finden.

Die Erhöhung der Mitglieder mit Migrationshintergrund in den Sportvereinen soll nicht durch Abwerbung aus anderen Vereinen erfolgen, sondern durch die Gewinnung von neuen Nachfragern. Sport wird als Instrument der Integrationserleichterung als hoch bewertet.

Der mit einer Migration einhergehende Verlust der Heimat und der vertrauten Beziehungen und Lebensgewohnheiten führen zu einer psychischen Belastung, die Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann. Hier gilt es Informationsarbeit anzubieten. Auch dem durch Schuleinganguntersuchungen belegten höheren Anteil von Übergewicht und Adipositas (Fettsucht) bei Kindern mit Migrationshintergrund muss durch geeignete Maßnahmen begegnet werden. Eine Aufklärung ist auch hinsichtlich des unterschiedlichen Verständnisses von Gesundheit und Krankheit, welches untrennbar mit der jeweiligen Kultur verbunden ist, zu leisten.

Die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der ersten Stunde, welche sich nach dem Wegfall des Rotationsprinzips (Menschen kommen, arbeiten eine kurze Zeit und gehen wieder nach Hause) entschieden haben, hier zu bleiben, müssen zunehmend Dienstleistungen der Altenhilfe in Anspruch nehmen, da auch im Migrantenmilieu die Institution der umsorgenden Großfamilie mehr und mehr bröckelt.

### **5.6.4 Denkbare Akteure für die spätere Umsetzung (in alphabetischer Reihenfolge)**

Arbeitskreis Asyl, Ärzte, Beratungsstellen, Ehrenamtsbörse, Frauenärzte, Gebäudemanagement, Gleichstellungsbeauftragte, Hausmeister, Internationaler Bund, Jugendtreffs, Jugendverbände, Kirchengemeinden, Kindertagesstätten, Krankenkassen, Mehrgenerationenhaus, Moscheen, Pflegekassen, Pflegestützpunkte, religiöse Vereinigungen, runder Tisch, Schulen, Selbsthilfeorganisationen, Stadtklinik, Universitäten, Vereine, Volkshochschule, Wohlfahrtsverbände.

### 5.6.5 Ziele, Maßnahmen und Strategien

Thema: Situation der Asylbewerber	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 62</b> Verbesserung der Wohnsituation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Wohnheim Albertstraße 18.	Die derzeitige gemeinsame Unterbringung von Obdachlosen und Asylbewerberinnen bzw. Asylbewerber wird aufgehoben, um beiden Gruppen gerecht zu werden.
<b>Nr. 63</b> Verbesserung der Wohnsituation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber und der Ausgestaltung der Unterkünfte.	Die dem Wohnheim und den Wohnunterkünften zugewiesenen Asylbewerberinnen und -bewerber werden in kleineren Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten angeleitet.
<b>Nr. 64</b> Unterstützung und Beratung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei Alltagsangelegenheiten.	Es wird eine „Stelle“ als Ansprechpartner und Kontaktperson für die besonderen Anliegen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber geschaffen.
	Es wird eine Werbeaktion gestartet, um ehrenamtliche Betreuer bzw. Paten für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu gewinnen.
<b>Nr. 65</b> Verbesserung der Sprachkenntnisse der Asylbewerberinnen und Asylbewerber.	Mit den Frankenthaler Trägern der Integrationskurse und/oder den Wohlfahrtsverbänden wird eine Lösung für Sprachkurse speziell für Asylbewerberinnen und Asylbewerber erarbeitet.
	Zur Finanzierung wird eine Spendenwerbung durchgeführt.
Thema: Migrantenkinder in den Jugendverbänden	
Ziele	Maßnahmen und Strategien
<b>Nr. 66</b> In den Jugendgruppen der Vereine, den Jugendverbänden und den Jugendgruppen der Hilfsorganisationen, wie DRK, JUH, ASB, MHD, Feuerwehr usw., ist der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gestiegen.	In einer Öffentlichkeitsaktion wird den Beteiligten das Ziel näher gebracht.
	Die Motivation der Verantwortlichen in den Jugendgruppierungen für die Umsetzung der Ziele wird durch externe Hilfen erhöht.

<b>zu Nr. 66</b>	Maßnahmen zur Erhöhung der Quote der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Jugendgruppen werden gemeinsam mit den Vereinen, Jugendverbänden und Hilfsorganisationen erarbeitet.
	Durch gezielte Werbeaktionen und gezielte Ansprache bei den Migrantenkindern und deren Familien den Bekanntheitsgrad der Kinder- und Jugendtreffs, des Mehrgenerationenhauses usw. steigern.
<b>Thema: Pflegeberatung und andere Beratungsstellen</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<b>Nr. 67</b> Die Pflegestützpunkte, die Beratung und Unterstützung anbieten, bekannter machen	Infomaterial in verschiedenen Sprachen anbieten. In den Migrantenselbstorganisationen sind Infoabende durchzuführen.
<b>Nr. 68</b> Es wird eine Ehe- und Paarberatung etabliert, die die Wegefindung aus der Krise unterstützt.	Mögliche Träger für das neue Beratungsangebot suchen. Dolmetscher zur Verfügung stellen.
<b>Thema: Sport</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<b>Nr. 69</b> Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den Sportvereinen ist erhöht.	Es wird eine Umfrage in den Vereinen durchgeführt, mit der der Ist-Zustand ermittelt wird. Die Vereine werden sensibilisiert, dass sie auch Sportlerinnen und Sportler mit Migrationshintergrund brauchen. Die Sportvereine präsentieren ihre Sportarten in Schulen (Flyer, Plakate, Besuche, Schnupperkurse usw.). Der Bestand an fremdsprachigen Medien, Broschüren usw. wird erweitert und in Moscheen, Mehrgenerationenhaus, Vereinen verteilt. Die Schulen werden in den Tag der Vereine und in den Tag des Sports eingebunden.
<b>Nr. 70</b> Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Vorstandsarbeit und im Ehrenamt ist in den Sportvereinen erhöht.	Es wird eine Umfrage in den Vereinen durchgeführt, mit der der Ist-Zustand ermittelt wird. Kinder mit Migrationshintergrund als Multiplikatoren für die Vorstandsarbeit der Eltern gewinnen.

<b>zu Nr. 70</b>	Es werden gezielte mehrsprachige Werbemaßnahmen in den Moscheen, im Mehrgenerationenhaus, im Verein usw. durchgeführt.
	Es werden Eltern-Kind-Tage im Verein ausgerichtet bzw. Familienfeste organisiert.
<b>Nr. 71</b> Der Anteil derjenigen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, welche Sport betreiben, ist gestiegen.	Es werden Werbeaktionen für Training nur für Frauen und Mädchen gestartet.
	Anfängerkurse nur für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund anbieten.
	Aufklärungskampagne „Sport ist auch weiblich“ starten.
<b>Nr. 72</b> Talente, Bewegung und Gesundheit sind gefördert.	„Sportcheck“ in den Grundschulen (Klassenstufen 2 und 4) durchführen.
<b>Thema: Gesundheit</b>	
<b>Ziele</b>	<b>Maßnahmen und Strategien</b>
<b>Nr. 73</b> Verbesserung der Inanspruchnahme von „präventiven“ Maßnahmen (Vorsorgeuntersuchungen, gesunde Ernährung, Impfungen, Infektionsabwehr).	Es erfolgt eine intensive Aufklärung durch Veranstaltungen.
	Es werden Informationskampagnen, zum Beispiel über Diabetes, Adipositas usw. bei Kindern mit Migrationshintergrund gestartet.
<b>Nr. 74</b> Erhöhung der Akzeptanz der Betreuung in der Schwangerschaft.	Es werden Informationsabende in verschiedenen Sprachen für werdende Eltern angeboten.
<b>Nr. 75</b> Personen mit Migrationshintergrund sollen über die Maßnahmen der Rehabilitation (medizinische Rehabilitation, Schwerbehinderung, Pflege im Alter) besser informiert und eingebunden werden.	Es finden regelmäßige sozialmedizinische Sprechstunden für Rehabilitationsbedürftige von fachkundigen Selbsthilfeorganisationen (Multiple-Sklerose, Rheumaliga usw.) statt.
<b>Nr. 76</b> Das Wissen über die Adressen und Kontaktdaten von fremdsprachigen Ärzten, Psychotherapeuten, Beratungsstellen, von Dolmetschern usw. wird verbessert.	Regelmäßige Veröffentlichungen in der Presse werden sichergestellt.
	Es werden mehrsprachige Informationsflyer aufgelegt.
	Es wird eine computergestützte Datenbank initiiert, welche in der Internetseite der Stadt Frankenthal (Pfalz) verlinkt wird und die unter anderem über medizinisch versierte bzw. medizinisch spezialisierte Dolmetscher informiert.

<b>Nr. 77</b> Eine verbesserte psychologische Behandlung in den wichtigsten Heimatsprachen ist etabliert.	Bei Neueinstellungen in der Stadtklinik (Stichwort: Stellenausschreibung) wird auf Mehrsprachigkeit geachtet.
<b>Nr. 78</b> Personen mit Migrationshintergrund sind stärker in die Maßnahmen der Suchtprävention einzubinden.	Es wird eine jährliche „Aktion Suchtprävention“ etabliert.
	Gefährdete Migrantengruppen werden mittels „Rundem Tisch“ (Arbeitsamt, Jobcenter, Diakonie, Suchtberatung, psychosozialer Dienst der Stadtklinik, Kirchen) stärker eingebunden.



## 6. Bewertung und Priorisierung

Nach der Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen vereinbarte die Steuerungsgruppe, dass alle erarbeiteten Ziele und Maßnahmen Eingang in das Integrationskonzept finden sollten.

Da sich einige Ziele und Maßnahmen aus den Arbeitsgruppen wiederholten bzw. inhaltlich überschneiden, legte die Steuerungsgruppe fest, dass themenverwandte Ziele arbeitsgruppenübergreifend zu Großzielen zusammengefasst und in Wichtigkeitsblöcke einsortiert werden. Die Blöcke „Verwaltung“ und „Ehrenamtlichkeit“ wurden aufgrund ihrer themenblockübergreifenden Inhalte herausgezogen, ebenso das Thema „Asylbewerber“, das differenziertere Möglichkeiten der Integration erfordert.

Die formulierten Großziele bilden die Basis für die strategische Ausrichtung der Integrationsarbeit in den nächsten Jahren. Sie wurden durch die Steuerungsgruppe hinsichtlich der zeitlichen sowie der institutionellen Umsetzung wie folgt bewertet:

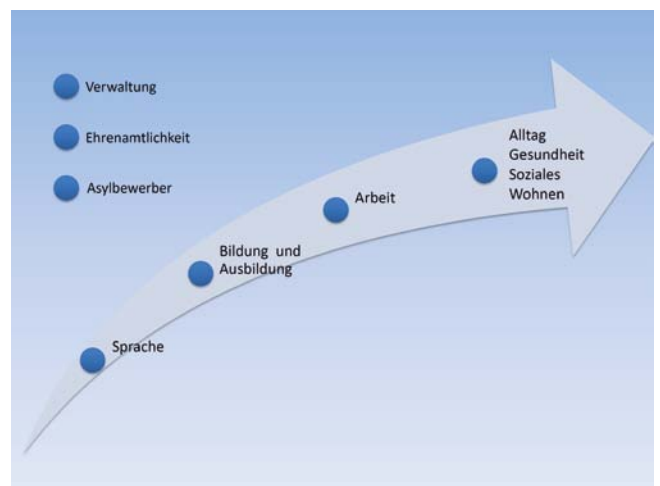


Abb.: 29: Wichtigkeitsblöcke

### Kurzfristig erreichbare Großziele

#### Themenblock „Verwaltung“

**Bei der Stadtverwaltung soll eine zentrale kundenorientierte Anlaufstelle für Zuwanderung geschaffen werden.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
4, 9, 18, 26, 32, 49

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Bei der Stadtverwaltung ist eine zentrale Anlaufstelle für Zuwanderung eingerichtet.

**Es soll ein Übersetzungsdienst eingerichtet werden.**

Herausgearbeitet aus dem Einzelziel-Nr.:  
1

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Ein Übersetzungsdienst ist eingerichtet.

- ▶ Die Einrichtung einer zentralen Datenbank mit den Daten der Neuzugewanderten, auf die die gesamte Verwaltung bei Bedarf zugreifen kann, ist geprüft und bei einem positiven Ergebnis eingerichtet.
- ▶ Eine Hilfestellung durch ehrenamtliche Integrationslotsen ist etabliert und wird in Anspruch genommen.
- ▶ Ein Informationsportal auf der Homepage der Stadt Frankenthal (Pfalz), welches über die Sprachkursangebote informiert, ist geschaffen.

- ▶ Die verwaltungsinterne Unterstützung durch geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist geregelt.
- ▶ Potentielle Kunden sind über den Service informiert und nehmen den Dienst in Anspruch.

### Themenblock „Sprache“

#### **Die Schülerinnen und Schüler sollen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse haben, um dem Unterricht folgen zu können.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
19, 25, 28, 29

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

#### **Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Eine Stelle für die Netzwerkkoordination (Stadt, Sprachkursträger, Schulen) ist geschaffen.
- ▶ Alle außerschulischen Sprachförderangebote sind bekannt.
- ▶ Ein Zertifikat nach dem Besuch eines Sprachkurses im Sinne eines „Diploms“ ist aufgelegt.
- ▶ Der erfolgreiche Abschluss der Sprachförderung wird als Zusatzqualifikation anerkannt.
- ▶ Es wird eine sogenannte „Mehrsprachenführerscheinstelle“ eingerichtet.

#### **Migrantinnen und Migranten sollen lebens- und berufstaugliche deutsche Sprachkenntnisse besitzen.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
15, 20, 22, 23, 27, 39, 45

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern / extern

#### **Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Alle Sprachförderangebote sind bekannt.
- ▶ Sprachförderangebote, wie zum Beispiel Alphabetisierungskurse oder berufsbezogene und berufs begleitende Sprachkurse, stehen bedarfsgerecht zur Verfügung.

## Themenblock „Asyl“

### Die Wohnsituation in den städtischen Wohnheimen soll verbessert werden.

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
62, 63

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern

#### Erfolgsindikatoren sind:

- ▶ Die Wohnsituation in den städtischen Wohnheimen ist verbessert.

### Flüchtlinge sollen im Alltag unterstützt werden.

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
64, 65

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern / extern

#### Erfolgsindikatoren sind:

- ▶ Flüchtlinge haben Ansprechpartner zur Unterstützung bei Alltagsangelegenheiten.
- ▶ Anleitungskurse in kleineren Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten werden bei Neueinweisung angeboten.
- ▶ Die Einrichtung von Sprachförderangeboten für Flüchtlinge ist geprüft und gegebenenfalls umgesetzt.

## Mittelfristig erreichbare Großziele

### Themenblock „Verwaltung“

#### Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung soll gestärkt werden.

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
2, 3, 40

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern

#### Erfolgsindikatoren sind:

- ▶ Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kundenkontakt sind hinsichtlich der interkulturellen Kompetenz qualifiziert.
- ▶ Mehrsprachigkeit, Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenz sind als zusätzliches Qualifikationsmerkmal bei Einstellungen anerkannt und werden entsprechend in den Stellenausschreibungen benannt.
- ▶ Eine Studie zur Selbst- und Fremdwahrnehmung der mit Zuwanderern befassten Bereiche ist durchgeführt und die Ergebnisse sind transparent.

#### Die Ausländerbehörde soll sich zu einer dienstleistungsorientierten Migrationsbehörde weiterentwickeln.

Herausgearbeitet aus dem Einzelziel-Nr.:  
7

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern

#### Erfolgsindikatoren sind:

- ▶ Die Ausländerbehörde ist eine Migrationsbehörde, die zusätzliche Lotsen- und Beratungsfunktionen wahrnimmt.

### Themenblock „Bildung / Ausbildung“

#### Das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Bildung soll bei den Eltern erhöht werden.

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
24, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 42, 43, 44

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

#### Die Schülerinnen und Schüler sollen hinsichtlich ihrer Ausbildungs- und Berufswahl frühzeitig in den Schulen unterstützt werden.

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
10, 12

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern / extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Die Mitgliederquote der Eltern mit Migrationshintergrund in den Elternausschüssen der Kindertagesstätten und in den verschiedenen Schulgremien ist gestiegen.
- ▶ Der Anteil der Eltern mit Migrationshintergrund, der regelmäßig an Veranstaltungen der Kindertagesstätten und der Schulen teilnimmt, ist gestiegen.

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Ein Arbeitskreis „Übergang-Schule-Beruf“ ist realisiert und hat seine Arbeit aufgenommen.
- ▶ Verantwortliche für den Übergang Schule-Beruf sind an allen Realschulen und an der Integrierten Gesamtschulen etabliert.

**Themenblock „Alltag, Gesundheit, Soziales, Wohnen“****Angebote und Leistungen im Gesundheitswesen sollen bei Migrantinnen und Migranten bekannter werden.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
67, 68, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Ein „Runder Tisch“ mit Institutionen der Gesundheitsvorsorge, der Gesundheitsversorgung, der Suchtprävention, der Rehabilitation, ist eingerichtet.
- ▶ Es ist eine Datenbank eingerichtet, welche auf der Internetseite der Stadt Frankenthal (Pfalz) verlinkt wird und die unter anderem über medizinisch versierte bzw. medizinisch spezialisierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher informiert.

**Der kulturelle Austausch soll gefördert werden.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
46, 47, 48, 50, 52, 56, 61

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern / extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Die Anzahl der interkulturellen Veranstaltungen ist erhöht.
- ▶ Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Migrationshintergrund arbeiten regelmäßig in Projekten zusammen.
- ▶ „Neue“ Austauschprogramme an den Schulen sind realisiert.
- ▶ Es sind ausreichend Begegnungsstätten, verteilt über das Stadtgebiet, vorhanden.
- ▶ Es werden gemeinsame Stadtteilstefte durchgeführt.

**Migrantinnen und Migranten sollen stärker in gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Gruppierungen vertreten sein.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
66, 69, 70, 71

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Die Anzahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Jugendgruppen ist gestiegen.

**In Frankenthal (Pfalz) sollen sich alle Einwohnerinnen und Einwohner sicher fühlen.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
51, 54, 55

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
intern / extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Die Ausleuchtung und Einsehbarkeit des öffentlichen Raumes (Straßen, Unterführungen, Plätze usw.) ist verbessert.
- ▶ Gegenseitiges Kennenlernen ist gefördert und die Akzeptanz füreinander ist geweckt.

**Themenblock „Ehrenamt“**

**Ehrenamtlich Tätige sollen Migrantinnen und Migranten in unterschiedlichen Bereichen des täglichen Lebens unterstützen.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
5, 6, 8, 21, 41, 57

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Es ist ein Pool von ehrenamtlichen Integrationslotsen eingerichtet, dessen Hilfe durch Migrantinnen und Migranten in Anspruch genommen wird.
- ▶ Eine Kampagne zur Gewinnung von Sprachpaten ist durchgeführt und es wurden Sprachpaten zur Unterstützung der außerschulischen Sprachförderung gefunden – unter anderem auch in den Quartieren.

## Langfristig erreichbare Großziele

### Themenblock „Bildung/Ausbildung“

**Die Schulabschlüsse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen den Schulabschlüssen der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund gleichen.**

Herausgearbeitet aus dem Einzelziel-Nr.:  
30

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Die Schulabschlüsse der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind den Schulabschlüssen der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund angeglichen.

**Die Ausbildung soll unterstützt und begleitet werden.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
11, 13

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Es ist ein Ausbildungsverbund in Frankenthal (Pfalz) vorhanden.
- ▶ Die Anzahl der ausbildenden Betriebe und damit die Anzahl der Ausbildungsplätze ist gestiegen.
- ▶ Der Anteil der vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträge ist reduziert.

### Themenblock „Arbeit“

**Es soll Chancengleichheit beim Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen bestehen.**

Herausgearbeitet aus den Einzelzielen-Nr.:  
14, 16

Überwiegende institutionelle Abwicklung:  
extern

**Erfolgsindikatoren sind:**

- ▶ Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist gestiegen.
- ▶ Die Quote der Personen mit Migrationshintergrund, die Hilfen nach Sozialgesetzbuch II erhalten, ist gesunken.

## 7. Monitoring

Der Nationale Integrationsplan mit seinen rund 400 Maßnahmen und Projekten führt aus, dass für eine erfolgreiche, zielgerichtete Arbeit Transparenz über den Verlauf der Integration auf der Basis objektiver Daten erforderlich ist.

Im Jahr 2005 begann das Statistische Bundesamt erstmals mit dem Mikrozensus Daten zu Personen mit Migrationshintergrund zu erheben. Zuvor gab es lediglich eine Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern, so dass eine Differenzierung nach Zuwanderern, Ausländern und Eingebürgerten fehlte.

Nach und nach erfolgte auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise der Schul- oder Arbeitsmarktstatistik, eine Entwicklungsdarstellung bei Migranten. Der Begriff wurde an die jeweiligen Herausforderungen und abfragbaren Merkmale angepasst, so dass mittlerweile unterschiedliche Definitionen verwendet werden, die jedoch einen Zahlenvergleich zwischen verschiedenen Themenbereichen unmöglich machen.<sup>1</sup>

Folgende fünf Definitionen des Begriffes Migrationshintergrund werden in den unterschiedlichen Statistiken verwendet:

### Definition des Statistischen Bundesamtes zum Mikrozensus<sup>2</sup>:

(Erfassung des Merkmals seit 2005):

„Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutsch-

land geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“

### Definition nach der Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung<sup>3</sup>:

(Erfassung des Merkmals seit 2011)

„Migrationshintergrund liegt vor, wenn

- die Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder
- der Geburtsort der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder
- der Geburtsort mindestens eines Elternteils der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung dieses Elternteils in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.“

### Definition nach dem Zensusgesetz<sup>4</sup>:

Als Personen mit Migrationshintergrund werden alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländer/-innen sowie alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepu-

1 Verband Deutscher Städtestatistiker (2013): Migrationshintergrund in der Statistik – Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2, Köln, S. 9, URL: [www.staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/AG\\_Bevoelkerung/Publikation/Heft2\\_Migrationshintergrund.pdf](http://www.staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/AG_Bevoelkerung/Publikation/Heft2_Migrationshintergrund.pdf) [Stand: 04.03.2014]

2 Definition des Statistischen Bundesamtes zum Migrationshintergrund (2005): URL: [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Aktuell.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Aktuell.html) [Stand: 04.03.2014]

3 Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung – MighEV) vom 29. September 2010 (BGBl. I S. 1372), URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/mighev/gesamt.pdf> [Stand: 04.03.2014]

4 Zensusgesetz vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781), URL: [www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Zensusgesetz\\_2011.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](http://www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Zensusgesetz_2011.pdf?__blob=publicationFile&v=12) [Stand: 04.03.2014]



blick Deutschland zugewanderten Elternteil definiert. Ausländer/-innen sind Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

#### **Definition der Kultusministerkonferenz in der Schulstatistik<sup>5</sup>:**

Danach ist bei Schülerinnen und Schülern ein Migrationshintergrund anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- Keine deutsche Staatsangehörigkeit.
- Nichtdeutsches Geburtsland.
- Nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld (auch wenn der Schüler / die Schülerin die deutsche Sprache beherrscht).

#### **Definition des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für die Statistiken über die Kindertagesbetreuung und die Kindertagespflege<sup>6</sup>:**

Ein Migrationshintergrund wird einem Kind dann zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil aus dem Ausland stammt, dort also geboren ist. Die aktuelle Staatsangehörigkeit der Eltern oder des Kindes spielt dabei keine Rolle.

Trotz unterschiedlicher statistischer Erhebungen sind nicht alle notwendigen regionalen Daten über Migrantinnen und Migranten vorhanden. Zudem muss teilweise

noch immer auf die Unterscheidung nach Deutschen und Ausländern zurückgegriffen werden.

Um das Integrationskonzept nicht zu überfrachten, sind im Anhang nur wenige statistische Daten aufgeführt, die einen allgemeinen Überblick über die bestehende Ausgangslage in Frankenthal (Pfalz) geben sollen.

Es ist vorgesehen, das Integrationskonzept in regelmäßigen Abständen unter Berücksichtigung der Umsetzungsschritte fortzuschreiben.

Der Sachstand der Entwicklung soll mit Hilfe eines örtlich angepassten Monitoring-Systems beobachtet und dokumentiert werden.

Dabei ist zu beachten, dass zusätzliche Faktoren, wie zum Beispiel die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, bei allen Bevölkerungsgruppen eine große Rolle spielen. Auch lässt sich aus dem Merkmal „Migrationshintergrund“ nicht automatisch ein Unterstützungsbedarf ableiten.

5 Kultusministerkonferenz – Kommission für Statistik (2012): Definitionenkatalog zur Schulstatistik, S.29, URL: [www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat\\_2012.2\\_m\\_Anlagen.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat_2012.2_m_Anlagen.pdf) [Stand: 04.03.2014]

6 Statistisches Bundesamt (2013): Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.), Kindertagesbetreuung regional 2013, Wiesbaden, S. 6, URL: [www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional5225405137004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional5225405137004.pdf?__blob=publicationFile) [Stand: 04.03.2014]

# Anhang

- A 1    Zeitschiene der Konzeptentwicklung**
- A 2    Beschluss des Stadtrates vom 27. Juni 2012**
- A 3    Beschluss des Stadtrates vom 2. April 2014**
- A 4    Verzeichnis der Funktionsträger**
- A 5    Statistiken**

## A 1 Zeitschiene der Konzeptentwicklung

<b>14.11.2008</b>	Erste Überlegungen in der Verwaltung.
<b>28.08.2010</b>	Planung des weiteren Entwicklungsablaufs.
<b>03.02.2011</b>	Weiterentwicklung des Prozesses.
<b>12.02.2011</b>	Seminar „Kommunale Integrationskonzepte“ der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration, Rheinland-Pfalz.
<b>17.08.2011</b>	Thematisierung der Erstellung eines Integrationskonzeptes während des Kommunikationstreffens „Integration“.
<b>29.09.2011</b>	Sitzung mit Oberbürgermeister Theo Wieder, Eda Sahin, Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration, Sabatino Marchetti, erster stellvertretender Vorsitzender, Ina Theobald, Delegierte in der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz und Bernd Schönhardt, Geschäftsführer des Beirates für Migration und Integration.
<b>12.12.2011</b>	Erstes Informationsgespräch zwischen Oberbürgermeister Theo Wieder, Maria Ogel von der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz, Claudia Vortmann von der Schneider-Organisationsberatung, Engelbert Apelt, Regionalkoordinator Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, und Bernd Schönhardt.
<b>20.02.2012</b>	Weiterentwicklung des Prozesses.
<b>14.06.2012</b>	Vorberatung im Beirat für Migration und Integration.
<b>19.06.2012</b>	Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

<b>27.06.2012</b>	Grundsatzbeschluss des Stadtrates über die Errichtung eines strategischen Integrationskonzeptes.
<b>01.07.2012</b>	Bildung der Stabsstelle „Integrationskonzept“.
<b>27.09.2012</b>	Konstituierung der Steuerungsgruppe.
<b>24.10.2012</b>	Zweite Sitzung der Steuerungsgruppe: Festlegung der Handlungsfelder, für die Arbeitsgruppen gebildet werden sollten.
<b>12.12.2012</b>	Dritte Sitzung der Steuerungsgruppe: Beratung der Arbeitsweise in den Arbeitsgruppen.
<b>08.01.2013</b>	Pressegespräch von Oberbürgermeister Theo Wieder zur Auftaktveranstaltung.
<b>16.01.2013</b>	Auftaktveranstaltung im CongressForum Frankenthal.
<b>27.02.2013 – 05.03.2013</b>	Konstituierung der Arbeitsgruppen.
<b>27.02.2013 – 31.09.2013</b>	Sitzungen der Arbeitsgruppen.
<b>12.03.2013</b>	Workshop der Arbeitsgruppenleitungsteams.
<b>06.06.2013</b>	Informationsaustausch der Arbeitsgruppenleitungsteams.

<b>01.10.2013</b>	<p>Vierte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und Behörden“.</p>
<b>24.10.2013</b>	<p>Fünfte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft“.</p>
<b>14.11.2013</b>	<p>Sechste Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Sprachkompetenz, Bildung und Kultur“.</p>
<b>27.11.2013</b>	<p>Siebte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Wohnen und Stadtentwicklung“.</p>
<b>16.12.2013</b>	<p>Achte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Soziales, Sport und Gesundheit“.</p>
<b>14.01.2014</b>	<p>Neunte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Diskussion über die vorgestellten Ergebnisse.</p>
<b>28.01.2014</b>	<p>Zehnte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Diskussion und Priorisierung.</p>
<b>19.02.2014</b>	<p>Elfte Sitzung der Steuerungsgruppe:</p> <p>Diskussion und Priorisierung.</p>

<b>26.02.2014</b>	Zwölfte Sitzung der Steuerungsgruppe: Verabschiedung des Konzeptes.
<b>20.03.2014</b>	Vorberatung des Integrationskonzeptes im Beirat für Migration und Integration.
<b>25.03.2014</b>	Vorberatung des Integrationskonzeptes im Haupt- und Finanzausschuss.
<b>02.04.2014</b>	Beschluss des Integrationskonzeptes im Stadtrat.

## A 2 Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 27.06.2012

**Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)**



Drucksache Nr.

**XV. Wahlperiode 2009 – 2014**

**XV/1231**

Aktenzeichen: 101/BS

Datum:

Hinweis:

### Integrationskonzept der Stadt Frankenthal (Pfalz) - Grundsatzbeschluss

#### Beratungsergebnis:

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>27.06.2012</b>	Top <b>11</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	Enthaltungen:
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Stadt Frankenthal (Pfalz) gibt sich ein strategisches Konzept für die Integration von Personen mit Migrationshintergrund.
2. Es wird dazu eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe unter der Federführung von Oberbürgermeister Wieder gebildet, welche die Entwicklung von Leitlinien und Handlungsstrategien in verschiedenen noch zu bildenden Arbeitsgruppen koordiniert und aus den Ergebnissen das Integrationskonzept mit Leitbild entwickelt.
3. In diesen Prozess sind vor allem Institutionen und Einrichtungen, welche sich mit der Integration oder Zuwanderung beschäftigen, sowie Vertreter aus der Politik und der Verwaltung einzubinden.

#### Beratungsfolge:

<b>14.06.2012</b>	Beirat für Migration und Integration
<b>19.06.2012</b>	Haupt- und Finanzausschuss
<b>27.06.2012</b>	Stadtrat

### A 3 Beschluss des Stadtrates vom 02.04.2014

**Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)**



Drucksache Nr.

**XV. Wahlperiode 2009 – 2014**

**XV/2321**

Aktenzeichen: 101/BS

Datum:

Hinweis:

**Strategisches Integrationskonzept der Stadt Frankenthal (Pfalz)**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am <b>02.04.2014</b>	Top <b>1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 101					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Das als Anlage beigefügte „Strategische Integrationskonzept der Stadt Frankenthal (Pfalz)“ wird beschlossen.

**Beratungsfolge:**

- 20.03.2014** Beirat für Migration und Integration
- 25.03.2014** Haupt- und Finanzausschuss
- 02.04.2014** Stadtrat



## A 4 Verzeichnis der Funktionsträger

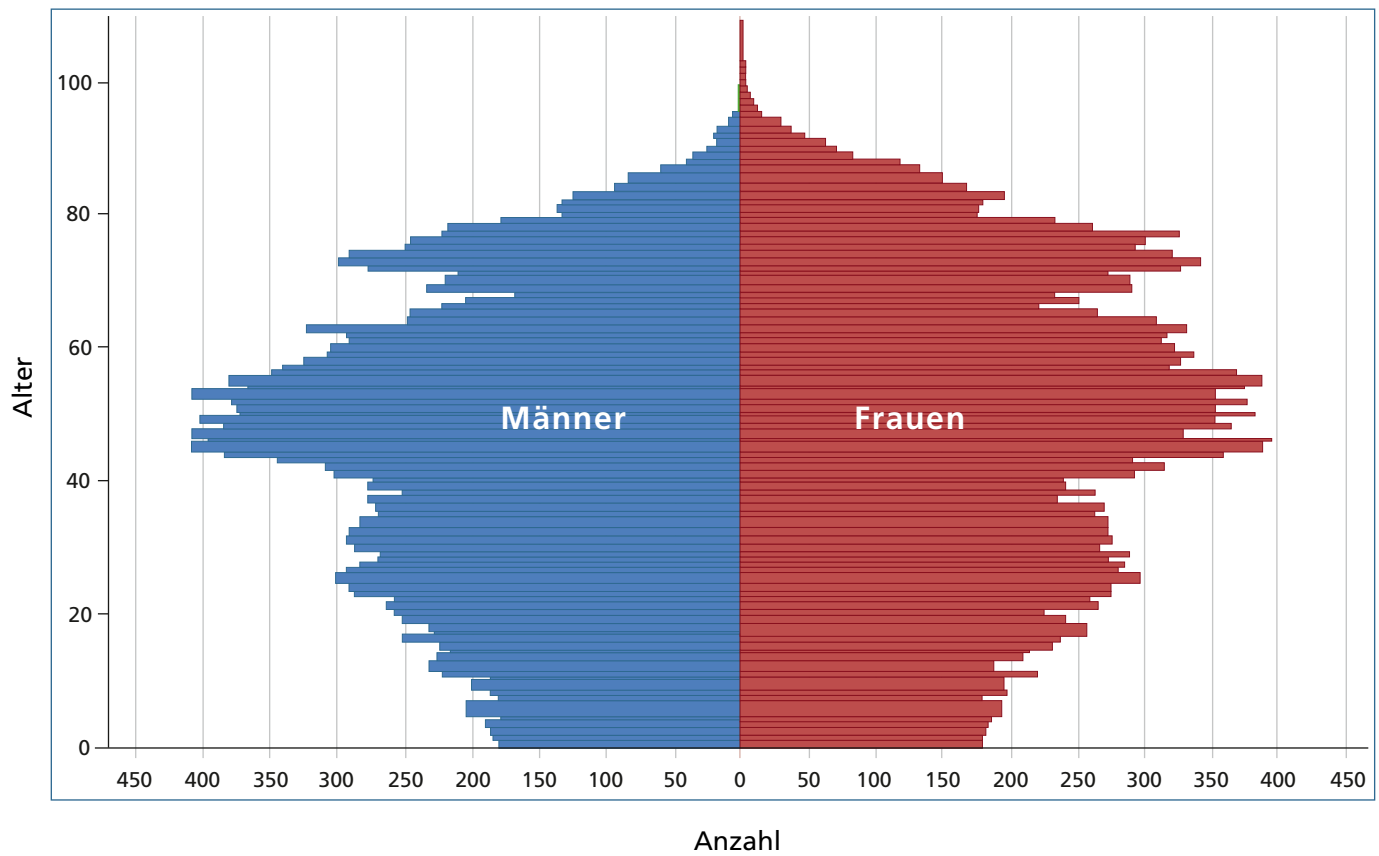
<b>Amand, Marie-Bernadette</b>	Delegierte der Stadtratsfraktion „Die Grünen-Offene Liste“ in der Steuerungsgruppe, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Sprachkompetenz“.
<b>Apelt, Engelbert</b>	Regionalkoordinator Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.
<b>Bach, Torsten</b>	Leiter des Bereiches Familie, Jugend und Soziales.
<b>Bierling, Heidemarie</b>	Schriftführerin der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und Behörden“, M.A. Beratungswissenschaft.
<b>Bindert, Gabriele</b>	Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Wohnen und Stadtentwicklung“, Mitglied der CDU-Stadtratsfraktion, Mitglied des Beirates für Migration und Integration, Architektin.
<b>Blaese, Gerold</b>	Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und Behörden“, Mitglied der Steuerungsgruppe, Straftentlassenhilfe Frankenthal e.V.
<b>Blaschke, Sylvia</b>	Stabsstelle „Zuwendungen und Forderungen“.
<b>Brauch, Berthold</b>	Ausbildungsleiter der Firma KSB AG.
<b>Cetintas, Leyla</b>	Ansprechpartnerin für das Projekt „Handwerk integriert Migrantinnen und Migranten“ der Handwerkskammer Pfalz.
<b>Denzer, Marika</b>	Leiterin des Bereiches Planen und Bauen.
<b>Domke, Daniel</b>	Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Soziales, Sport und Gesundheit“, Immanuel-Mennonitische Brüdergemeinde e. V.
<b>Esser, Jürgen</b>	Leiter des Bereiches Zentrale Dienste.
<b>Gierens, Ulrich</b>	Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Wohnen und Stadtentwicklung“, Mitglied der Steuerungsgruppe, Baugesellschaft Frankenthal (Pfalz) GmbH.
<b>Graber-Jauch, Andrea</b>	Stabsstelle „Integrationskonzept“.
<b>Henn, Peter</b>	Ausbildungsleiter der Firma KBA.
<b>Hezel, Ingrid</b>	Delegierte der FWG-Stadtratsfraktion in der Steuerungsgruppe, Fraktionsvorsitzende der FWG-Stadtratsfraktion, Mitglied des Beirates für Migration und Integration.

<b>Huth, Karin</b>	Schriftführerin der Arbeitsgruppe „Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Bildung und Kultur“, Mitglied der Steuerungsgruppe, Mitglied im Schulträgerausschuss für die FDP, Dozentin an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg.
<b>Hüther, Alexander</b>	Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation.
<b>Jörns, Rosanna</b>	Delegierte des Beirates für Migration und Integration in der Steuerungsgruppe, Mitglied des Beirates.
<b>Jünger-Schroedter, Martina</b>	Schriftführerin der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft“, Berufliche Trainerin.
<b>Kottmann, Rudi</b>	Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft“, Mitglied im Schulträgerausschuss und Sportausschuss für „Die Grünen – Offene Liste“.
<b>Krantz, Stefan</b>	Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Soziales, Sport und Gesundheit“, Mitglied der Steuerungsgruppe, Vorsitzender der Kolpingsfamilie Mörsch.
<b>Leidig-Petermann, Magali</b>	Delegierte der SPD-Stadtratsfraktion in der Steuerungsgruppe, Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion, Mitglied des Beirates für Migration und Integration.
<b>Löwer, Birgit</b>	Gleichstellungsstelle und Behindertenbeauftragte.
<b>Marchetti, Sabatino</b>	Erster stellvertretender Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration.
<b>Maring, Jürgen</b>	Delegierter der FDP-Stadtratsfraktion in der Steuerungsgruppe, Eventagentur.
<b>Metzdorf, Karl</b>	Leiter des Bereiches Ordnung und Umwelt.
<b>Patak, Filiz</b>	Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Bildung und Kultur“, Referendarin.
<b>Reinert, Sylvio</b>	Schriftführer der Arbeitsgruppe „Wohnen und Stadtentwicklung“.
<b>Sahin, Eda</b>	Delegierte des Beirates für Migration und Integration in der Steuerungsgruppe, Vorsitzende des Beirates.

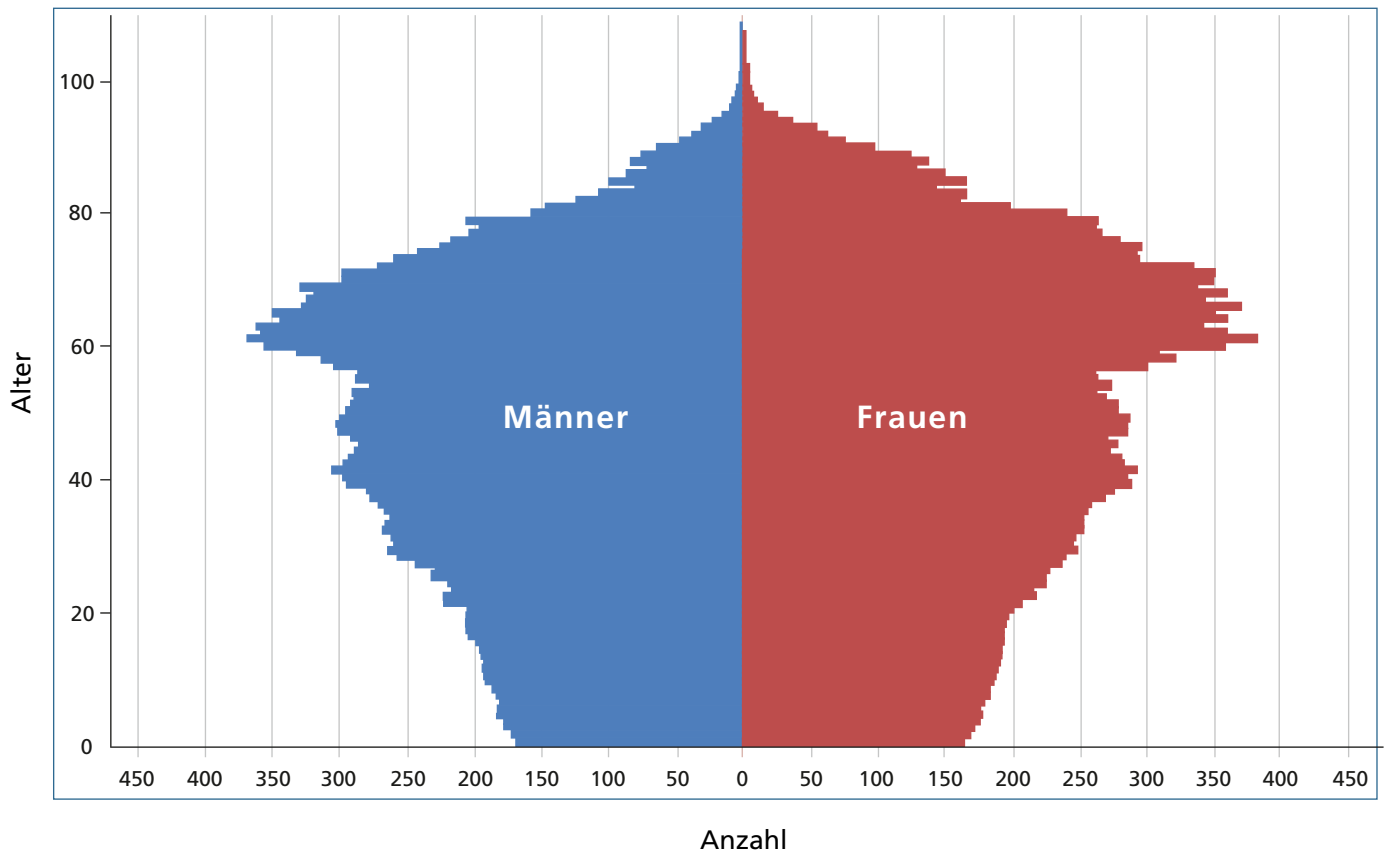
<b>Sanner, Peter</b>	Leiter der Abteilung Soziale Dienste im Bereich Familie, Jugend und Soziales.
<b>Schiffer, Rainer</b>	Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Sprachkompetenz“, Mitglied der Steuerungsgruppe, Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation.
<b>Schönhardt, Bernd</b>	Leiter der Abteilung Allgemeine Verwaltung im Bereich Zentrale Dienste, Geschäftsführer des Beirates für Migration und Integration, Leiter der Stabsstelle „Integrationskonzept“.
<b>Schreiber, André</b>	Leiter der Abteilung Soziale Leistungen im Bereich Familie, Jugend und Soziales.
<b>Schwarz, Doris</b>	Delegierte der CDU-Stadtratsfraktion in der Steuerungsgruppe, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz der Verwaltungen und Behörden“, Mitglied der CDU-Stadtratsfraktion.
<b>Sünmez, Bilgi</b>	Schriftführerin der Arbeitsgruppe „Sprachkompetenz, Bildung und Kultur – Untergruppe Sprachkompetenz“, Stellvertretende Vorsitzende des Deutsch -Türkischen Kulturvereins Frankenthal e.V.
<b>Theobald, Ina</b>	Delegierte des Beirates für Migration und Integration in der Steuerungsgruppe, Mitglied des Beirates.
<b>Theobald, Klaus</b>	Schriftführer der Arbeitsgruppe „Soziales, Sport und Gesundheit“, Oberstaatsanwalt i. R.
<b>Umstadt, Monica</b>	Leiterin des Bereiches Schulen, Kultur und Sport.
<b>Vortmann, Claudia</b>	Schneider-Organisationsberatung, Mainz.
<b>Wähner, Andreas</b>	Schriftführer der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft“, Berufspädagoge (IHK).
<b>Wertheim-Stauffer, Claudia</b>	Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt, Ausbildung und Wirtschaft“, Mitglied der Steuerungsgruppe, Jugendmigrationsdienst.
<b>Wieder, Theo</b>	Vorsitzender der Steuerungsgruppe, Oberbürgermeister.
<b>Wissing, Gisela</b>	Beratungsstelle „Gemeinschaftliches Wohnen Pfalz“.

## A 5 Statistiken

### A 5.1a Frankenthaler Bevölkerungspyramide zum 31. Dezember 2013



### A 5.1b Frankenthaler Bevölkerungspyramide im Jahr 2030



## A 5.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund im regionalen Vergleich zum 9. Mai 2011 (Zensusstichtag)

	Frankenthal (Pfalz)		Rheinland-Pfalz		Deutschland	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Personen ohne Migrationshintergrund	29.320	63,64	3.225.510	81,26	64.635.410	81,15
Personen mit Migrationshintergrund	16.750	36,36	743.890	18,74	15.016.960	18,85

### A 5.3 Personen mit Migrationshintergrund in Frankenthal (Pfalz) nach dem Jahr des Zuzuges zum 9. Mai 2011 (Zensusstichtag)

Personen mit Migrationshintergrund nach Zuzugsjahr	Insgesamt	Alter (5 Altersklassen)				
		Unter 18	18–29	30–49	50–64	65 und älter
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
<b>1956–1989</b>	5.570	/	/	1.740	1.970	1.660
<b>1990–1999</b>	3.120	/	570	1.270	730	470
<b>2000–2011</b>	1.770	240	460	750	240	/

## A 5.4 Religionszugehörigkeit in Frankenthal (Pfalz) zum 9. Mai 2011 (Zensusstichtag)

		Insgesamt	Staatsangehörigkeit	
			Deutsche	Ausländer/-innen
Römisch-katholische Kirche (öffentlich-rechtlich)	Anzahl	15.050	13.310	1.740
	Prozent	32,42	88,44	11,56
Evangelische Kirche (öffentlich-rechtlich)	Anzahl	15.310	15.200	110
	Prozent	32,98	99,28	0,72
Sonstige, keine, ohne Angabe	Anzahl	16.060	12.420	3.640
	Prozent	34,60	77,33	22,67

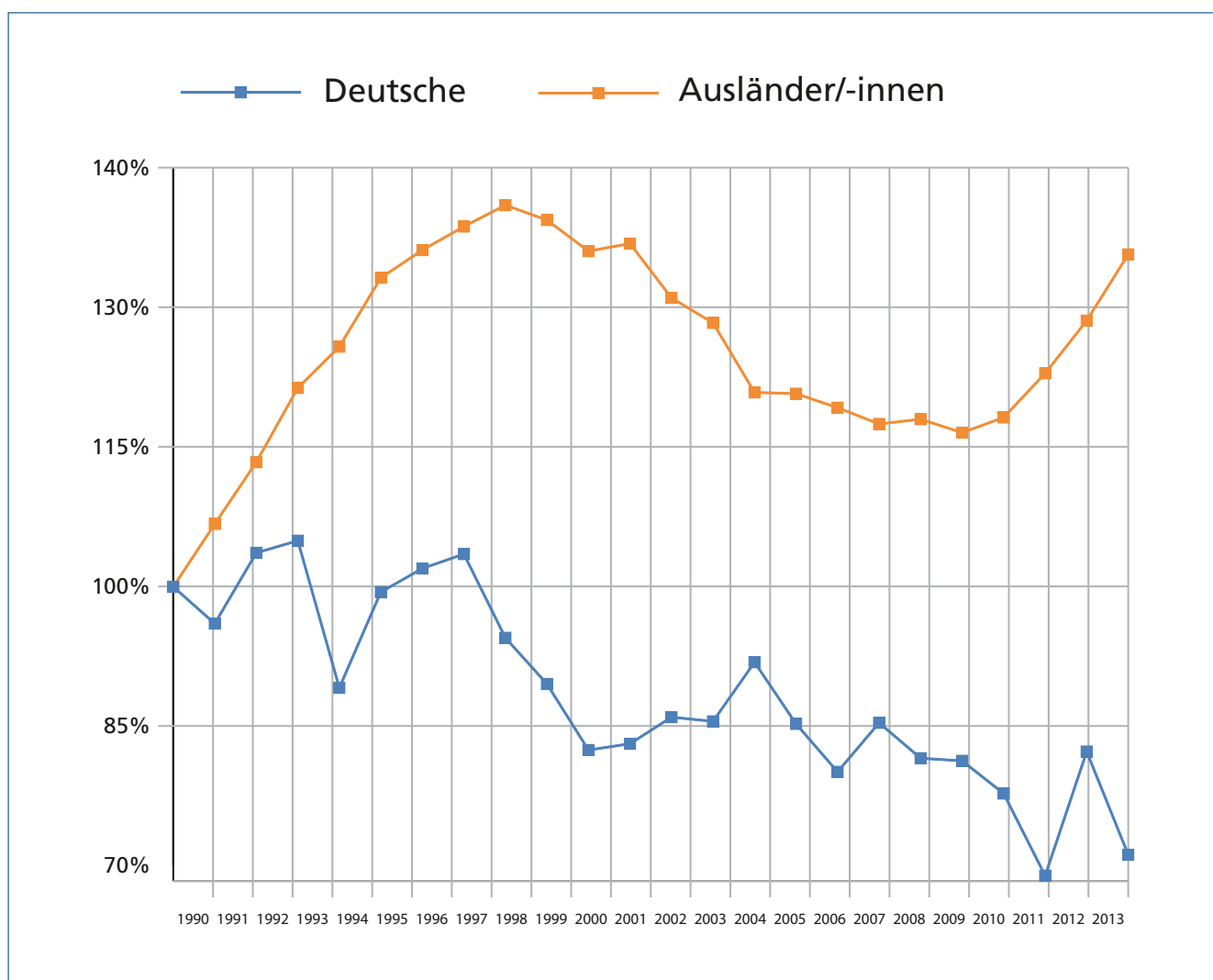


### A 5.5 Bevölkerung mit Hauptwohnsitz in Frankenthal (Pfalz) getrennt nach Deutschen und Ausländern zum 31. Dezember eines Jahres

	Insgesamt	Deutsche		Ausländer/-innen	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
1990	46.966	42.120	89,68	4.846	10,32
1991	47.087	41.950	89,09	5.137	10,91
1992	47.699	42.277	88,63	5.422	11,37
1993	48.099	42.333	88,01	5.766	11,99
1994	47.609	41.653	87,49	5.956	12,51
1995	48.371	42.096	87,03	6.275	12,97
1996	48.608	42.205	86,83	6.403	13,17
1997	48.783	42.271	86,65	6.512	13,35
1998	48.495	41.884	86,37	6.611	13,63
1999	48.213	41.671	86,43	6.542	13,57
2000	47.763	41.365	86,60	6.398	13,40
2001	47.827	41.394	86,55	6.433	13,45
2002	47.699	41.517	87,04	6.182	12,96
2003	47.564	41.498	87,25	6.066	12,75
2004	47.516	41.771	87,91	5.745	12,09
2005	47.225	41.486	87,85	5.739	12,15
2006	46.938	41.264	87,91	5.674	12,09
2007	47.090	41.491	88,11	5.599	11,89
2008	46.948	41.327	88,03	5.621	11,97
2009	46.874	41.315	88,14	5.559	11,86
2010	46.793	41.164	87,97	5.629	12,03
2011	46.617	40.784	87,49	5.833	12,51
2012	47.435	41.358	87,19	6.077	12,81
2013	47.266	40.881	86,49	6.383	13,50

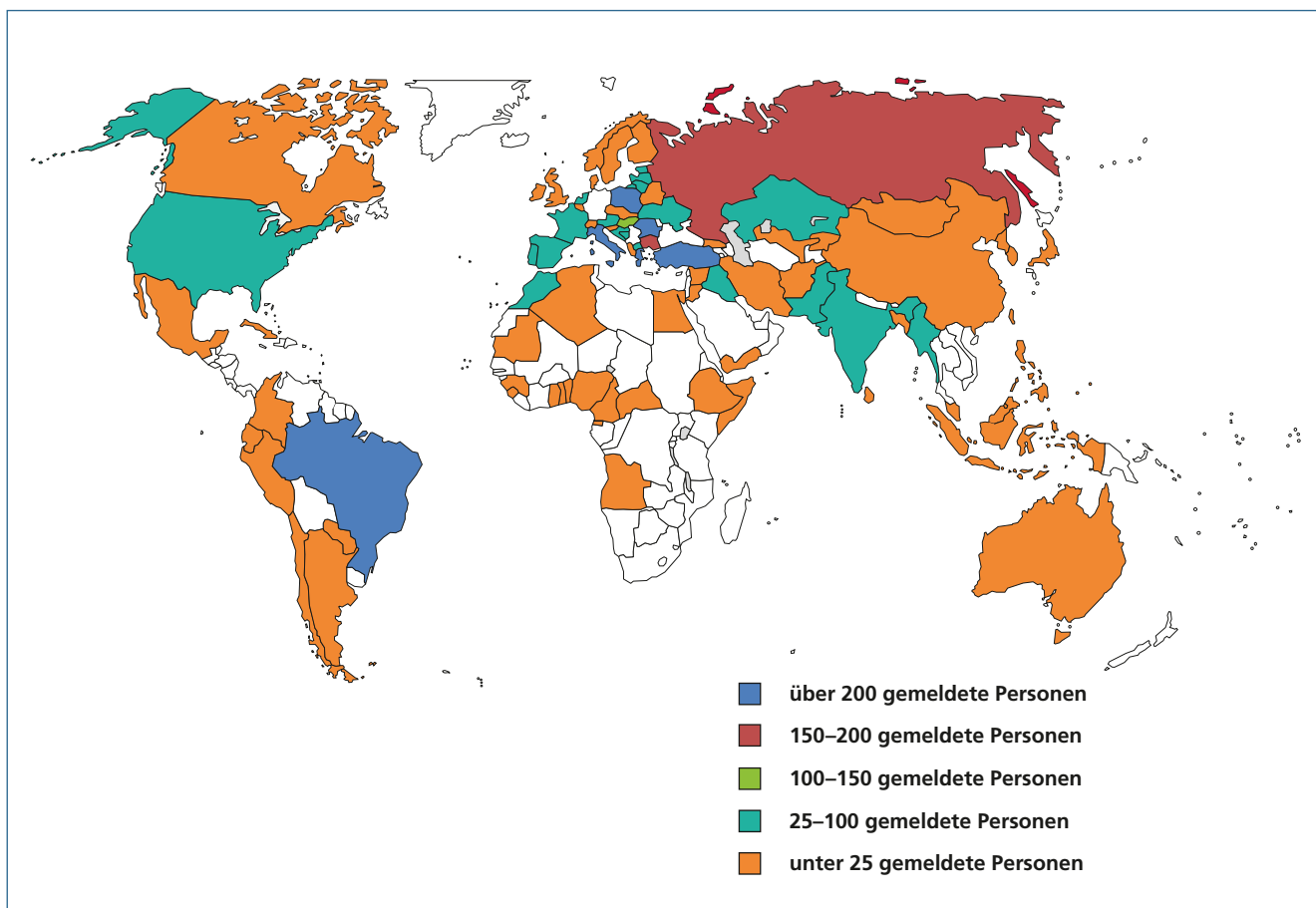
Quelle: Statistisches Bundesamt – 1990 bis 2012  
 Einwohnermelderegister Frankenthal (Pfalz) – 2013  
 (Merkmal: Staatsangehörigkeit)

### A 5.6 Entwicklung der Frankenthaler Einwohnerzahl getrennt nach Deutschen und Ausländern zum 31. Dezember eines Jahres bezogen auf das Basisjahr 1990



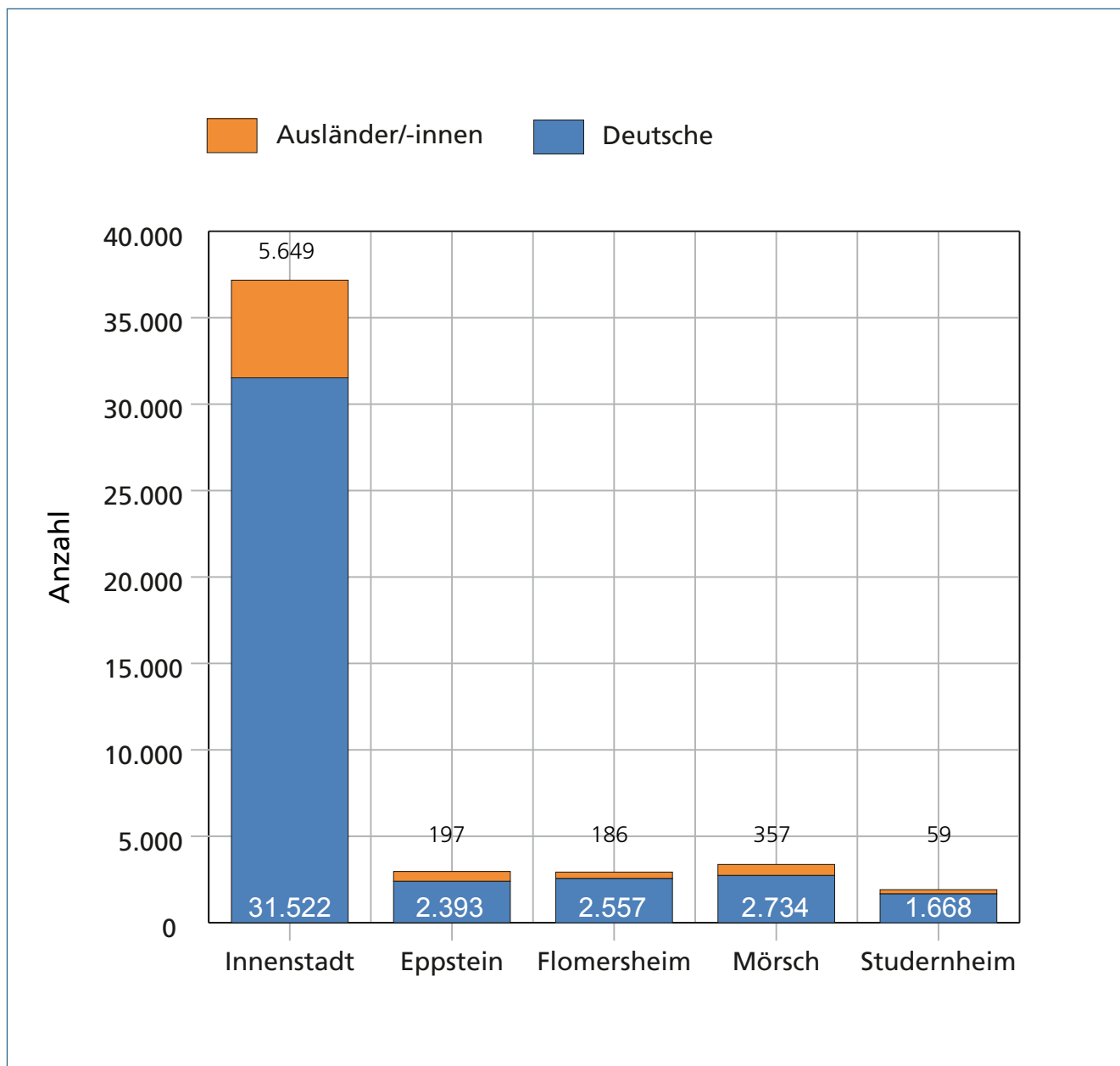
Quelle: Statistisches Bundesamt – 1990 bis 2012  
 Einwohnermelderegister Frankenthal (Pfalz) – 2013  
 (Merkmal: Staatsangehörigkeit)

### A 5.7 Verteilung der ausländischen Frankenthaler Bevölkerung mit Hauptwohnsitz nach Staatsangehörigkeit zum 1. Januar 2014



Quelle: Einwohnermelderegister Frankenthal (Pfalz)  
(Merkmal: Staatsangehörigkeit)

**A 5.8 Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in Frankenthal (Pfalz) getrennt nach Deutschen und Ausländern innerhalb der Frankenthaler Stadtteile zum 1. Januar 2014**



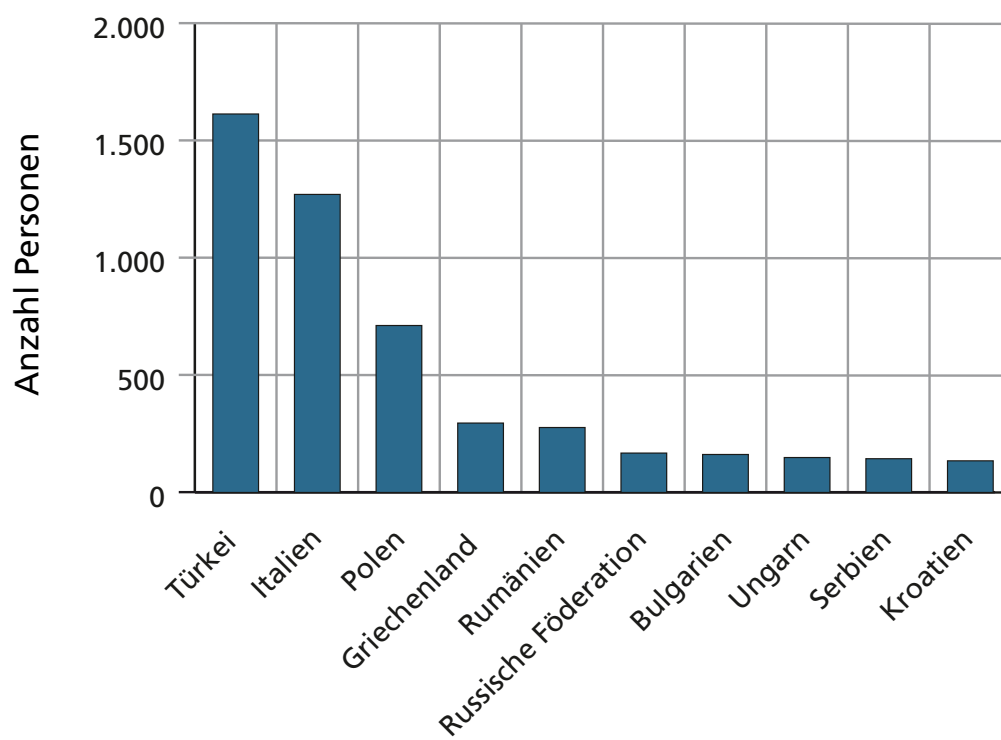
Quelle: Einwohnermelderegister Frankenthal (Pfalz)  
(Merkmal: Staatsangehörigkeit)

### A 5.9 Verteilung der Frankenthaler Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz nach den 25 häufigsten Staatsangehörigkeiten zum 1. Januar 2014

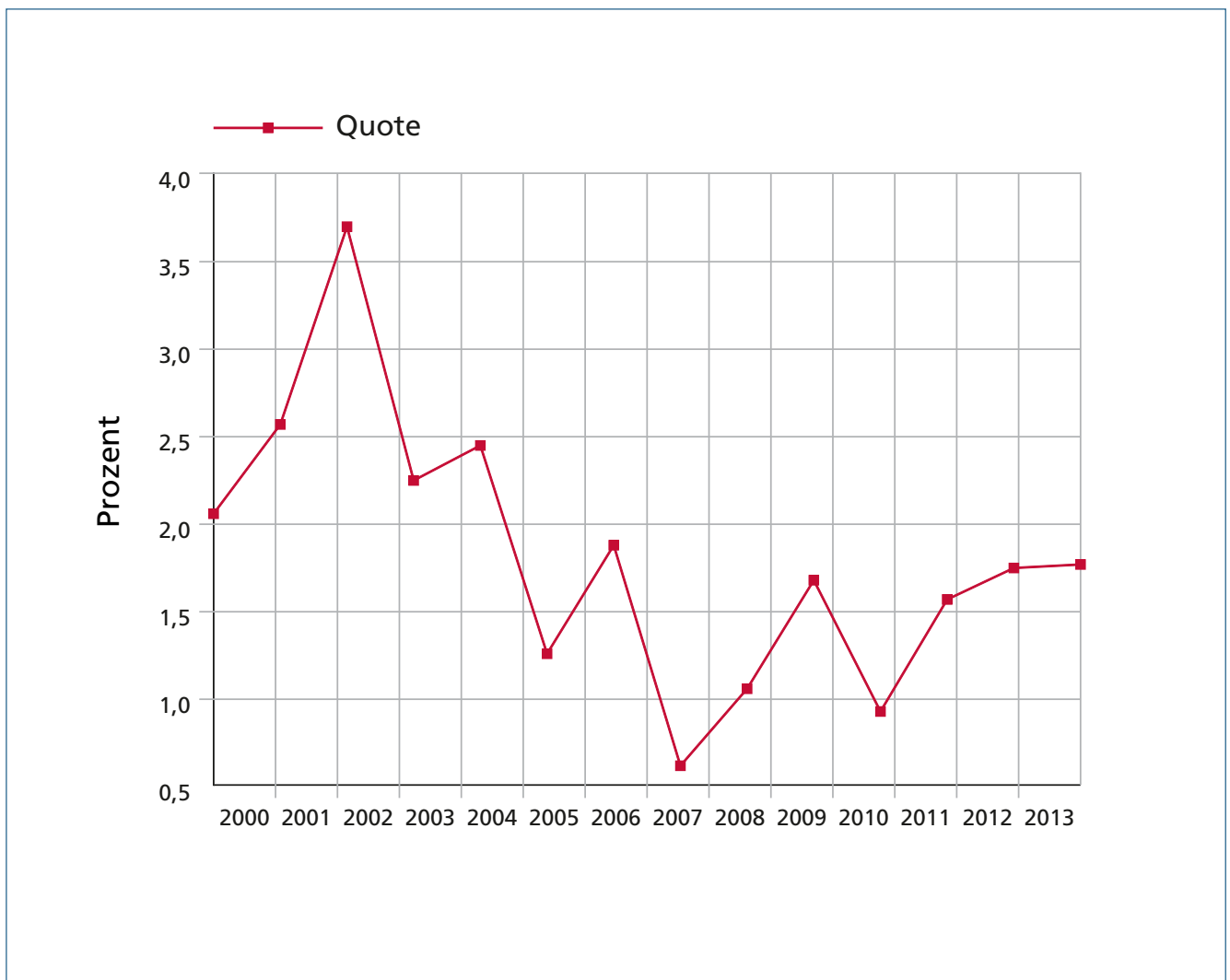
	Insgesamt	Prozent	männlich	weiblich
Gesamt	47.342	100,00	23.043	24.299
Deutschland	40.874	86,34	19.657	21.217
Ausland	6.468	13,66	3.386	3.082
Türkei	1.614	24,95	819	795
Italien	1.271	19,65	745	526
Polen	712	11,01	357	355
Griechenland	296	4,58	160	136
Rumänien	277	4,28	157	120
Russische Föderation	168	2,60	59	109
Bulgarien	162	2,50	97	65
Ungarn	149	2,30	101	48
Serbien...	144	2,23	83	61
Kroatien	135	2,09	65	70
Kosovo	118	1,82	65	53
Thailand	74	1,14	7	67
Österreich	69	1,07	37	32
Spanien	69	1,07	33	36
Portugal	64	0,99	37	27
Kasachstan	61	0,94	31	30
Bosnien und Herzegowina	58	0,90	35	23
Serbien	57	0,88	31	26
Pakistan	56	0,87	30	26
Ukraine	50	0,77	15	35
Frankreich	49	0,76	21	28
Vereinigte Staaten	47	0,73	29	18
Irak	43	0,66	27	16
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	38	0,59	19	19
Litauen	36	0,56	12	24
Sonstige	651	10,06	314	337

Quelle: Einwohnermelderegister Frankenthal (Pfalz)  
(Merkmal: Staatsangehörigkeit)

**A 5.10 Die zehn größten Ausländergruppen mit Hauptwohnsitz in Frankenthal (Pfalz) zum 1. Januar 2014**

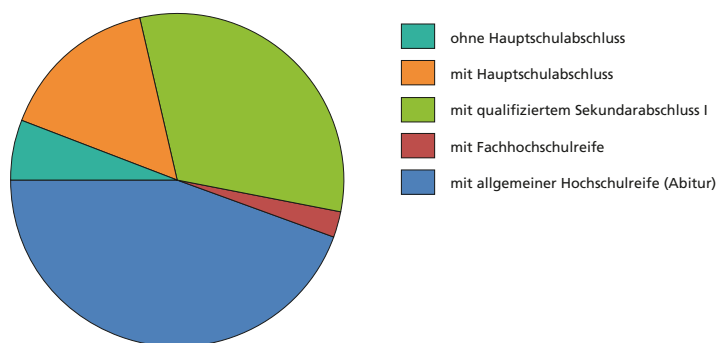


### A 5.11 Anteil der Einbürgerungen bezogen auf die Anzahl der Ausländerinnen und Ausländer in Frankenthal (Pfalz)



## A 5.12 Schulabgängerinnen und Schulabgänger<sup>1</sup> ohne Migrationshintergrund aus allgemeinbildenden Schulen nach Abschluss- und Schularten

Schuljahr 2013



		gesamt	ohne Haupt- schul- abschluss <sup>2</sup>	mit Haupt- schul- abschluss	mit quali- fiziertem Sekundar- abschluss I	mit Fach- hoch- schul- reife <sup>3</sup>	mit allge- meiner Hoch- schul- reife (Abitur)
2007	Anzahl	631	35	123	217	9	247
	Prozent	100,00	5,55	19,49	34,39	1,43	39,14
2008	Anzahl	595	51	155	137	10	242
	Prozent	100,00	8,57	26,05	23,03	1,68	40,67
2009	Anzahl	568	34	107	200	11	216
	Prozent	100,00	5,98	18,84	35,21	1,94	38,03
2010	Anzahl	537	36	72	170	14	245
	Prozent	100,00	6,70	13,41	31,66	2,61	45,62
2011	Anzahl	596	45	100	180	22	249
	Prozent	100,00	7,55	16,78	30,20	3,69	41,78
2012	Anzahl	551	29	86	176	15	245
	Prozent	100,00	5,27	15,61	31,94	2,72	44,46
2013	Anzahl	569	34	89	180	14	252
	Prozent	100,00	5,98	15,64	31,63	2,46	44,29
Mittelwert		100,00	6,51	17,97	31,15	2,36	42,00

1 Ohne Nichtschülerprüfungen – 2 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule – 3 Schulischer Teil.

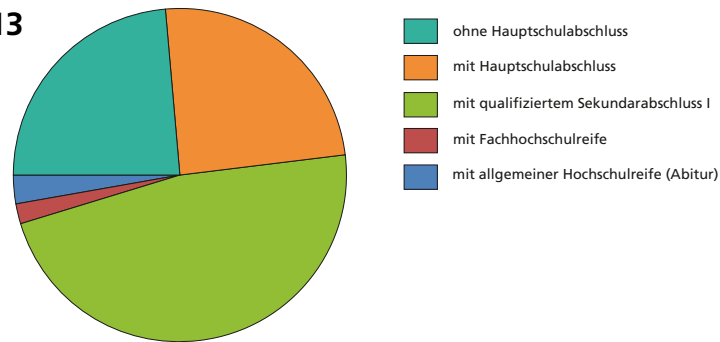
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

(Merkmal: Migrationshintergrund nach Kultusministerkonferenz in der Schulstatistik)



### A 5.13 Schulabgängerinnen und Schulabgänger<sup>1</sup> mit Migrationshintergrund aus allgemeinbildenden Schulen nach Abschluss- und Schularten

Schuljahr 2013



		gesamt	ohne Haupt- schul- abschluss <sup>2</sup>	mit Haupt- schul- abschluss	mit quali- fiziertem Sekundar- abschluss I	mit Fach- hoch- schul- reife <sup>3</sup>	mit allge- meiner Hoch- schul- reife (Abitur)
2007	Anzahl	118	21	45	24	2	26
	Prozent	100,00	17,80	38,14	20,34	1,69	22,03
2008	Anzahl	113	23	45	39	0	6
	Prozent	100,00	20,36	39,82	34,51	0,00	5,31
2009	Anzahl	160	26	62	51	1	20
	Prozent	100,00	16,24	38,75	31,88	0,63	12,50
2010	Anzahl	134	16	55	54	0	9
	Prozent	100,00	11,94	41,04	40,30	0,00	6,72
2011	Anzahl	109	22	45	38	0	4
	Prozent	100,00	20,19	41,28	34,86	0,00	3,67
2012	Anzahl	132	13	53	56	0	10
	Prozent	100,00	9,85	40,15	42,42	0,00	7,58
2013	Anzahl	110	26	27	52	2	3
	Prozent	100,00	23,63	24,55	47,27	1,82	2,73
Mittelwert		100,00	17,14	37,68	35,94	0,59	8,65

1 Ohne Nichtschülerprüfungen – 2 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule – 3 Schulischer Teil.

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
(Merkmal: Migrationshintergrund nach Kultusministerkonferenz in der Schulstatistik)

# Impressum

## **Herausgeber**

Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)  
Rathausplatz 2–7  
67227 Frankenthal (Pfalz)  
Telefon: 06233 89-0  
Telefax: 06233 89-400  
E-Mail: [integration@frankenthal.de](mailto:integration@frankenthal.de)  
Internet: [www.frankenthal.de](http://www.frankenthal.de)

## **Projektleitung und Gestaltung**

Stabsstelle „Integrationskonzept“  
Bernd Schönhardt  
Andrea Graber-Jauch

## **Fotos**

Stadtverwaltung, Stadtarchiv, privat  
Titelfoto: ©Findus2000 · Fotolia.com

## **Layout**

Graphisches Büro  
Marion Merzbacher  
67227 Frankenthal (Pfalz)

## **Druck und Satz**

Verlagsdruckerei Schmidt  
91413 Neustadt an der Aisch

Unterstützung erfuhr das Projekt durch Claudia Vortmann von der Schneider-Organisationsberatung in Mainz und durch die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz. Die Beratungstätigkeit wurde durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gefördert.

Copyright April 2014,  
Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)